GmB/049/0019/2

informationsdienst

Z 21913 E

südliches afrika

Nr. 3, März 1977

Banken in Südafrika

Inhalt

Leitartikel

3 Banken in Südafrika
7 Bankiers über ihr Metier
9 Barclay's Bank investiert in südafrikanischen Kriegsanleihen
10 Rheinische Kirchensynode versuchte Bankenboykott
10 Belgische Banken in Südafrika
12 CD/SU, SPD und FDP in Südafrika
13 ÖRK-Brief an die Deutsche Bank
14 ÖRK-Beschlüsse zu Südafrika
17 Kredite und Investitionen für Südafrika und Namibia
21 Maßnahmen niederländischer und britischer Kirchen gegen Banken

Südafrika

22 Flüchtlingselend im "Homeland" Ciskei
23 Informationen des ANC-SA über politische Gefangene
24 Daddy, it's Power Time! — Interview mit K. Kadalie
26 Kadalie: In Vorsters Gefängnis gefoltert
28 Dokument: Polizeikommandos stacheln zum Morden an
31 "Ich weigere mich, in Vorsters Armee Wehrdienst zu leisten".

Namibia

32 Kriegscommunique der SWAPO
33 Presseerklärung der SWAPO
33 Weltkirchenrat setzt sich für verurteilte Namibier ein

Mosambik

34 Gezielte Falschmeldungen über Mosambik
35 Dritter Parteikongreß der FRELIMO

Zimbabwe

36 Die Jugend im südlichen Afrika will Freiheit
37 Mord an unschuldigen Missionaren in Zimbabwe

EKD-Südafrika

38 Überlegungen zum Fürbittegebet
39 Kritische Anmerkungen zur Südafrika-Politik der EKD
41 Auszüge aus der Rede eines SWANU-Vertreters in Mühlheim
42 Evangelikale Kritik an Apartheidgegnern

45 **Neue Bücher — kurz angezeigt**

46 **Rassismus in der BRD**

47 **Aktionen**

Liebe Leser

Gemäß einem Aufruf des Ökumenischen Rats der Kirchen unternehmen Kirchen in Belgien, Holland, England und den USA Aktionen gegen die Banken in Südafrika. Es handelt sich um Proteste gegen Kredite an das Wirtschaftssystem des Apartheitsstaates.

Aus dem Bericht von Tim Smith, den wir in dieser Ausgabe abdrucken, geht hervor, daß gut durchgeführte Aktionen Teilerfolge erzielen konnten: einige Banken zogen sich aus dem Südafrika-Geschäft zurück. Generell aber muß man sagen, daß die Finanzkredite für Südafrikas Staatskonzerne international gesehen nicht abnehmen. Im Gegenteil. Die Annahme, daß Aktionen einzelner Bankkunden das System großer Banken, Bankenkonsortien und der multinationalen Konzerne der westlichen Industrieländer dazu zwingen könne, ihre direkten und indirekten Investitionen im Ausbeutungssystem des Apartheidsstaates zurückzuziehen, wäre eine Illusion. Die westlichen Wirtschaftsvertreter und ihre politischen Repräsentanten setzten ihre Interessen gegenüber dem einzelnen Bankkunden durch, der empört ist über die bittere Armut, die Rechtlosigkeit und die Rassendiskriminierung, unter der die schwarze Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung leben muß.

Dennoch sind solche Aktionen gegen Banken in Südafrika und ihre Kredite an das Apartheidssystem nicht sinnlos. Ihre Hauptabsicht ist ja, das öffentliche Bewußtsein zu schärfen, auf die Stärkung der südafrikanischen Unrechtsherrschaft durch die Westmächte hinzuweisen und die Banken dazu zu zwingen, sich der öffentlichen Diskussion und Kritik zu stellen. Die Absicht ist, den guten Ruf, auf den Banken Wert legen ('die Anlage eines Kontos ist Vertrauenssache') in Frage zu stellen mit dem Hinweis, daß am Geldgeschäft mit Südafrikas herrschender Minderheit das Blut von Soweto und Guguleto klebt.

Das Bankgeschäft mit Südafrika ist nur ein Aspekt der vielfältigen Beziehungen, die die BRD und andere westliche Staaten mit dem Rassistenstaat unterhalten. In dieser Ausgabe weist ein Dokument aus der Fragestunde des deutschen Bundestages auf die staatlichen Kredite für den deutschen Exporthandel mit Südafrika hin. Weiter ist an private direkte Investitionen deutscher Firmen in Südafrika zu denken. Die politischen Parteien in der BRD und staatstragende Kräfte wie die Kirchen und die Gewerkschaften haben ein weites Netz von Beziehungen zu Gruppen und Institutionen in Südafrika. Im nächsten Heft (April) werden wir auf das Waffengeschäft mit Südafrika schwerpunktmäßig hinweisen. Es erscheint uns als eine der Hauptaufgaben dieses Informationsdienstes, derartige Beziehungen zwischen der BRD aufzudecken und zu analysieren und zu dokumentieren. Dem Leser wird dabei die Schwierigkeit der Informationsbeschaffung deutlich sein. Wir sind daher auch auf die Mitarbeit der Leser bei der Beschaffung seriöser Information angewiesen.

Gottfried Wellmer

informationsdienst
südliches afrika

herausgegeben von
Anti-Apartheid Bewegung in der BRD und Westberlin e.V., und Informationsstelle Südliches Afrika e.V.(ISSA)
53 Bonn 1, Buschstr. 20
Telefon 02221/213288
Postscheck Köln 281210-504
Sparkasse Bonn 119 000 222
Jahresabonnement Inland DM 22,50
Ausland DM 25,--
Ausland Luftpost DM 33,--

Redaktion: Josef Schönberger, Rudolf Weßler, Ingeborg Wick, Christa Brandt, Peter Ripken, Gottfried Wellmer (verantwortlich).

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet; Belegexemplar erbeten.

Beilagenhinweis:

Einem Teil dieser Ausgabe liegt der Mitgliederbrief der AAB bei.

Banken in Südafrika — Kredite für Apartheid

Hermann Koch

Daß ein Zusammenhang der südafrikanischen Wirtschaft mit dem internationalen Kapital und seinen Operationen an den Handels- und Finanzplätzen der Welt besteht, ist eine Binsenweisheit. Gegenstand dieses Artikels ist eine besondere Seite des „WIE" dieses Zusammenhangs, nämlich die Rolle, die die Banken bei der Aufrechterhaltung des politischen und ökonomischen Status Quo in Südafrika spielen. Insbesondere soll versucht werden, deutsch-südafrikanische Bankverbindungen aufzulisten, wenn auch ein Anspruch auf Vollständigkeit angesichts der Schwierigkeiten der Informationsbeschaffung für Outsider nicht gestellt werden kann.

Diese Bankbeziehungen stellen eine massive Unterstützung des Apartheidregimes dar. Das Fundament der Apartheid besteht in der kontinuierlichen Bereitstellung einer rechtlosen schwarzen Reservearmee von Arbeitern, die nach Ablauf ihrer Arbeitskontrakte wieder zurück in ihre „Homelands" getrieben werden, in denen ihnen jegliche Existenzgrundlage entzogen ist.

Dieses Fundament wird nicht nur durch die weiße Bevölkerung täglich neu bestärkt und gefestigt durch Maßnahmen der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung, sondern auch durch die ausländischen Investoren, die ihre Geschäfte mit und in Südafrika machen.

Südafrikanische Propagandisten stellen vor allem die ökonomische Profitabilität in den Vordergrund ihrer Werbefeldzüge zur Attraktion von Auslandskapital. Nach ihren Aussagen ist über die Risikofaktoren für eine Investition in Südafrika angesichts der hohen Profite leicht hinwegzusehen: Je höher die Gewinne, desto schneller ist ein Kapitaleinsatz amortisiert. Bisher hat die südafrikanische Politik alles dafür getan, die Risikoscheu der ausländischen Investoren nicht zur Wirkung kommen zu lassen, indem ihr bisher jedes Mittel zur Aufrechterhaltung der „besten aller Welten" in Südafrika recht und billig war. Soweto wird dafür nicht das letzte Beispiel gewesen sein.

Eine Kategorie von „Investoren" im weiteren Sinne (Investoren in Apartheid) sind die ausländischen Banken mit ihren zahlreichen Dependencen und international agierenden Konsortien und mit ihrer über nationale Grenzen und Beschränktheiten hinwegschreitenden Politik der Internationalisierung der Kapitalströme.

Zum Funktionieren der südafrikanischen Gesellschaft tragen die Banken (nationale und internationale) in zweierlei Weise bei:

1 – Kontinuierliche Bereitstellung von Kapital für private Unternehmen
2 – Stärkung der Rolle des Staates, der die besondere, profitable Konstellation in Südafrika nur durch die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben, wie der Bereitstellung einer ausreichenden Infrastruktur und anderer allgemeiner Leistungen, gewährleisten kann. 1)

Wozu braucht Südafrika einen so hohen Zufluß von Kapital?

Um die Wachstumsergebnisse der letzten Jahre (bis zu 8% Wachstum des BSP) 2) und die daraus resultierende Steigerung des Lebensstandards vor allem der weißen Bevölkerung erreichen zu können, ist es für Südafrika unabdingbar und seit Jahren praktizierte Politik, von der einseitigen Abhängigkeit des Rohstoffsektors als Wachstumsfaktor wegzukommen und auch durch die verarbeitende Industrie am Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, muß auf hoher Stufenleiter produziert werden, was die Anschaffung von produktionskosten-senkenden Anlagen erfordert. Diese zum Teil hochentwickelten Techniken und Fertigungsanlagen mit dem dazu gehörigen Know-How von geschultem Personal erhält Südafrika von den Industriestaaten. Die Devisen, die dafür zu bezahlen sind, erhält Südafrika aus seinen Exporten, wobei hier an erster Stelle Gold und Diamanten sowie andere Mineralien zu nennen sind. Bisher hatte Südafrika in dieser Hinsicht keine allzu großen Schwierigkeiten. Nur ca. 8% seiner Importe waren nicht durch Exporte gedeckt, woran auch die zum Teil heftigen Fluktuationen in der Entwicklung des Goldpreises nicht viel geändert haben. Die Höhe dieses Fehlbetrages (Handelsbilanzdefizit) wird neben der Entwicklung der Preise am Weltmarkt durch die Bereitwilligkeit ausländischer Investoren, sich in Südafrika finanziell zu engagieren, bestimmt. Neben diesem Kapital, welches also direkt von den Investoren in die südafrikanische Wirtschaft eingebracht wird (hierbei sind sehr viele unterschiedliche Formen möglich, die aber am Prinzip nichts ändern), können südafrikanische Wirtschaftseinheiten an ausländische Kapitalsammelstellen (Banken) herantreten und Kredite aufnehmen, sofern ihnen Kreditwürdigkeit zugestanden wird; daran hat es allerdings in den letzten Jahren kaum gehapert.

ROLLE DES EURODOLLARMARKTES

Waren bis in die 60'ger Jahre hinein die Operationen der Banken auf die Befriedigung der nationalen Nachfrager beschränkt, worunter natürlich auch oftmals die Besorgung internationaler Operationen fiel (Export/Importgeschäfte z.B.), so entwickelten sich im Zuge der Multinationalisierung des Kapitals auch für die Banken die Notwendigkeit, diesem Trend nachzugehen und ihre Leistungen, hinsichtlich der Verteilung als auch der Sammlung von Kapitalien zu internationalisieren. Erleichtert wurde diese Entwicklung durch inflationäre Geldschöpfungen, die auch in rezessiven Zeiten latent blieben und teilweise durch staatliche Ausgabepolitik noch verstärkt wurde, wodurch der Geldkreislauf und damit die den Banken zur Verfügung stehende Geldmenge erheblich ausgeweitet wurde.

Auf der einen Seite führte dies im Rahmen der Konkurrenz der Banken zur Konzentration und Zentralisation, zugleich spezialisierten sich viele Banken auf besondere Dienstleistungen.

Eine dieser speziellen Dienstleistungen besteht in der Bereitstellung von Krediten in gemischten Währungen je nach Bedarf des multinational operierenden Bankkunden.

Dieser Zweig der Bankentätigkeit findet in den letzten Jahren vermehrt am Eurodollarmarkt Bedeutung. Die sogenannten „Eurobanken" bieten ihren 'Teilhabern' die Möglichkeit, über die nationalen Aktivitäten hinaus an internationalen Operationen beteiligt zu sein und dadurch erhöhte Gewinne zu machen. (Wenn die Möglichkeit des „go foreign" besteht, brauchen sie sich mit den kleinen so eben noch Gewinn bringenden Geschäftchen im Inland nicht mehr abzugeben.)

In Zeiten mangelnder Nachfrage nach Krediten auf dem nationalen Markt kann man seine Kreditleistungen auf anderen internationalen Märkten zur Verfügung stellen. Genau auf diesem Hintergrund der mangelnden Nachfrage nach Darlehen auf dem Inlandsmarkt in den USA, ist die Entstehung des Eurodollars zu verstehen, die an Nachfrager auf dem europäischen rentabler untergebracht werden konnten, was sich an den unterschiedlichen Preisen für die Kredite, den Zinsen, geltend machte.

Die Tätigkeit der Banken ist also nicht nur von ihrer eigenen Zusammensetzung international, sondern auch vom Inhalt der Tätigkeit der Banken: Befriedigung von internationale Sorten nachfragenden multi- oder transnationalen Konzernen und Konglomeraten.

Wie sehr der Umfang dieser Tätigkeit in Eurodollars zugenommen hat, zeigt folgende vom Morgan Trust veröffentlichte Statistik: 3)

Neu bei issa:

Dokumentationsdienst südliches afrika Nr. 6

Samora Machel: "Der Kampf der Arbeiterklasse hat zum Ziel, die Bourgeoisie zu stürzen"

Einzelnummer DM 1,--

, ab 10 Ex. DM 0,50

AUSGABE VON BONDS 1973 – 1976 in Mrd. US Doll.

	1973	1974	1975	1976
EUROBONDS	4.2	2.1	8.6	14.2
Ausl. Bonds außerhalb USA	2.6	2.2	4.9	5.5
Ausl. Bonds innerhalb USA	1.0	3.3	6.5	9.7
Summe	7.8	6.8	20.0	29.4

Der Anteil, den sich Südafrika an diesem Eurobondkuchen abschneiden konnte, wird an folgenden Statistiken deutlich: 4)

AM EUROBONDMARKT BEGEBENE ANLEIHEN

1. Anleihen in US Doll.

Umfang in Mio US Doll.	Anleiheschuldner (Emittent)	Jahr der Begebung und Laufzeit	Treuhandverwaltung (Lead Manager)
50.0	Anglo American Corporation	1972/15 Jahre	Rothschild N.M. & Sons
27.5	de Beers Cons. Mines	1967/15 Jahre	Banca Commerciale Italiana
15.0	ESCOM	1967/10 Jahre	Credit Commercial de France
20.0	ESCOM	1971/15 Jahre	Credit Commercial de France
15.0	ESCOM	1974/15 Jahre	Kidder & Peabody International
25.0	ESCOM	1975/ 5 Jahre	Kredietbank S.A. Luxemburg
30.0	ESCOM	1975/ 8 Jahre	Kidder, Peabody & Co.
25.0	ISCOR	1975/ 5 Jahre	Kredietbank S.A. Luxemburg
25.0	Republik Südafrika	1972/15 Jahre	Banque de Paris et de Pays Bas
25.0	RSA	1972/15 Jahre	Banque de Paris et de Pays Bas
25.0	RSA	1976/ 5 Jahre	Banque de Paris et de Pays Bas

282.5 Mio US Doll. Summe – rd. 680 Mio DM

2. Anleihen in Holl. Gulden

Umfang in Mio hfl.	Anleiheschuldner (Emittent)	Jahr der Begebung und Laufzeit	Treuhandverwaltung (Lead Manager)
50.0	ISCOR	1972/ 7 Jahre	Algemene Bank Nederland N.V.
45.0	RSA	1971/ 7 Jahre	Amsterdam-Rotterdam Bank N.V.

95.0 Summe – 96.0 Mio DM

3. Anleihen in Europ. Währungseinheiten

Umfang in EW-Einheiten	Anleiheschuldner (Emittent)	Jahr der Begebung und Laufzeit	Treuhandverwaltung (Lead Manager)
30.0	ISCOR	1975/ 5 Jahre	Westdeutsche Landesbank Girozentrale
25.0	RSA	1971/15 Jahre	Banque de Paris et de Pays Bas

55.0 Summe – rd. 186 Mio DM

4. Anleihen in Europäischen Rechnungseinheiten

Umfang in Mio ER-Einheiten	Anleiheschuldner (Emittent)	Jahr der Begebung und Laufzeit	Treuhandverwaltung (Lead Manager)
15.0	ESCOM	1968/10 Jahre	Kredietbank S.A. Luxemburg
20.0	ESCOM	1971/15 Jahre	Kredietbank S.A. Luxemburg
12.0	ESCOM	1970/10 Jahre	Credit Commercial de France
20.0	RSA	1970/12 Jahre	Kredietbank S.A. Luxemburg

97.0 Summe – rd. 3.55 Mio DM; 1 ERE – rd. 3,66 DM

5. Wandelanleihen

Umfang in Mio US Doll.	Anleiheschuldner (Emittent)	Jahr der Begebung und Laufzeit	Treuhandverwaltung (Lead Manager)
30.0	Rand Selection Corporation	1971/15 Jahre	Rothschild N.M.

30.0 Mio US Doll. – rd. 72 Mio DM

Anmerkungen: ISCOR – South African Iron & Steel Industries Corporation
ESCOM – Electricity Supply Commission
RSA – Republik Südafrika
SAR – South African Railways

Erklärung: BOND = Wertpapier bzw. Schuldschein, das der Schuldner für den Erhalt des Kreditbetrages ausstellt, und wofür jährlich ein fester Zins gezahlt wird.

1 ₤ = ca. 3.219 ... DM
1 RE = ca. 3.66 DM

6. Anleihen in DM auf dem deutschen Kapitalmarkt seit 1965 5)

Umfang in Mio DM	Anleiheschuldner (Emittent)	Jahr der Begebung und Laufzeit
50.0	ESCOM	1965/15 Jahre
100.0	Highveld Steel & Van.	1966/12 Jahre
60.0	RSA	1968/ 5 Jahre
100.0	ESCOM	1968/15 Jahre
100.0	RSA	1969/15 Jahre
100.0	ESCOM	1970/15 Jahre
100.0	RSA	1970/15 Jahre
100.0	ESCOM	1971/15 Jahre
100.0	ISCOR	1971/15 Jahre
80.0	Stadt Johannesburg	1971/15 Jahre
100.0	RSA	1971/15 Jahre
100.0	ISCOR	1972/15 Jahre
100.0	ESCOM	1972/15 Jahre
100.0	Stadt Johannesburg	1972/15 Jahre
100.0	RSA	1972/15 Jahre
100.0	ISCOR	1973/15 Jahre
100.0	ESCOM	1973/15 Jahre
100.0	SAR	1973/15 Jahre
100.0	ISCOR	1973/15 Jahre
170.0	SAR	1975/ 5 Jahre
100.0	ESCOM	1975/ 5 Jahre
100.0 (vermutet)	SAR	1975/

2.060.0 Mio DM Summe

Nimmt man das Jahr 1975, so ergibt sich eine Inanspruchnahme des Eurodollarmarktes durch südafrikanische Schuldner in Höhe von 80 Mio US Doll. Dies ist gemessen am Gesamtumschlag des Euromarktes nur eine magere Scheibe von ca. 1%. Untersucht man nun aber einmal die Aufnahmetätigkeit am deutschen Rentenmarkt für den gleichen Zeitraum, wobei man davon ausgehen dürfte, daß der Gesamtumschlag des deutschen kleiner als der des Euromarktes ist, so zeigt sich, wieviel leichter es für die südafrikanischen Kapitalsucher war, deutsche Bankiers von der „Solidität ihres Finanzgebahrens" zu überzeugen. (Siehe hierzu auch den Kasten: Bankiers über ihr Metier!)

Allein die Angaben der deutschen Bundesbank ergeben laut Statistik für das Jahr 1975 einen WERT von 170 Mio DM deutscher Anleihen, worin noch nicht einmal eine dritte Anleihe der South African Railways enthalten ist, die im Bondindex der Westdeutschen Landesbank Girozentrale aufgeführt ist. Schließlich ist eine für 1975 unter der Federführung der WestLB begebene Anleihe von 30 Mio (Europäische Währungseinheiten) ca. 96 Mio DM zu nennen. Aufsummiert läßt sich eine Summe von ca. 350-400 Mio DM im Jahr 1975 vermuten, die damit ca. das Doppelte der Eurodollarmarge ausmacht. W. Schneider-Barthold nennt eine Zahl von 574 Mio DM, die er der Summe von 346 Mio DM (Saldo des Kapitalflußes aus BRD) an die OAU- Staaten gegenüberstellt.

Summiert man weiterhin über alle Anleihepositionen in den hier vorliegenden Statistiken, so ergibt sich die stattliche Summe von rd. 3.5 Mrd DM. Zum Verständnis dieser Zahl sei bemerkt, daß hierin nur die börsen- bzw. kapitalmarktfähigen langfristigen Ausleihungen enthalten sind. Zum Vergleich: Das Bruttosozialprodukt (zu Marktpreisen) Tansanias betrug 1973 ca. 4.5 Mrd DM. 7)

Ohne Umschweife läßt sich sagen, daß sich die deutschen Banken um das Wohlergehen der südafrikanischen Gesellschaft verdient gemacht haben und auch weiterhin verdient machen. Daran hat offensichtlich auch der öffentliche Druck wie er z.B. im Jahre 1974 im Zuge der Veröffentlichung der sog. „Frankfurter Dokumente" ansatzweise ausgeübt wurde, um die Banken zur Überprüfung ihrer Kreditpolitik hinsichtlich Südafrikas zu bewegen, nicht geändert. In den „Frankfurter Dokumenten" waren geheime Kreditzusagen in Höhe von 210 Mio US Dollar

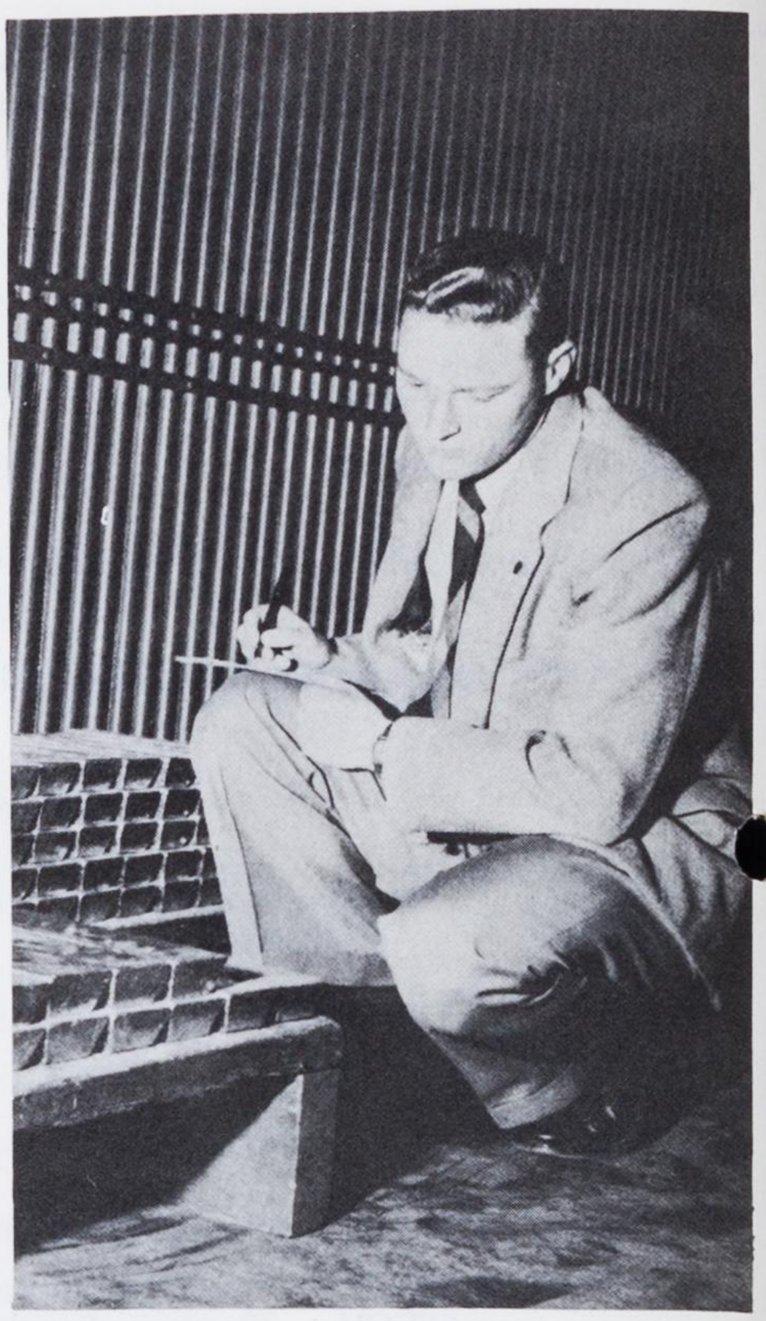
durch die EABC (European American Banking Corporation) aufgedeckt worden. Die EABC setzt sich zusammen aus der Deutschen Bank, der Societe Generale, Amsterdam - Rotterdam Bank, der Societe Generale de Banque S.A. (Belgien) und der Creditanstalt Bankverein (Österreich).

Ungehemmt wird der Ausbau von Kreditbeziehungen fortgesetzt. Wichtiges Medium im Zusammenhang dieser Politik sind dabei die Filialen und Außenposten der deutschen Großbanken in Südafrika. Bereits seit 1969 hat die Commerzbank in Johannesburg eine Filiale. Seit 1972 betreibt sie diese gemeinschaftlich mit ihren Europartnern Banco di Roma, Credit Lyonnais. Die Deutsche Bank ist ebenso seit 1969 im Rahmen der European Banks International in Johannesburg vertreten zusammen mit Amsterdam-Rotterdam Bank, Creditanstalt-Bankverein, Midland Bank Ltd. und der Société Générale. Vor beiden genannten deutschen Banken war bereits im Jahre 1968 die Dresdner Bank in Johannesburg tätig, die 1972 in ein ABECOR-Büro umfirmiert wurde, nunmehr Außenposten der Liaison Dresdner Bank, Algemene Bank Nederland, Banque de Bruxelles, Bayr. Hypotheken und Wechselbank. Gab es 1958 nahezu keine Südafrika-Engagements deutscher Banken außer einzelnen Krediten für die Anglo-American Corporation, so ergehen seit 1969 beinahe jährlich Emissionen von ESCOM, ISCOR, South African Railways und Harbors und Johannesburg am deutschen Markt. Für ESCOM wurden allein 17% der Investitionen von 1969-74 in Höhe von 860 Mio Rand durch Auslandsverschuldungen aufgebracht. 8)

Trotz der monentanen Rezession, die auch schon zu Schwierigkeiten bei der Plazierung von Wertpapieremissionen geführt hat, gelingt es Südafrika nach wie vor gerade durch die Tätigkeit deutscher Institute, Gelder von internationalen Finanzquellen abzuzapfen. Erst im Oktober 1976 konnte das Schatzamt Südafrikas erneut Kreditzusagen in Höhe von 110 Mio US Dollar verzeichnen, die von der Citibank (25 Mio), dem Morgan Guaranty Trust (25 Mio), der First Chicago Bank (25 Mio), der Deutschen Bank (25 Mio) und dem Schweizer Credit White Weld (10 Mio) begeben wurden. Entgegen der Antiapartheidspolitik der UN gab auch der Internationale Währungsfond für 1976/77 Kreditzusagen in Höhe von insgesamt 291 Mio RAND (ca. 810 Mio DM) bekannt. 9)

Einem neuen Kreditnehmer am Euromarkt verschaffte wiederum typischerweise ein Konsortium unter der Führung der Dresdner Bank Zugang zum Markt. Das Konsortium bestehend aus Dresdner Bank, Commerzbank, Westdeutsche Landesbank, Deutsche Bank und einigen kleineren Instituten sagten der Firma SOF (Pty) einen mittelfristigen Kredit in Höhe von 71 Mio DM zu. SOF (Pty) ist eine Gesellschaft, die zur Verwaltung der zur Finanzierung von SASOL II (Öl aus Kohle) erhobenen Benzinabgabesätze gegründet wurde. 10)

Es läßt sich also weiterhin eine Stärkung des Systems feststellen, was den Banken umso schwerwiegender anzulasten ist,



Bei den Weißen sammelt sich der Reichtum, ...

als hier offensichtlich bereits politische Prinzipien über solche bankwirtschaftlicher Rationalität, d.h. betriebswirtschaftlicher Rentabilität und gleichzeitig Sicherheit, gestellt werden. (Zu diesem Argument kann natürlich einschränkend auf den geringen Umfang der südafrikanischen Engagements im Verhältnis zum Gesamtgeschäft der Banken hingewiesen werden.) Wie sonst wären die Engagements zu verstehen, wenn auf der anderen Seite selbst südafrikanische Stimmen den Investoren und Portfolioanlegern ein düsteres Bild der südafrikanischen Wirtschaft zeichnen. So mußte ein leitender Angestellter von Barclay's National Bank, einer der bedeutendsten südafrikanischen Großbanken britischer Provenienz, eingestehen, daß angesichts des Verhältnisses von kurzfristigen Verbindlichkeiten zu kurzfristigen Forderungen die südafrikanische Außenbilanz quasi vor dem Bankrott steht. (Dies bedeutet, daß Südafrika zahlungsunfähig wäre, wenn alle Verbindlichkeiten ausgezahlt werden müßten und alle Forderungen bereits eingegangen wären.) 11)

Sogar deutsche Anlageberater kommen zu warnenden Ratschlüssen: „Kontinuierliche Entlastung des Anlagedepots von südafrikanischen Beteiligungen jeder Art. Südafrikanische Euromarkt-Anleihen bieten schon 13% (Risiko) -Rendite... Die

Aufgrund des vorstehend abgedruckten Prospektes sind die

Ɛ 30 000 000,– Europäische Währungseinheiten

9¼% Inhaber-Teilschuldverschreibungen von 1975 (1980)

30 000 Stück zu je Ɛ 1 000,–, Nr. 00 001–30 000,

der

ISCOR

SOUTH AFRICAN IRON AND STEEL INDUSTRIAL CORPORATION, LIMITED

Pretoria, Republik Südafrika

unter der unwiderruflichen und unbedingten Garantie

der

Republik Südafrika

zum Handel und zur amtlichen Notierung an der **Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf** zugelassen worden.

Düsseldorf, Münster, Berlin, Bielefeld, Bochum, Braunschweig, Bremen, Dortmund, Essen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Kiel, Köln, Mainz, Mannheim, München, Saarbrücken, Stuttgart, im Januar 1976

WESTDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE

COMMERZBANK Aktiengesellschaft

BADISCHE KOMMUNALE LANDESBANK – GIROZENTRALE –

BAYERISCHE HYPOTHEKEN- UND WECHSEL-BANK

BAYERISCHE LANDESBANK GIROZENTRALE

BAYERISCHE VEREINSBANK

BERLINER BANK Aktiengesellschaft

BERLINER HANDELS- UND FRANKFURTER BANK

RICHARD DAUS & CO. Bankiers

DEUTSCHE BANK Aktiengesellschaft

DEUTSCHE GENOSSENSCHAFTSBANK

DEUTSCHE GIROZENTRALE – DEUTSCHE KOMMUNALBANK –

DRESDNER BANK Aktiengesellschaft

HESSISCHE LANDESBANK – GIROZENTRALE –

LANDESBANK RHEINLAND-PFALZ – GIROZENTRALE –

MERCK, FINCK & CO.

B. METZLER SEEL. SOHN & CO.

NORDDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE

SAL. OPPENHEIM JR. & CIE.

TRINKAUS & BURKHARDT

VEREINS- UND WESTBANK Aktiengesellschaft

M. M. WARBURG-BRINCKMANN, WIRTZ & CO.

Rendite wird noch wachsen und vielleicht sind Südafrika-Werte eines fernen Tages wieder Gold wert. Vorläufig aber bleiben Südafrika-Werte auf Baisse-Kurs." 11)

Konjunkturell am Boden

Der Vertrauensschwund kommt nicht von ungefähr. Seit nunmehr 2 Jahren befindet sich die südafrikanische Wirtschaft in der Rezession. Angaben von Wissenschaftlern der South Africa Foundation zufolge folgt die konjunkturelle Wellenbewegung in Südafrika um ca. zwei Jahre verzögert (cycle-lag) den Schwingungen des Zyklus in den Industrieaaten.

Davon ausgehend dürfte auch in dem kommenden Jahr sich an der konjunkturellen Miesepetrigkeit kaum etwas ändern. Die Statistik bestätigt diese Vermutungen. Die Wachstumsraten der Gesamtwirtschaft als auch der einzelnen Branchen zeigen empfindliche Abnahmen. Die Autoindustrie klagt über - schmerzliche Absatzeinbußen von 14.5% gegenüber den Vorjahreszahlen. 12) Der Nachfrageschwund dieses Sektors läßt einige Produzenten schon von Produktionseinstellungen reden: Arbeitslosigkeit und Verluste stehen ins Haus.

Der Nachfrageschwund hat neben den allgemeinen konjunkturellen Ursachen der Depression etwas mit der Inflation in Südafrika zu tun.

Die Inflation ist wiederum auf zweierWeise zu erklären. Einerseits wird sie gefördert durch zu hohe Staatsausgaben. Gerade die immens angestiegenen Investitionen in den öffentlichen Unternehmen führen zu einer erheblichen über das konjunkturell zulässige Maß hinausgehenden Geldmengenexpansion. Nicht umsonst hatten professionelle Ökonomen den Pfiffikus der Geldmengenanbeter Milton Friedman aus den Staaten einfliegen lassen, um sich bzw. Finanzminister Horwood den Kopf waschen zu lassen. 13)

Die Widersprüche einer kapitalistisch bestimmten Wirtschaft schlagen hier auf die Wirtschaftspolitik selbst zurück. Die Investitionen, die die Wirtschaftstätigkeit anheizen sollen, führen zu inflationären Effekten, die zur Einschränkung der kaufkräftigen Nachfrage führen. Hinzu kommen Staatsausgaben, die durch die neue Lage im Süden Afrikas der Regierung mehr oder weniger aufgezwungen sind. Die Nähe und Virulenz der Befreiungsbewegungen in und um Süd-



... den die Schwarzen schaffen.

Bankiers über ihr Metier

Paul Lichtenberg: Sprecher des Vorstandes der Commerzbank AG, Düsseldorf

Die deutsch-südafrikanischen Handelsbeziehungen, die sich in einem lebhaften Güteraustausch niederschlagen, werden seit einigen Jahren durch einen wachsenden Kapitalfluß von Deutschland in die Republik Südafrika ergänzt. Den Fachleuten ist bekannt, daß dieser Kapitalfluß, der sich in Form von Anleihen, Schuldscheindarlehen und Finanzkrediten vollzieht, durch die drei Großbanken in Gang gebracht worden ist.

Ohne Übertreibung läßt sich heute feststellen, daß Südafrika am kräftig gewachsenen deutschen Kapitalexport in ansehnlichem Umfang partizipiert hat. Die Voraussetzungen waren für beide Seiten günstig. Regierung und Industrie Südafrikas konnten uns von der Solidartät ihres Finanzgebarens überzeugen, und wir selbst waren bereit, die positiv empfundenen Zukunftsperspektiven auch mit langfristigen Engagements zu honorieren. ...

...Für die Zukunft sehe ich weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit und damit neue Aufgaben für die deutschen Banken, denen an einer Festigung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern gelegen ist. Ich habe insbesondere die Verwirklichung von deutsch-südafrikanischen Gemeinschaftsprojekten im Auge. Hier wäre es Sache der deutschen Banken, für solche Industriegründungen auf Partnerschaftsbasis finanziellen Rückhalt zu bieten.

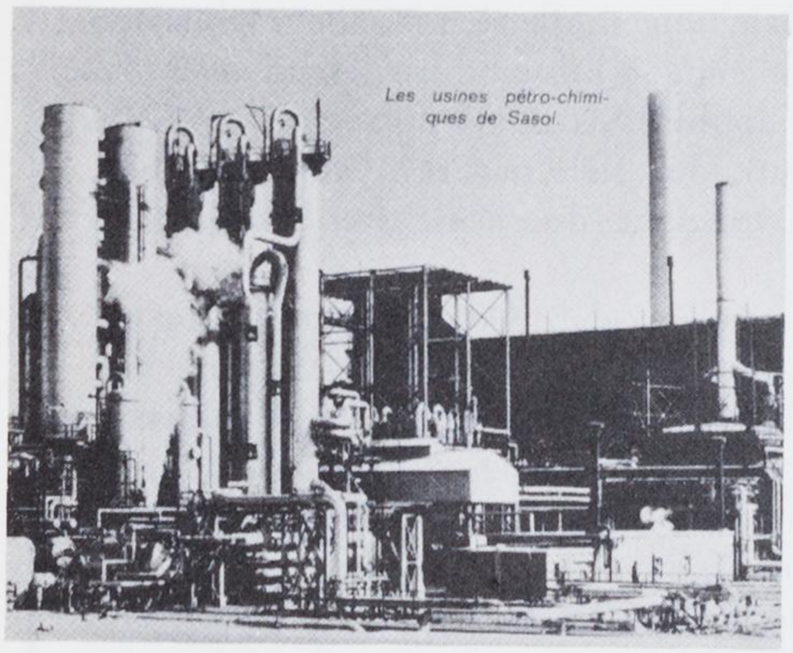
Daneben sehe ich es als eine Aufgabe der Banken an, der Außenwirtschaft bei der Erschließung neuer Märkte beratend zur Seite zu stehen. Gerade die deutschen Bankrepräsentanten in Südafrika können der Wirtschaft des Landes gute Dienste leisten, indem sie ihr den Weg zum Export nach Deutschland ebnen. Ich weise hierauf mit besonderem Nachdruck hin, nachdem ich mich davon überzeugen konnte, daß einzelne südafrikanische Produkte auf dem europäischen Markt durchaus konkurrenzfähig sind.

Ohne Kommentar.

Veröffentlicht in einem Artikel „Banken wirken als Kontaktstellen" in der Südafrikabeilage des Handelsblattes.

afrika macht Erhöhungen der Ausgaben für die Verteidigung und den inneren Repressionsapparat nötig und damit das Budget weiter aufblähen. Die Verteidigungsausgaben lagen im Staatshaushalt 1976/77 um 39% höher als im Vorjahr. 14)

Ein dritter von außen bestimmter Faktor ist die Erhöhung des Ölpreises, der sich zunächst einmal gar nicht so sehr bemerkbar gemacht hätte, wenn dies nicht vom südafrikanischen Staat zum Anlaß genommen worden wäre, den Benzinpreis um 20% zu erhöhen, um auf diese Weise SASOL II zu beschleunigen, und endlich vom fremden Öl unabhängig zu werden. SASOL II ist übrigens das beste Beispiel für die inflationäre Entwicklung, die sich auch in den Kosten niederschlägt. Waren 1974 noch Kosten von rund 3.6 Mrd DM projektiert worden, so beliefen sie sich 1977 auf rund 6.9 Mrd DM und werden auch weiterhin jährlich bis zur Fertigstellung im Jahre 1981/82 um 8% steigen. 15) Ein weiteres Mittel um von der Abhängigkeit von ausländischem Öl loszukommen, ist die fieberhafte Suche auf eigenem Territorium, der bisher trotz großem finanziellem Einsatz kein Erfolg beschieden war. 16)



Les usines pétro-chimiques de Sasol.

Auf den privaten Sektor wirkte sich die konjunkturelle Baisse nicht weniger drastisch aus. Die Krise macht sich bei den Unternehmern in einer stark angestiegenen Bankrottquote bemerkbar. Gegenüber dem Vorjahre lag diese Quote um 55% höher. Absolut heißt das, daß über 1000 Firmen im Verlaufe des Geschäftsjahres liquidiert werden mußten. 17) Das Wachstumstempo hatte sich 1975 bereits drastisch verringert auf reale minus 1.5% des Bruttosozialprodukts. Rechnet man Bevölkerungsentwicklungen mit ein und stützt sich auf den BSP-Wert pro Kopf der Bevölkerung, so zeitigt sich der Rückschritt noch deutlicher: reales Negativwachstum per capita –4.0%. Projektionen für 1976 vermuten eine Fortsetzung dieses Trends. 18)

Das einzige was die Regierung Pretorias noch frohlocken ließ, war die lang erhoffte Steigerung des Goldpreises trotz der Goldauktionen durch den Internationalen Währungsfond, von dem eigentlich negative Auswirkungen erwartet worden waren. Daß diese Entwicklung sich von heute auf morgen in ihr Gegenteil verkehren kann, ist bei Beobachtern des Goldmarktes bereits ein Fatum.

Ob die wirtschaftlichen Maßnahmen der südafrikanischen Regierung wie Steuererhöhungen und drastische Einfuhrbeschränkungen (Bardepotpflicht für Importe in Höhe von 20% des Importwerts 19)) die ersehnte Wende bringen werden, bleibt dahingestellt. Nur eines läßt sich mit Sicherheit abschließend feststellen. Ausgetragen werden die wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Experimente auf dem Rücken der schwarzen Bevölkerung (Arbeitslosigkeit von über einer Million der gemeldeten (!) Erwerbstätigen, davon nur 14000 Weiße = unter 2% der Gesamtarbeitslosigkeitsquote) 20).

(ISCOR)

Öffentliche Verschuldung und Schuldendienst

Die folgende Tabelle zeigt die Kapitalaufnahmen mit fester Laufzeit am 30. Juni 1975:

Verschuldungsart	Zinssatz	Tilgung	Nennbetrag		Ausstehender Betrag	Ausstehender Betrag in Rand
DM-Kredit	7 1/4 %	1974–1978	DM	50 000 000	DM 30 000 000	5 421 523
DM-Kredit	8 %	1975–1985	DM	50 000 000	DM 45 000 000	8 803 678
Kredit in Schweizer Franken	6 1/4 %	1977	S.Frs.	50 000 000	S.Frs. 50 000 000	10 391 770
Kredit in Schweizer Franken	6 1/2 %	1977–1979	S.Frs.	50 000 000	S.Frs. 50 000 000	10 311 404
Kredit in Schweizer Franken	7 1/4 %	1978	S.Frs.	100 000 000	S.Frs. 100 000 000	21 017 234
Konsortialkredit	revolvierend	1978–1980	US$	40 000 000	US$ 40 000 000	27 246 377
Konsortialkredit	revolvierend	1977–1980	US$	200 000 000	US$ 200 000 000	137 133 211
Konsortialkredit	revolvierend	1976	US$	25 000 000	US$ 25 000 000	16 939 852
Konsortialkredit	revolvierend		US$	90 000 000	US$ 90 000 000	
Konsortialkredit	9,155 %		DM	50 666 667	DM 50 666 667	
Konsortialkredit	11,350 %		DM	50 666 667	DM 50 666 667	
Konsortialkredit	12,260 %	1977–1979	DM	50 666 666	DM 50 666 666	113 076 096
Konsortialkredit	3 1/2 % über Bundesbanksatz		DM	40 000 000	DM 40 000 000	
Konsortialkredit	revolvierend	1977–1980	US$	50 000 000	US$ 50 000 000	34 409 027
Kredit in holländischen Gulden	6 1/4 %	1976–1979	hfl.	50 000 000	hfl. 50 000 000	12 553 352
Öffentliche DM-Anleihe 1971[1])	7 3/4 %	1977–1986	DM	100 000 000	DM 100 000 000	20 082 338
Öffentliche DM-Anleihe 1972[1])	7 %	1978–1987	DM	100 000 000	DM 100 000 000	23 635 074
Öffentliche DM-Anleihe 1973[1])	7 %	1979–1988	DM	100 000 000	DM 100 000 000	24 946 988
Öffentliche DM-Anleihe 1973[1])	8 1/2 %	1979–1988	DM	100 000 000	DM 100 000 000	27 944 670
Konsortialkredit	revolvierend	1979–1984	US$	100 000 000	US$ 100 000 000	68 112 356
Konsortialkredit	revolvierend	1979–1984	US$	50 000 000	US$ 50 000 000	34 367 749
Konsortialkredit	11 3/4 %	1977–1979	DM	75 000 000	DM 75 000 000	20 715 371
Konsortialkredit	revolvierend	1977–1979	US$	35 000 000	US$ 35 000 000	23 834 325
Konsortialkredit	10 3/4 %	1978	US$	6 500 000	US$ 6 500 000	4 447 319
Konsortialkredit	revolvierend	1978	US$	14 500 000	US$ 14 500 000	9 920 941
Konsortialkredit	revolvierend	1976–1980	US$	25 000 000	US$ 25 000 000	16 807 930
DM-Kredit	10 1/4 %	1982	DM	40 000 000	DM 40 000 000	11 643 138
Kredit in Schweizer Franken	8 3/4 %	1979	S.Frs.	50 000 000	S.Frs. 17 000 000	4 615 176
Kredit in US-Dollar	1 5/8 % über Libor (mind. 8 1/2 %)	1978–1990	US$	50 000 000	US$ 50 000 000	34 055 306

Kapitalaufnahmen mit fester Laufzeit im Ausland insgesamt[2])	722 432 205
Inlandsschuldverschreibungen	119 740 127
Sonstige Inlandskapitalaufnahmen	31 540 732
Projektfinanzierungen	269 026 001
Lieferantenkredite	142 961 141
Verschuldung mit fester Laufzeit, insgesamt	1 285 700 206

[1]) Diese Teilschuldverschreibungen werden an der Düsseldorfer Börse notiert.
[2]) Alle diese Kapitalaufnahmen werden von der Republik Südafrika garantiert.

Von der Gesamtsumme der Kapitalaufnahmen mit fester Laufzeit sind R 1 149 042 289 in ausländischer Währung zurückzahlbar, von denen R 1 081 836 270 durch Devisentermingeschäfte abgesichert sind.

Wenn nun die Banken Pretoria dabei helfen, aus seinem Zahlungsbilanzdilemma herauszukommen, so hilft dies zwar der Wirtschaft Südafrikas auf die Beine, soweit dies im Rahmen eines kapitalistischen Konjunkturzyklus möglich ist. Daß es aber die von den Weißen dominierte Wirtschaft ist, die durch Bankkredite unterstützt wird, und diese dem Apartheidsstaat den Rücken stärken, sollte immer wieder betont werden. ESCOM und ISCOR sowie South African Railways weisen den geringsten Anteil von Schwarzen in ihrer Beschäftigtenstruktur auf

Um es kurz und prägnant zu sagen: Die Banken helfen nicht der Wirtschaft überhaupt und damit allen Südafrikanern, ergo auch den armen Schwarzen, sondern es ist die Ökonomie der Apartheid, die von den Banken maßgeblich gestärkt wird.



Fußnoten:

1–) Vergleiche hierzu: Study Project No.5 John Suckling, The Nature and Role of Foreign Investment in South Africa, Uppsala 1975, Seite 13-48
2–) South Africa Yearbook 1974, Pretoria 1974, S.6
3–) Financial Times vom 5.01.77
4–) Financial Times vom 17.10.77
5–) Zusammengestellt aus R. Rode, die Südafrikapolitik der BRD, München 1975, Seite 142; Statistik K 231 der deutschen Bundesbank vom 19. Nov. 1975; WestLB-Index über Deutschmarkbonds laut Anzeige in Financial Times 17.10.77
6–) W. Schneider-Barthold, die Beurteilung der Wirtschaftsbeziehungen der BRD zur RSA und zu den OAU-Staaten aus deutscher Sicht, Berlin 1976, Seite 88
7–) Siehe Welt-Bank-Atlas 1975, Population, Per Capital Products and Growth Rates, Seite 14
8–) W. Kahrass, Deutsch-südafrikanische Finanzbeziehungen, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 19/ Okt. 1974, Seite 889
9–) Nachrichten für Außenhandel vom 13.01.77
10–) Financial Times vom 3.12.76
11–) Fuchsbriefe vom 1.03.76
12–) NfA vom 16.02.77
13–) Financial Mail, März 1976
14–)0 NfA, Beilage Weltwirtschaft zur Jahresmitte, Südafrika August 1976
15–) NfA vom 10. und 11.02.77
16–) NfA vom 17.01.77
17–) FAZ vom 28.12.76
18–) NfA Beilage cf. Fußnote 14, S.3
19–) Quarterly Bulletin, South African Reserve Bank, Sept. 1976, S.5
20–) NfA vom 13.01.77

Banken investieren in südafrikanische Kriegsanleihen!

Barclay's National Bank ist die südafrikanische Tochter der britischen Barclay's Bank, die 64% ihrer Aktien hält, während Gesellschaften der Anglo-American-Gruppe die Mehrheit der restlichen Aktien besitzt. Barclay's Südafrika – so wurde am 15. Dezember 1976 bekammt – hat 10 Millionen Rand (ca. 20,8 Mill DM) in einem staatlichen Fonds südafrikanischer Kriegsanleihen investiert.

Generell erfordert die südafrikanische Gesetzgebung, daß 50% der langfristigen Verbindlichkeiten einer jeden Bank in Südafrika in Staatspapieren angelegt werden muß. Jede in Südafrika niedergelassene Bank beteiligt sich damit von vornherein an der Aufrechterhaltung der Wirtschafts- und Machtstrukturen des rassistischen Herrschaftssystem.

Barclay's Bank äußerte, daß sie die Investition in südafrikanischen Kriegsanleihen als Teil ihrer sozialen Verantwortung gegenüber dem Land Südafrika sowie gegenüber ihren Bankangestellten ansehe, welche als Mitglieder der Armee Kriegsdiente in Angola, Namibia und an den Grenzen Südafrikas leisteten.

Ein Abgeordneter der britischen Laborparty, zugleich Vorsitzender der Anti-Apartheidbewegung, R. Hughes, sagte im Parlament, Barclay's sei nicht gezwungen gewegen, in südafrikanischen Kriegsanleihen zu investieren. Bisher habe die Bank immer behauptet, ihr Geld diene der Wohlfahrt der Schwarzen bzw. der gesamten Bevölkerung Südafrikas. Jetzt sei aber erwiesen, daß diese Behauptung völlig falsch sei: „Barclay's hat immer schon erkaufte Interessen an der Aufrechterhaltung der Apartheid gehabt", sagte Hughes.

Gegenwärtig werden in London Untersuchungen angestellt, ob auch andere Tochtergesellschaften britischer Firmen und Banken in südafrikanischen Kriegsanleihen investiert haben. Eine entsprechende Untersuchung für deutsche Firmen in Südafrika steht ebenfalls noch aus.

RHEINISCHE KIRCHENSYNODE VERSUCHTE BANKENBOYKOTT

Am 22. August 1972 hatte der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen beschlossen:

> „Ausländische Investitionen im südlichen Afrika bestärken die weiße Minderheitsregime in ihrer Unterdrückung der Mehrheit der Völker in diesem Gebiet. In Anlehnung an diese Überlegung..., wonach Investitionen in 'Institutionen, die den Rassismus verewigen', beendet werden sollten, ... fordert der Ökumenische Rat der Kirchen alle Mitgliedskirchen, christlichen Einrichtungen und einzelnen Christen außerhalb des südlichen Afrika dazu auf, ihren gesamten Einfluß geltend zu machen – einschließlich der Wahrnehmung ihres Einflusses als Aktionäre sowie der Abstoßung von Aktien –, um öffentliche und private Gesellschaften zur Zurückziehung ihrer Investitionen aus und zur Beendigung des Handels mit den genannten Ländern zu veranlassen."

Eine rheinische Kreissynode, die von Essen-Nord, wagte es, aus diesem Beschluß eigene Konsequenzen zu ziehen:
Schon am 29. Januar 1972 hatte sie eine außerordentliche öffentliche Synodaltagung veranstaltet, auf der nicht nur DM 10.000 in zwei gleichen Teilen dem Haupt- und dem Sonderprogramm des ÖRK zur Bekämpfung des Rassismus zur Verfügung gestellt wurden, sondern auch "zur Weiterarbeit und zur besseren Information der Gemeinden" ein „ständiger Ausschuß für Fragen des Antirassismusprogramms", bestehend aus acht Mitgliedern der Synode, berufen wurde. Dieser Ausschuß richtete im Februar 1973 „an alle Pastorinnen, Pfarrer, Hilfsprediger und Vikare der drei Essener Kirchenkreise" die Aufforderung, ihre Konten bei der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank zum 8. März 1973 zu kündigen. Zur Begründung hieß es in dem Schreiben wörtlich:

> „Wie Sie wissen, üben im südlichen Afrika... weiße Christen brutale Gewalt gegen die farbigen Mehrheiten dieser Länder aus. Menschenverachtung, ökonomische Ausbeutung, Folter und Vernichtung sind an der Tagesordnung. Die Grundrechte aller Menschen werden auf für uns unvorstellbare Weise mit Füßen getreten. Indirekt sind wir alle an diesem Skandal beteiligt. Wir verdanken unsern Wohlstand nicht zuletzt der Tatsache, daß Farbige für Hungerlöhne arbeiten müssen und die Länder des südlichen Afrika darum eine besonders profitversprechende Region für Investitionen aller Art sind. An Investitionen in Südafrika sind vor allem die großen westdeutschen Banken, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank, beteiligt."

Der Ausschuß wies darauf hin, daß „große kirchliche Organisationen wie der Lutherische Weltbund, der Weltrat der Kirchen und viele Mitgliedskirchen" bereits „aus der Einsicht in ihre ökomomische Verflochtenheit mit den weißen Unrechtsregimen" ihre Konten bei solchen Geldinstituten geschlossen hätten, die „an ausbeuterischen Aktivitäten in Südafrika beteiligt" sind, und ihre finanziellen Angelegenheiten durch solche Banken wahrnehmen lassen, „die in dieser Hinsicht akzeptabel sind". Obgleich festgestellt wird – vielmehr: gerade weil festgestellt wird –, daß „in den kirchlichen Organisationen der Bundesrepublik" diese Handlungsweise „auf wenig Verständnis" stieß, „obwohl man hier ein geschärftes Bewußtsein gegenüber rassistischer Unterdrückung hätte erhoffen können", fordert der Ausschuß die kirchlichen Mitarbeiter dazu auf, sich dem Schritt der internationalen kirchlichen Organisationen anzuschließen, „auch und gerade wenn unsere Kirchenleitungen diesem Problem noch hilflos gegenüberstehen". Man erhoffte sich, durch diese Aktion einen „wirkungsvollen Beitrag zur Aufkläung in den Gemeinden und in der Bevölkerung" leisten zu kön-

Die Belgischen Banken in Südafrika

Die vier größten belgischen Banken beteiligen sich an der Finanzierung der Apartheid. Es sind namentlich:

- de Generale Bankmaatschappij
- die Kredietbank
- die Bank Brussel-Lambert
- die Bank Paribas

Diese Beteiligung läßt sich in drei große Kategorien zerlegen:
- Teilnahme über ein internationales Bankenkonsortium an Anleihen, die von den südafrikanischen Behörden oder öffentlichen Unternehmen ausgeschrieben werden.
- direkte Beteiligung an Darlehen.
- Vertretungen in Süd-Afrika.

1. Die Generale Bankmaatschappij (GBM)

Zusammen mit fünf anderen europäischen Banken bildete die GBM 1963 die European Banks International Company (EBIC). Über die amerikanische Tochter – European American Banking Corporation (EABC) – wurden in den jüngsten Jahren verschiedene Kredite an südafrikanische öffentliche Unternehmen vergeben.
Die EBIC errichtete vor einigen Jahren ein Büro in Johannesburg und versucht, ihre Aktivitäten in Süd-Afrika zu erweitern. So gab der Konzern im Oktober 1974 sein Interesse an einer Beteiligung an der Transoranjebank (eine Tochtergesellschaft der Volkskas, der Bank für das südafrikanische Privatkapital). Neben EABC und Volkskas würde sich auch Sanlam (Südafr. Versicherungsgesellschaft) beteiligen. Das Kind soll auf den Namen: Europe-South African Banking Corporation getauft werden. Der Anteil von EABC sollte 30% betragen, die Höchstgrenze für ausländische Bankenbeteiligungen in Süd-Afrika.
Die Verhandlungen zwischen Volkskas/Sanlam wurden Ende 1973 aufgenommen. Bevollmächtigte der Deutschen Bank (einer der EBIC-Partner) würden die Geschäftsführung der Bank übernehmen. Die Eröffnung wurde für Anfang dieses Jahres erwartet. Bisher ist aber aus finanziellen Gründen noch nichts geschehen. Sollte das Projekt stattfinden, gäbe es eine Direktverbindung zwischen EABC und dem südafrikanischen Privatkapital.

2. Die Kredietbank

Auch die Kredietbank ist Mitglied in internationalen Konsortien. Eines davon ist die Inter-Alpha Bank Groups. Die Tätigkeit der Kredietbank in Süd-Afrika über diese Konsortien ist uns aber nicht bekannt.

nen, „der wichtiger sei als 'blinde' Geldspenden". „Langfristig", so kommentierte der Ausschußvorsitzende, käme es bei konsequenter Handhabung des Beschlusses des ÖRK von Utrecht allerdings darauf an, „nicht nur das Bewußtsein des einzelnen, sondern auch die tatsächlichen Verhältnisse zu ändern. Aber das ist ein langer Weg."

Auf die Frage, was denn nun eigentlich aus dem Aufruf zur Kontenkündigung geworden sei, schrieb Pfarrer Metzmacher, der Vorsitzende des Essener Ausschusses, am 27. Mai 1973:

„Unser Brief von Mitte Februar hatte kaum die Empfänger erreicht, da tickerte der Hauptinhalt bereits über epd-Fernschreiber an die regionale Presse. Und der Rundfunk rührte sich... Die angesprochenen Banken hatten inzwischen reagiert. Interessant, daß sie in der Sache nicht dementierten, wohl aber mit Strafverfolgung wegen Geschäftsschädigung drohten (freilich nicht bei uns, sondern beim Superintendenten des Kirchenkreises Essen-Nord, dessen Telefon heiß lief)... und mitteilen ließen, daß 'alle Großbanken der Welt nur seriöse Geschäfte machen; mit unseriösen Geschäften nämlich kann sich keine Bank zu einer Großbank entwickeln'."

Der Essener Ausschuß informierte andere rheinische Kirchenkreise und auch die kirchlichen Ausbildungsinstitutionen im Rheinland sowie die Düssseldorfer Kirchenleitung. Es gab im ganzen nur geringes Echo, allerdings reagierten etliche Pfarrer doch positiv und kamen für sich selbst dem Aufruf nach. Auch überregionale Informationsmedien nahmen sich der Sache an, berichteten über die Aktion und ermunterten dazu, sich ihr anzuschließen. In Essen selbst gab es einen gemeinsamen „Pfarrkonvent", auf dem sowohl böse wie zustimmende Worte fielen. Von Genf aus kam ein ermuntern-



des Schreiben:

„Besonders wichtig ist die Reaktion von vielen Kirchen und Kirchenvorständen, die Arbeitsgruppen gebildet haben, um ihre eigenen Investitionen und die damit verbundenen Spekulationen zu überprüfen, sowie genauere Einzelheiten zusammenzutragen, um eine Entscheidung von den betroffenen kirchlichen Körperschaften zu fordern. Dies ist eines der Ergebnisse, die der Zentralausschuß erhofft hatte zu erreichen, nämlich daß jede Kirche in ihrer eigenen lokalen und nationalen Situation tätig werden würde..."

„Der Weltkirchenrat und alle Christen müssen zu allererst versuchen, mit ihrer eigenen Stellungnahme einen Druck auf die Regierungen und Körperschaften auszuüben, um zu erreichen, daß diese ihre Unterstützung der rassistischen Regime zurückziehen. Solche „Zurückziehungskampagnen" üben mehr Druck auf die Körperschaften aus, als alle andern Formen von Protest. Oft fühlen sie sich dadurch gezwungen, Erklärungen abzugeben, die die Anwesenheit in Südafrika rechtfertigen sollen. Wir für

---

Bekannt dahingegen ist die wichtige Rolle der Kredietbank bei der Plazierung von Anleihen der südafrikanischen Behörden und Staatsunternehmen auf dem europäischen Kapitalmarkt, wobei sie über ihre Luxemburger Niederlassung die alleinige oder die Mitführung wahrnimmt.

3. Die Bank Brussel-Lambert

Die Bank Brussel-Lambert ist Mitglied der internationalen Bankengruppe ABECOR, die ebenfalls eine Niederlassung in Süd-Afrika besitzt: Johannesburg, Unicorn House, 11th floor, 70 Marshal Street.

ABECOR ist die größte europäische Bankengruppe. Sie pflegt enge Geschäftsbeziehungen mit der Banque de Societe Financiere Europeenne (SFE), in der neben den ABECOR-Banken auch die japanische Sumitomo-Bank und die Banc of America vertreten sind.

GEMEINSAME AKTIVITÄTEN

Schließlich sei erwähnt, daß alle vier o.a. Banken auch in der jüngsten Vergangenheit ihre Tätigkeit im Dienste des Apartheidsregimes auf dem europäischen Kapitalmarkt weitergeführt und ausgebaut haben; für die letzten fünf Anleihen der obigen Aufstellung als Emissionsbank tätig waren, in diesem Fall allerdings ohne die Verpflichtung, die Anleihen bei Nichtplazierung ins eigene Portefeuille zu übernehmen.

Die Angaben unter diesem Abschnitt können bestimmt keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Lassen sich die Schuldner meist noch feststellen, so ist es mit weitaus mehr Schwierigkeiten verbunden, die Gläubiger zu ermitteln. Wohl ist bekannt, daß die meisten Anleihen durch die Vermittlung (und oft unter Beteiligung) von einzelnen Banken oder von Bankenkonsortien plaziert werden.

1974 haben die südafrikanischen Behörden und öffentlichen Unternehmen Anleihen in Höhe von 459 Mio. auf ausländischen Kapitalmärkten plaziert. 1975 waren es 800 Mio. Und der künftige Bedarf ist noch größer.

aus: Belgische Banken en Ziud-Afrika. Wereldwinkelschrift 8/76
Hrsg.: AKZA-Heverlee

Zur Beteiligung der Kredietbank an Emissionen am Euromarkt vergleiche den Artikel: Banken in Südafrika, Kredite für Apartheid, Absatz EUROMARKT

unsern Teil bitten Sie hiermit dringend, ihre Kirche anzuregen, damit diese ihre Mitglieder und Arbeitsgruppen zu einem persönlichen Einsatz auffordert."

Ein Anfang war gemacht. Sollte es weitergehen? Zwei Ereignisse sind noch zu nennen: Die Kirchliche Bruderschaft im Rheinland forderte im Herbst 1974 „die Presbyterien, Kirchenkreise und die Rheinische Landeskirche auf, ihre finanziellen Verflechtungen mit der Deutschen Bank, Commerzbank und Dresdner Bank zu überprüfen und der kirchlichen Öffentlichkeit offenzulegen, weil diese drei Geldinstitute führend an der finanziellen Stützung der rassistischen südafrikanischen Regierung mit ausländischem Kapital beteiligt sind. Die Kirchliche Bruderschaft im Rheinland fordert alle kirchlichen Gremien in der EKiRh auf, ihre sämtlichen Geschäftsverbindungen mit diesen Geldinstituten zu lösen, solange diese Banken in Südafrika investieren. Gleichzeitig werden die Presbyterien gebeten, diesen Appell an ihre Gemeindeglieder weiterzugeben."
Es war ein Ruf ins Leere.

Das andere war ein „Kontaktgespräch" der drei Essener Kirchenkreise mit Vertretern von Großbanken und Handelsunternehmen über die Beziehungen der deutschen Wirtschaft zu Südafrika am 30. April 1975. Die Drohungen der Bankenvertreter mit Kirchenaustrittsabsichten und die reichlichen und lautstarken Proteste von seiten der Wirtschaftskreise gegen ein kirchliches Engagement im Rahmen des ökumenischen Programms zur Bekämpfung des Rassismus haben die sowieso nur sehr schwachen und schüchternen Versuche an der kirchlichen Basis wieder zum Schweigen gebracht. Bei den synodalen Neuwahlen im Herbst 1976 wurde der Essener Ausschuß nicht wieder neu zusammengestellt.

Im übrigen berufen sich die Kirchenvertreter darauf, daß ihre finanziellen Rücklagen bei der Bank für Kirche und Diakonie (Duisburg) deponiert sind, die – so wird einfach vorausgesetzt – mit Investitionen in rassistischen Unternehmungen im südlichen Afrika nichts zu tun hat.

Daß die Kirche allerdings auch nichts mit der vom ÖRK angeregten Ökumenischen Genossenschaftsbank, die als eine sich selbst tragende, nicht profitorientierte Genossenschaft Entwicklungsprozesse in der Dritten Welt durch günstige Darlehn, Direktinvestitionen und Garantien fördern soll, zu tun haben will, zeigt die sich schon über Jahre hinschleppende innerkirchliche Diskussion über die Frage, ob sich eine Beteiligung kirchlicher Finanzmittel an diesem, sicher nicht risikolosen, weltweiten christlichen Genossenschaftsunternehmen mit der bestehenden Verwaltungsordnung in Einklang bringen läßt. Dies ist gewiß der Fall, wenn der Grundsatz der „Mündelsicherheit" und der größtmöglichen Anlagevorteile als Grundsätze kirchlichen Handelns festgehalten werden.

Wortlaut des § 68 der kirchlichen Verwaltungsordnung:

„Die Kapitalien und Rücklagen sind in der Regel mündelsicher anzulegen (§§ 1807 und 1808 BGB...) ... Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Landeskirchenamtes gestattet. Die Anlegung bei den kirchlichen Darlehnsgenossenschaften ist uneingeschränkt zulässig. Alle übrigen Gelder müssen bei einem zuverlässigen Geldinstitut und, soweit sie nicht zu einem täglichen Kassenverkehr erforderlich sind, zinsbringend angelegt werden. Die Anlegung bei privaten Geldinstituten ist nur zulässig, wenn es sich um eine Großbank handelt oder das Geldinstitut durch ein zentrales Kreditinstitut gesichert ist. Ein Beschluß des Leitungsorgans ist erforderlich."

Deutscher Bundestag – 8. Wahlperiode – 14. Sitzung
Donnerstag, den 10. Februar 1977

Anlage 79

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Engelsberger (CDU/CSU) (Drucksache 8/86 Frage B 75):

Stimmt die Bundesregierung mit der Forderung des DGB-Vorsitzenden Vetter überein, durch einen Untesuchungsausschuß "die Praktiken deutscher Investitoren in Westafrika untersuchen" zu lassen und an die Regierung in Südafrika keine Kredite und Darlehen mehr zu gewähren, da die schwarzen Arbeitnehmer nicht weiter "von Unternehmern ausgebeutet" werden dürften, obwohl andererseits an Polen, wo sich die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter bereits sehr deutlich in Demonstrationen und Streiks offenbart, ein Milliardenkredit gewährt worden ist, und wenn ja, welche Folgerunge zieht sie daraus?

1. Die Bundesregierung hat keine Anhaltspunte dafür, daß deutschen, in der Republik Südafrika tätigen Unternehmen, verantwortungsloses Verhalten bei der Behandlung und Bezahlung ihrer schwarzen Arbeitskräfte vorgeworfen werden könnte. Die ihr vorliegenden Berichte zeigen im Gegenteil, daß sich diese Unternehmen aktiv um einen Abbau von Diskriminierungen bemühen. Soweit von hier ein Einblick möglich ist, läßt sich sagen, daß die nichtweißen Arbeitnehmer in den Niederlassungen deutscher Firmen in der RSA in finanzieller und sozialer Hinsicht einen Standard haben, der nicht nur über die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestnormen hinausgeht, sondern in vielen Fällen auch für Südafrika beispielhaft ist.

Die Bundesregierung sieht daher keine Veranlassung, näher auf die von Herrn Vetter erhobene Forderung einzugehen.

2. Die Bundesregierung hat an die Regierung der Republik Südafrika keine Kredite gewährt. Soweit im Zusammenhang mit Exportgeschäften deutscher Unternehmen Finanzierungen erforderlich waren, wurden diese von den deutschen Exporteuren selbst oder von Kreditinstituten durchgeführt.

Die Bundesregierung übernimmt wohl im Rahmen der ihr im Haushaltsgesetz eröffneten Möglichkeiten Bundesdeckungen für Ausfuhrgeschäfte nach Südafrika. Bei der Entscheidung über die an sie herangetragenen Bürgschafts- und Garantieanträge läßt sie sich von den Richtlinien leiten, die für die Indeckungnahme von Ausfuhrgeschäften allgemein entwickelt worden sind. Die von Ausfuhrbürgschaften ist dabei als eine Maßnahme der Exportförderung zu verstehen. Ausfuhrbürgschaften werden demzufolge entsprechend den Erfordernissen unserer Exportwirtschaft und unter Berücksichtigung der Wirtschaftskraft, insbesondere der weiteren Verschuldungsfähigkeit, des Bestellerlandes eingesetzt.

Die derzeitige Wirtschaftslage Südafrikas rechtfertigt nach Auffassung der Bundesregierung die weitere Übernahme von Bundesdeckungen für deutsche Exporte in dieses Land.

DOKUMENT

ÖKUMENISCHER RAT DER KIRCHEN
Generalsekretariat

Genf, den 16.Februar 1976
PAP/Gr

Herrn
Franz Heinrich Ulrich
Vorstandsmitglied der
Deutschen Bank A.G.
Junghofstrasse 5-11
D-6000 Frankfurt / Main
GERMANY

Sehr geehrter Herr Ulrich,

Bezugnehmend auf unser Schreiben vom 5.Juni 1975 möchte ich Sie hiermit von den Beschlüssen in Kenntnis setzen, die der Exekutivausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen auf seiner Tagung vom 20-22. November 1975 in Nairobi gefaßt hat.

Der Exekutivausschuß hat sich ausführlich mit einem Bericht über die Antworten befaßt, mit denen die European American Banking Corporation (EABC) und ihre Mitgliedsbanken einschließlich Ihrer Bank, auf das Ersuchen des ÖRK-Zentralausschusses, die Vergabe von Darlehen an die südafrikanische Regierung und ihre Institutionen einzustellen, reagiert haben. Da alle Banken es abgelehnt haben, eine entsprechende Versicherung abzugeben, hat der Exekutivausschuß die folgende Entschließung gefaßt:

Der Exekutivausschuß
– nach Entgegennahme eines Berichts über die Weigerung aller sieben Banken, eine Versicherung darüber abzugeben, daß sie der südafrikanischen Regierung und ihren Institutionen keine weiteren Darlehen mehr gewähren werden –

1) beschließt, keinerlei ÖRK-Vermögen mehr bei folgenden Banken zu deponieren:

Europian American Banking Corporation und ihre Mitglieder:
Deutsche Bank, Bundesrepublik Deutschland
Societe Generale, Frankreich
Midland Bank, Vereinigtes Königreich
Amsterdam-Rotterdam Bank N.V., Niederlande
Societe Generale de Banque S.A., Belgien
Creditanstalt-Bankverein, Österreich

2) empfiehlt die Initiativen, die bereits von Mitgliedskirchen, nationalen Christenräten, christlichen Einrichtungen, ökumenischen und anderen Gruppen ergriffen worden sind, um diese Banken zu einer Einstellung ihrer Darlehen an die südafrikanische Regierung und ihre Institutionen zu veranlassen, und ermutigt sie, ihre Bemühungen durch Konsultationen, Aktionärskampagnen und Öffentlichkeitsarbeit fortzusetzen und als letztes Druckmittel gegebenenfalls die Kündigung von Bankkonten einzusetzen;

3) fordert Mitgliedskirchen, die bisher noch nichts unternommen haben, in den Ländern, in denen die genannten Banken ansässig sind, dringend auf, ähnliche Kampagnen einzuleiten in dem Bestreben, die Banken zu einer Einstellung ihrer Darlehen an die südafrikanische Regierung und ihre Institutionen zu veranlassen; und

4) beantragt, daß die ethischen und theologischen Schlußfolgerungen, die sich aus den bisherigen Gesprächen mit den Banken ziehen lassen, in den Sektionen V und VI der Vollversammlung weiter untersucht werden.

Zu Ihrer Information füge ich meinem Schreiben ein Exemplar des Berichts „Entschließung des Zentralausschusses in Berlin (West) über die Haltung des ÖRK zu den internationalen Bankgeschäften mit Südafrika" bei. Ferner übersende ich Ihnen ein Exemplar des Berichts und der Empfehlungen der Sektion VI der Vollversammlung in Nairobi „Menschliche Entwicklung: Die Zwiespältigkeit von Macht und Technologie und die Qualität des Lebens", und ich möchte Sie besonders auf die Untersektion 3 über „Macht und Machtregulierung" (S.211) aufmerksam machen, die sich unter anderem mit der Rolle der multinationalen Konzerne befaßt hat.

Wir sind uns natürlich bewußt, daß wir die Fragen, die Ihre Antwort auf unser früheres Schreiben aufgeworfen hat, in Zukunft noch weiter und ausführlicher untersuchen müssen. Der Exekutivausschuß war jedoch der Überzeugung, daß der Ökumenische Rat der Entschließung des Zentralausschusses in Berlin (West) gemäß handeln müsse.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Philip Potter
Generalsekretär

Anlagen
Mitgliedskirchen
Nationale Christenräte
Zentralausschußmitglieder

DOKUMENT

ÖKUMENISCHER RAT DER KIRCHEN
Exekutivausschuß
Nairobi, Kenia
20.-22. Novenver 1975

„Wir rufen die Kirchen auf zu bekennen, daß sie mit dazu beigetragen haben, den Rassismus zu festigen. Die Kirchen sollten ihre finanzielle Situation überprüfen, um festzustellen, in welchem Maße ihr Finanzgebaren im eigenen Lande und auf internationaler Ebene Regierungen, die bestimmte Rassen unterdrücken, diskriminierende Industriezweige und unmenschliche Arbeitsbedingungen unterstützt hat. Die Wirkung wäre größer, wenn dies in einem ökumensichen Akt geschähe." (Zentralausschuß, Canterbury, 1969).

ENTSCHLIESSUNG DES ZENTRALAUSSCHUSSES IN BERLIN (WEST) ÜBER DIE HALTUNG DES ÖRK ZU DEN INTERNATIONALEN BANKGESCHÄFTEN MIT SÜDAFRIKA

Ein Bericht über die jüngste Entwicklung

I. Beschlußfassung wärend vorausgegangener Exekutiv- und Zentralausschußtagungen

1. Der Zentralausschuß in Utrecht (1972) beschloß; "keinerlei ÖRK-Vermögen bei Banken zu deponieren, die direkte Geschäftsbeziehungen zu Südafrika, Rhodesien, Namibia, Angola, Mosambik und Guinea-Bissau unterhalten".
2. Der Zentralausschuß in Berlin (West) faßte folgende Entschließung:
   i) weist die Abteilung "Finanzwesen" an, der European American Banking Corporation und ihren Mitgliedern, namentlich der

      Deutschen Bank, Bundesrepublik Deutschland
      Societe Generale, Frankreich
      Midland Bank, Vereinigtes Königreich
      Amsterdam-Rotterdam Bank N.V., Niederlande
      Societe Generale de Banque S.A., Belgien
      Creditanstalt-Bankverein, Österreich

      das vorliegende Dokument Nr.31 (revidierte Fassung) und weitere einschlägige Unterlagen zuzuleiten und sie um die Versicherung zu ersuchen, daß sie die Gewährung von Darlehen an die südafrikanische Regierung und ihre Körperschaften und Einrichtungen einstellen: ferner weist er die Abteilung "Finanzwesen" an, den Exekutivausschuß von dem Ergebnis dieser Aktion zu unterrichten, und ermächtigt den Exekutivausschuß, dafür zu sorgen, daß keine ÖRK-Gelder bei den oben genannten Banken angelegt werden, solange eine befriedigende Versicherung nicht abgegeben worden ist;
   ii) fordert alle Mitgliedskirchen, christlichen Organisationen und Christen nachdrücklich auf, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, um die oben aufgeführten und andere beteiligte Banken zu veranlassen, die Gewährung von Darlehen an die südafrikanische Regierung und ihre Vertretungen einzustellen.
3. Auf der Tagung des Exekutivausschusses in Genf (April 1975) stellte der Unterausschuß "Finanzen" fest, daß es seit der Beschlußfassung des Zentralausschusses nicht möglich gewesen war, eine verbindliche Antwort von den Banken zu erhalten. Es wurde beschlossen, daß der Ökumenische Rat in Fortsetzung des Besuches beim Präsidenten der Midland Bank dieser Bank nunmehr die Entschließung des Zentralausschusses in einem offiziellen Schreiben zustellen und die European American Banking Corporation (EABC) und ihre Mitgliedsbanken um eine rasche Antwort sowie um einen Bericht darüber ersuchen solle, ob auf der Tagung der EABC im März Beschlüsse der einen oder der anderen Art gefaßt worden waren.

   Der Unterausschuß "Finanzen" empfahl und der Exedutivausschuß beschloss:

   daß der Exekutivausschuß in Nairobi gemäß der vom Zentralausschuß im August 1974 erteilten Ermächtigung vorgeht, sofern als Reaktion auf die vorgeschlagenen weiteren Schritte bis zum 31. Oktober 1975 keine zufriedenstellenden Zusicherungen erfolgen.

II. Verwirklichung der Entschließung von Berlin (West)

4. Gemäß der Zentralausschuß-Entschließung sind den betreffenden sieben Banken die entsprechenden Unterlagen übersandt worden. Vor der Übersendung haben jedoch Konsultationen mit den Mitgliedskirchen der einzelnen Länder, in denen die Banken ansässig sind (mit Ausnahme Belgiens), stattgefunden. Dies geschah, um die Kirchen vom Inhalt der Briefe zu unterrichten, ihnen Gelegenheit zur Stellungsnahme zu geben und um sie zu bitten, flankierende Maßnahmen in ihrem eigenen Namen zu ergreifen. Die Konsultation der Mitgliedskirchen war bei der Verwirklichung der Berliner Entschließung ganz besonders wichtig. Gleichzeitig war dieses Vorgehen natürlich auch zeitraubend, so daß einige Banken erst mit reichlicher Verspätung angeschrieben werden könnten.

5. Seit der Exekutivausschußtagung im April 1975 haben alle Banken des EABC-Konsortium geantwortet. Der Empfang dieser Briefe ist bestätigt und die Mitgliedskirchen sind von ihrem Inhalt unterrichtet worden. Alle Banken haben es abgelehnt, eine Versicherung darüber abzugeben, daß sie der südafrikanischen Regierung und ihren Institutionen keine weiteren Darlehen mehr gewähren werden. Mehrere Banken weisen auch darauf hin, daß der ÖRK ihrer Ansicht nach kaum ein Recht habe, sich in derartige Bankangelegenheiten einzumischen.

III. Die Reaktion der Banken

Aus den Antworten geht hervor, daß die Banken eine gemeinsame Strategie verfolgen. Keine von ihnen leugnet, daß Darlehen gewährt worden sind, und sie führen eine Reihe von Argumenten an, die ihre Unterstützung der südafrikanischen Regierung rechtfertigen sollen. Dies sind im wesentlichen folgende Argumente:

6. Eine Bank sollte sich nicht in die Politik einmischen – Bei der Entscheidung darüber, wem Darlehen gewährt werden sollen, sollte sich eine Bank von den "üblichen Bankgeschäftsgrundsätzen" leiten lassen, denen zufolge sie in erster Linie ihren Aktionären und Mitarbeitern gegenüber verantwortlich ist. Es gehört nicht zu ihren Aufgaben, das Verhalten ihrer Kunden zu beurteilen. Eine Veranlassung für ethische Überlegungen besteht nur dann, wenn durch ein Darlehen eindeutig unmoralische Handlungen ermöglicht werden – ein höchst theoretischer Ausnahmefall. Darüber hinaus wäre es äußerst unklug, Südafrika zum jetzigen Zeitpunkt zu kritisieren, da Premierminister Vorster rigorose Entspannungsmaßnahmen eingeleitet hat.

7. Eine Bank sollte keine Maßnahmen unterstützen, durch die ein Land wirtschaftlich isoliert werden soll – Mit diesen Maßnahmen soll der wirtschaftliche Zusammenbruch eines Landes herbeigeführt und der Weg für die gewünschten politischen Veränderungen frei gemacht werden.

8. Eine Bank sollte nur dann davon Abstand nehmen, gewinnbringende Darlehen zu gewähren, wenn eine solche Darlehensvergabe konkret gegen die Gesetze des Landes verstößt, in dem die Bank ihren Sitz hat – Wenn bestimmte Personen von einer Bank verlangen, daß sie Südafrika keine Darlehen mehr gewähren soll, dann müssen sie die betreffende Regierung veranlassen, solche Darlehen zu verbieten.

9. Südafrika ist nicht das einzige Land, gegen dessen Politik Einwände erhoben werden – es gibt noch viele andere Länder. Wenn eine internationale Bank all diese politischen Strömungen und Tendenzen berücksichtigen würde, dann könnte sie ebensogut ihre Geschäftstätigkeit einstellen.

10. Nicht alle Kirchenführer und Christen sind der Ansicht, daß die Banken Südafrika keine Darlehen mehr gewähren sollten. Auch die Schwarzen in Südafrika selbst sind in dieser Frage offensichtlich geteilter Meinung. Eine soziale Besserstellung der schwarzen Bevölkerung wird am besten dadurch erreicht, daß man auf verbindlichen Mindestlöhnen für Lohnempfänger besteht.

IV. Massnahmen von Mitgliedskirchen und Aktionsgruppen

11. In den USA haben Kirchen, Gemeinwesenorganisationen und Gruppen zwischen 1966 und 1969, d.h. lange vor der Entschließung des Zentralausschusses, eine erfolgreiche Kampagne gegen 10 amerikanische Banken geführt, die mit der südafrikanischen Regierung die Gewährung eines 40 Millionen-Dollar-Revolvingkredits vereinbart hatte. Unter anderem haben sich der Exekutivrat der Bischöflichen Kirche, die Generalversammlung der Presbyterianischen Kirche in den USA und die Generalsynode der Vereinigten Kirche Christi in offiziellen Stellungnahmen gegen



Wir sehen uns leider gezwungen, die südafrikanischen Gesetze einzuhalten.

die Vergabe dieser Darlehen ausgesprochen. Die Missionsabteilung der Methodistischen Kirche beschloß, der First National City Bank of New York die Verwaltung eines 10 Millionen-Dollar-Anlagenportefeuilles zu entziehen, weil diese Bank an dem Konsortium beteiligt war.

Von 1973 bis 1975 haben acht Banken – namentlich die Maryland National Bank, die First Pennsylvania Bank, die Merchants Bank und Trust Co. of Indianapolis, die First National Bank of Louisville, die United Virginia Bank, die Wachovia Bank of North Carolina, die Central National Bank of Chicago und die City National Bank of Detroit – bekanntgegeben, daß sie der südafrikanischen Regierung keine weiteren Darlehen mehr gewähren werden. Ihre Entscheidung ist hauptsächlich auf den Druck der Amerikanischen Kirchen zurückzuführen, deren Aktionen vom Interfaith Center for Corporate Responibility (ICCR – Interkonfessionelles Zentrum für kollektive Verantwortung) in New York koordiniert wurden.

12. In Kanada hat die Taskforce on the Churches and Corporate Responibility (Arbeitsgruppe "Kirchen und kollektive Verantwortung"), in der die Anglikanische Kirche von Kanada, die Vereinigte Kirche von Kanada, die Römisch-katholische Kirche und der CVJF zusammenarbeiten, ausführliche Gespräche mit leitenden Angestellten der Canadia Imperial Bank of Commerce, der Toronto Dominion Bank sowie der Bank of Montreal geführt. Im Verlauf dieser Gespräche sollten die Banken dazu veranlaßt werden, bestehende Darlehensverträge zu kündigen oder sich öffentlich zu verpflichten, keine weiteren Darlehen mehr zu gewähren.

13. In der Bundesrepublik Deutschland hat die EKD darauf hingewiesen, daß sie die Entschließung des Zentralausschusses in Berlin (West) nicht billigt. Folglich sind in der Bundesrepublik auch keine Schritte in dieser Angelegenheit unternommen worden. Die Evangelische Kirche in Österreich hat sich ebenfalls von der Berlin-Entschließung distanziert.

14. In Frankreich und Belgien haben sich die Kirchen (noch) nicht mit der Angelegenheit befaßt.

15. In den Niederlanden haben ökumenische Aktionsgruppen die Initiative ergriffen. Die Selbstbesteuerungs-Bewegung X minus Y hatte bereits vor der Entscheidung von Berlin (West) ihr Konto bei der AMRO-Bank aufgelöst und zu einem Boykott aufgerufen. Nachdem es die AMRO-Bank abgelehnt hatte, eine Einstellung der Darlehen zu garantieren, beteiligten sich auch die nachstehenden Gruppen an einer landesweiten Boykott-Kampagne: die FCR-Unterstützungsgruppe "Betaals Antwoord", Kairos (Ökumenische Unterstützungsgruppe für das Christliche Institut von Südafrika), die Anti-Apartheid Bewegung und viele andere Gruppen. Der Rat der Kirchen in den Niederlanden – und insbesondere seine Kommission für Internationale Angelegenheit – verfolgt diese Angelegenheit mit großer Sorge. Die bisherigen Gespräche einer Delegation des Rates mit Vertretern der AMRO-Bank sind zwar ergebnislos verlaufen, doch ist der Rat entschlossen, diese Gespräche fortzusetzen.

16. Im Vereinigten Königreich haben Vertreter des Britischen Rates der Kirchen wiederholt Gespräche mit der Midland Bank geführt, und die Ökumenische Aktionsgruppe ELTSA (End Loans to South Africa –Stoppt Darlehen für Südafrika) führt eine Kampagne gegen Darlehen an die Südafrikanische Regierung durch.

17. Trotz der negativen Reaktionen in der BRD und in Österreich ist deutlich geworden, daß viele Kirchen, kirchliche Hilfswerke, Gruppen und einzelne Christen erkannt haben, daß die Gewährung von Bankdarlehen an die südafrikanische Regierung und ihre Institutionen eine gravierende Form des institutionellen Rassismus darstellt. Darüber hinaus haben die Antwortschreiben der Banken gezeigt, wie notwendig die Entscheidung des Zentralausschusses 1974 gewesen ist und wie dringend die damit verbundenen größeren ethischen Fragen vor die Öffentlichkeit gebracht werden müssen.

V. Mögliche nächste Schritte

18. Jetzt, da alle sieben Banken gleichlautende Antworten gegen und die Aufforderung des ÖRK zurückgewiesen haben, kann der scheidende Exekutivausschuß auf seiner Tagung in Nairobi im Namen des ÖRK und gemäß seiner eigenen Beschlußfassung vom April 1975 – „daß der Exekutivausschuß in Nairobi gemäß der vom Zentralausschuß im August 1974 erteilten Ermächtigung vorgeht, sofern als Reaktion auf die vorgeschlagenen weiteren Schritte bis zum 31. Oktober 1975 keine zufriedenstellenden Zusicherungen erfolgen" – entsprechende Beschlüsse fassen.

19. Die verschiedenen Initiativen, die zahlreiche Orts- und Landeskirchen, christliche Einrichtungen und Gruppen ergriffen haben, sind äußerst ermutigend und sind ein Zeichen dafür, wie ernst sie diese Angelegenheit nehmen. Der ÖRK sollte sie in ihren weiteren Bemühungen, die Vergabe von Darlehen an Südafrika zu stoppen, mit Nachdruck ermutigen und unterstützen und sich mit Mitgliedskirchen und Gruppen in Verbindung setzen, die sich bisher noch nicht beteiligt haben.

20. Es ist notwendig, einen langfristigen und ununterbrochenen Reflexionsprozeß über die ethischen und theologischen Fragen einzuleiten, die sich in diesem Zusammenhang stellen. In der Tat müssen der ÖRK und seine Mitgliedskirchen noch tiefer als bisher in die Problematik eindringen und sie in ihrem Gesamtzusammenhang sehen. Die Diskussionen sollten nicht bei den Aktivitäten multinationaler Bank-Konsortien im sozio-politischen Bereich stehenbleiben.

Es ist notwendig, daß die Rolle der Multinationalen Konzerne analysiert und diese Analyse in die übergeordnete Diskussion über Kriterien für eine neue Weltwirtschaftsordnung eingebracht wird. Eine solche Diskussion ist im Rahmen der Sektion V und insbesondere der Sektion VI auf der Vollversammlung in Nairobi geplant. Der Exekutivausschuß könnte konkret den Antrag stellen, die tieferliegenden Fragen in diesen Sektionen aufzugreifen.

VI. DIE VOM ÖRK–EXEKUTIVAUSSCHUSS ANGENOMMENE ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE HALTUNG DES ÖRK ZU DEN INTERNATIONALEN BANKGESCHÄFTEN MIT SÜDAFRIKA

Der Exekutivausschuß
–nach Entgegennahme eines Berichtes über die Weigerung aller sieben Banken, eine Versicherung darüber abzugeben, daß sie der südafrikanischen Regierung und ihren Institutionen keine weiteren Darlehen mehr gewähren werden –

1) beschließt, keinerlei ÖRK-Vermögen mehr bei folgenden Banken zu deponieren:

   European American Banking Corporation und ihre Mitglieder:
   Deutsche Bank, Bundesrepublik Deutschland
   Societe Generale, Frankreich
   Midland Bank, Vereinigtes Königreich
   Amsterdam-Rotterdam Bank N.V., Niederlande
   Societe Generale de Banque S.A., Belgien
   Creditanstalt-Bankverein, Österreich

2) empfiehlt die Initiativen, die bereits von Mitgliedskirchen, nationalen Christenräten, christlichen Einrichtungen, ökumenischen und anderen Gruppen ergriffen worden sind, um diese Banken zu einer Einstellung ihrer Darlehen an die südafrikanische Regierung und ihre Institutionen zu veranlassen, und ermutigt sie, ihre Bemühungen durch Konsultationen, Aktionärskampagnen und Öffentlichkeitsarbeit fortzusetzen und als letztes Druckmittel gegebenenfalls die Kündigung von Bankkonten einzusetzen;

3) fordert Mitgliedskirchen, die bisher noch nichts unternommen haben, in den Ländern, in denen die genannten Banken ansässig sind, dringend auf, ähnliche Kampagnen einzuleiten in dem Bestreben, die Banken zu einer Einstellung ihrer Darlehen an die Südafrikanische Regierung und ihre Institutionen zu veranlassen; und

4) beantragt, daß die ethischen und theologischen Schlußfolgerungen, die sich aus den bisherigen Gesprächen den Banken ziehen lassen, in den Sektionen V und VI der Vollversammlung weiter untersucht werden.

BANKKREDITE UND INVESTITIONEN FÜR SÜDAFRIKA UND NAMIBIA

Interfaith Centre On Corporate Responsibility, USA

Auszug aus einer Rede des Direktors des ICCR, Timothy H. Smith vom 23.9.76 vor dem Untersuchungsausschuß für Afrikanische Angelegenheiten des US-Senats-Ausschusses für auswärtige Beziehungen.

„Herr Präsident, mein Name ist Timothy Smith. Ich bin Direktor des ICCR, einer Kirchenvereinigung, die sich aus 14 protestantischen Glaubensrichtungen und aus über 120 römisch-katholischen Orden zusammensetzt und die sich mit der gesellschaftlichen Verantwortung von Firmen beschäftigt. Einer der wichtigsten Arbeitsaufgaben dieser Vereinigung ist die Frage amerikanischer Investitionen in Südafrika...

In den letzten zehn Jahren war die Streitfrage der Vergabe von US-Bankkrediten für Südafrika ein zentrales Thema in vielen US-Kirchen... Ende der 60ger Jahre forderten die Resolutionen zahlreicher protestantischer Konvente, Synoden und Versammlungen eindeutig eine Beendigung amerikanischer finanzieller Unterstützung für das Land der Apartheid... Dutzende von Diskussionen wurden mit Bankenvertretern gehalten. Während dieser Kampagne wurden Millionen von Dollar von Bankkonten aus Protest abgehoben.

Anfang der 70ger Jahre veröffentlichte ICCR eine Schrift mit dem Titel „Die Frankfurter Dokumente", welche eine große Anzahl von Krediten von kanadischen, amerikanischen, europäischen und japanischen Banken für südafrikanische Regierungsagenturen detailliert aufführte... Aufgrund öffentlicher Proteste verpflichteten sich eine Reihe von Banken, keine Kredite mehr für Südafrika zu geben...

Es besteht also keinerlei zwingende Notwendigkeit – wie einige Banken behaupten –, Kredite an Südafrika vergeben zu müssen, sobald die finanzielle Sicherung gewährleistet ist...

Wirtschaftliche Unterstützung Südafrikas

...Südafrika befindet sich in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation und hat eine negative Handelsbilanz. Der Goldpreis ist gewaltig gefallen. Die Inflationsrate steigt... Angesichts dieser Krise hat sich Südafrika immer häufiger an die internationalen Banken gewandt, um sich das Kapital zur Deckung seines Haushalts und seiner gewaltigen Investitionsprojekte zu verschaffen... Dadurch wurde Südafrika eines der zehn Länder, die am tiefsten verschuldet sind... Diese Kredite konsolidieren die Regierung auf politischer Ebene...

Die Aufrechterhaltung der Apartheidsmaschinerie ist sehr teuer. Der verworrene Komplex von Rassengesetzen oder des Paßsystems verschlingen spürbare Summen. Vor kurzer Zeit haben die Behörden 40 000 Afrikaner in eine „black area" umgesiedelt. Dies ist nur ein Beispiel für die Inhumanität des Apartheidsystems, die zugleich Kosten verursacht. Der Staat braucht Geld, um diese Leute umsiedeln oder um Hunderttausende vor Gericht zu stellen, die gegen die Paßgesetze verstoßen haben. Wenn das ausländiche Kapital nicht für die halbstaatlichen Gesellschaften verfügbar wäre, müßte sie der Staat selbst finanzieren und hätte so weniger Geld übrig, um Apartheid aufrechtzuerhalten. Betrügen wir uns nicht selbst damit, daß ein Kredit für ESCOM einfach ein Darlehen für Elektrizität ist! Es ist ein direkter Kredit für eine Behörde der Apartheitsregierung und hilft dieser beim Ausgleich ihres gesamten Budgets.

Diese Faktoren stehen in direktem Zusammenhang zu der Stärke des Militärs und der Polizei, die entschlossen sind, weiße Macht zu schützen. Ich denke, ich sage nicht zuviel, wenn ich behaupte, daß Kredite der US-Banken die militärische Macht Südafrikas unterstützen und deshalb eine direkte Quelle für die Unterdrückungsmaschinerie gegen die schwarze Mehrheit sind.

Amerikas starkes Eigeninteresse

Hunderte von Millionen Dollar an US-Krediten und 1,5 Milliarden US-Dollar an Investitionen schaffen ein großes amerikanisches Eigeninteresse an Südafrika. Gewissermaßen geraten die USA in eine hypothekähnliche Situation gegenüber Südafrika. Wie in anderen bedeutenden Hypothekverhältnissen hat die Bank beträchtliches Interesse an der wirtschaftlichen Gesundheit und dem Wohlbefinden der Person, die die Hypothek zahlt. Man wird de facto Partner des Projekts. Gewiß würden die US-Bankierskreise sich nicht freuen, wenn sich die Rassenkonflikte in Südafrika noch weiter ausbreiten und damit ein wirtschaftliches Chaos herbeiführten. Sie haben ein Eigeninteresse an wirtschaftlicher und sozialer Stabilität. Ob solche Stabilität gewonnen wird auf Kosten der Unterdrückung, scheint nicht wichtig zu sein.

Deshalb enwickelt sich eine enge wirtschaftliche Beziehung zwischen den Banken und der südafrikanischen weißen Machtstruktur, natürlich nicht der schwarzen Mehrheit. Infolgedessen hört man sehr häufig freundliche Bemerkungen in Äußerungen der Banken, die versuchen, Südafrika in ein gutes Licht zu stellen. Uns wird z.B. gesagt, daß die Dinge dabei sind, für die schwarze Bevölkerung „besser zu werden" auf Grund der Kredite und Investitionen der US-Gesellschaften. Die Tatschen und das Hören auf das gesamte politische Spektrum der schwarzen Führer widerlegen diesen Anspruch, daß sich das Leben der Schwarzen mehr und mehr verbessert. Das genaue Gegenteil ist wahr.

Deshalb entwickelt die „hypothekengebende Bank" ein Eigeninteresse, das zur Beeinflussung der amerikanischen öffentlichen Meinung zugunsten des weißen Südafrika führt.

Dieses Eigeninteresse wirkt zwangsläufig auf die US-Außenpolitik. Die Architekten der US-Politik gegenüber Südafrika ziehen eine Reihe von Faktoren in Betracht: an oberster Stelle stehen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Aufgrund eines derartigen wirtschaftlichen Eigeninteresses würde unsere Regierung nicht willens sein, einen Handelspartner ernstlich zu verärgern bzw. die US-Geschäftsinteressen innerhalb dieses Gebietes zu gefährden. Unsere Kredite und Investitionen entwickeln sich zu einem starken Anziehungspunkt für die US-Politik entsprechend der Zielsetzung, daß der Status Quo erhalten bleiben soll.

Es ist sicher, daß es für die Verantwortlichen der US-Politik undenkbar wäre, öffentlich die Bewegungen zu unterstützen, die eintreten für die Befreiung und für die Herrschaft der Mehrheit. Als eine Folge ist es anzusehen, daß der Kampf in Südafrika oberflächlich dargestellt wird als eine Auseinandersetzung zwischen einer weißen Minderheit, die die wirtschaftlichen und diplomatischen US-Interessen schützt, und einer schwarzen Mehrheit, die für Befreiung kämpft und von den USA als „unfreundlich" oder „kommunistisch unterstützt" angesehen wird. Die politischen Positionen, die von Geschäftsinteressen bestimmt sind, beeinflussen die US-Außenpolitik.

Schließlich sind in US-Militärzeitschriften oft Hinweise auf das Bedürfnis eines erhöhten wirtschaftlichen Anteils der USA in Südafrika festzustellen. So wird deutlich, daß die Interessen in diesem Teil der Welt verteidigt werden sollen. Vorrangig unter diesen Interessen ist der Schutz des wirtschaftlichen Engagements der US-Banken und -Gesellschaften. Diese Kommentatoren begreifen, daß US-Politik und Wirtschaftsinteressen in Südafrika sehr eng miteinander verbunden sind.

Arbeitsmappe

Kapverdische Inseln

Format: DIN A4 quer, ca. 160 verkl. Seiten A4
Preis: DM 6.00 Druckkosten + DM 1.50 Solidaritätsspende für Aufbauprojekte in Cabo Verde = DM 7.50 (zzgl. Porto).

Seit dem Tag der Unabhängigkeit von Portugal am 5. Juli 1975 stehen die Kapverdischen Inseln vor dem riesigen Problem der Überwindung des kolonialistischen Erbes. Eine Delegation der V.I.K., die wenige Monate danach die Inseln bereiste, hat ihre eindrucksvollen Erfahrungen vom Aufbau eines neuen, unabhängigen und freien „Cabo Verde" in einer Arbeitsmappe zusammengefaßt. Interviews und Gespräche mit der Bevölkerung, mit Parteiverantwortlichen und Ministern, Berichte und Materialien zu den Themenbereichen: **Politische Organisation, Wirtschaft, Gesundheitswesen, Erziehungswesen, Kultur** werden nicht nur für Aktionsgruppen wertvolle Informationen bieten, sondern auch für interessierte Einzelpersonen, die sich mit den Problemen der Unabhängigkeitsbestrebungen in der Dritten Welt auseinandersetzen. Nachdem die erste Auflage innerhalb weniger Monate vergriffen war, ist jetzt eine mit aktuellen Berichten ergänzte Neuauflage erschienen.

Bestellungen:
Vereinigung Internationaler Kulturaustausch e.V. 7000 Stuttgart 1, Lerchenstr. 84.

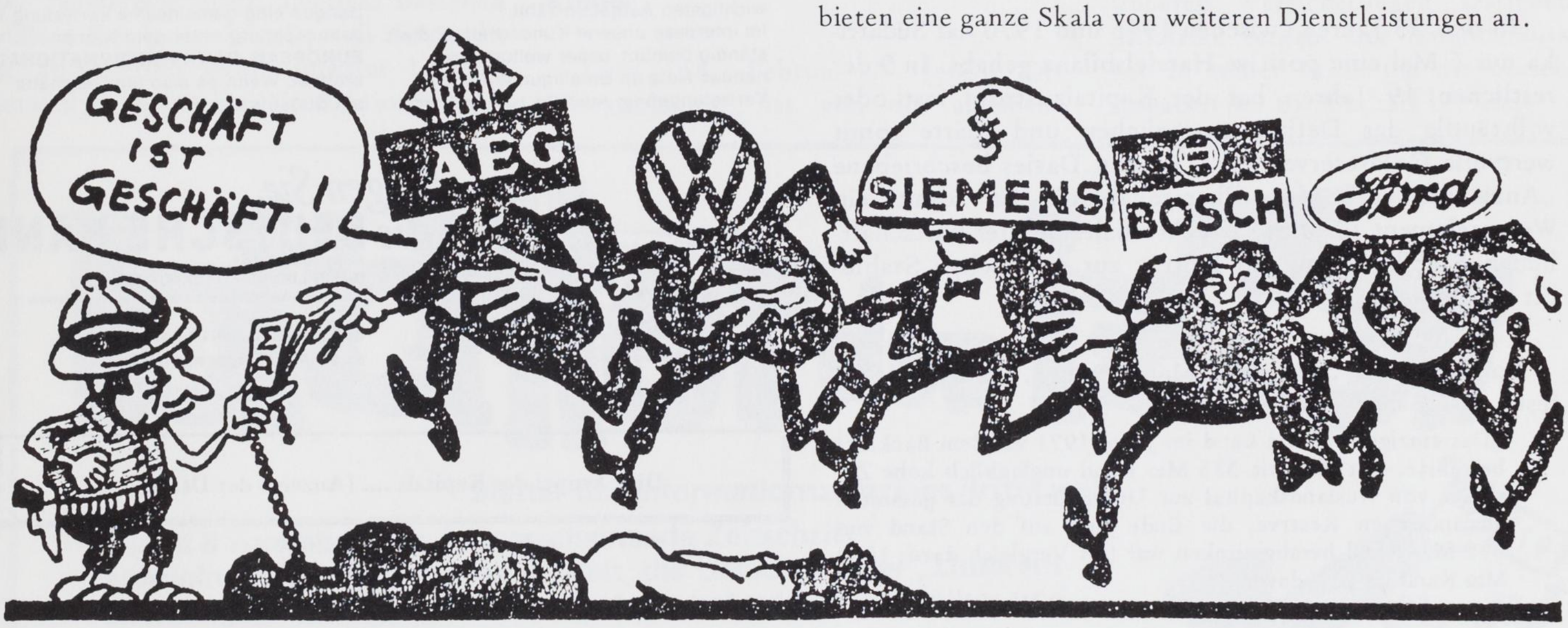
„Die zur Zeit umfassendste Dokumentation über den Aufbau und die Situation auf den Kapverdischen Inseln"
Buchhandlung „Drei Kontinente", Berlin

Namibia

Bekanntlich ist Namibia von Südafrika illegal besetzt. Weil also Südafrika Namibia als einen integralen Bestandteil seiner Republik behandelt, dehnt es die Macht seiner Staatsgewalt und die der halbstaatlichen Gesellschaften auf Namibia aus. Natürlich erlegen die Banken, die der südafrikanischen Regierung Geld leihen, ihr keinerlei Anwendungsbeschränkungen auf. Sie verbieten z.B. nicht eine Finanzierung namibianischer Projekte.

Es kann also argumentiert werden, daß Unterstützung der südafrikanischen Regierung de facto eine Unterstützung ihrer Kontrolle Namibias bedeutet.

Diese Äußerungen über Namibia stehen im Kontext einer großen Kampagne, die von Public-Relations-Experten durchgeführt wurde mit dem Ziel, Clemens Kapuo, der anstrebt, erster Ministerpräsident von Namibia zu werden, glaubwürdig zu machen. Er hat sich entschlossen, die Bemühungen der südafrikanischen Regierung auf einer verfassungsgebenden Versammlung zu unterstützen. Kürzlich speisten Vertreter der Citibank mit Kapuo, um seine Position kennenzulernen. Es ist nichts über ein Treffen von Geschäftsvertretern mit Vertretern der Befreiungsbewegungen bekannt.



Kredite für Bantustans

Die Frage der Kredite für Bantustans ist äußerst ernst. Citibank ist beteiligt an einem Kredit von 14 Mio US-Dollar für die Transkei, das erste Homeland, dem die sog. Unabhängigkeit gegeben wurde. Die Entscheidung, die Transkei als unabhängiges Land anzuerkennen, ist eine höchst kontroverse Frage. Eine Zahl von Kongreßmitgliedern hat Präsident Ford aufgefordert, keine diplomatischen Beziehungen zur Transkei aufzunehmen. Durch ihre Beteiligung an diesem Kredit für die Transkei hat die Citibank sich schon entschieden und das Apartheidsystem anerkannt, indem sie das Bantustankonzept in Theorie und Praxis unterstützt.

Dieser Kredit wurde gegeben, obwohl 7 der 9 Bantustanführer vor kurzem das ganze Bantustan-System denunziert hatten und die sog. Unabhänigkeit als Lüge bezeichneten.

Die Citibank zeigt ihre Position durch ihre finanzielle Unterstützung der Transkei und erkennt implizit das Konzept an, das 13% des Landes als legitimes „Homeland" für die schwarze Mehrheit ausweist.

Banken – politisch nicht neutral

Viele US-Banken vertreten den Standpunkt, sie seien politisch neutral und betrieben lediglich geschäftliche wertneutrale Transaktionen, wenn sie Südafrika Geld leihen.

Die oben genannten Kredite an die Transkei erweisen die Oberflächlichkeit dieses Argumentes.

Auch Kredite an ISCOR und ESCOM sowie an die südafrikanische Regierung selbst sind eindeutig politischer Natur. Das zeigt ein Blick auf die Pläne von ESCOM, zwei Atomreaktoren zu bauen...

Geschäfte in Südafrika zu machen, erfordert unweigerlich, Rechtfertigungen dafür zu liefern.

Dienstleistungen der Banken

Banken dienen nicht nur als Kreditvermittler, sondern bieten eine ganze Skala von weiteren Dienstleistungen an.

So tätigt die Chemical Bank ihre Geschäfte z.B. über die Nedbank (früher „Netherlands Bank" genannt; heute ist diese jedoch zu 100% in südafrikanischem Besitz). In der New York Times vom 18. März 1969 nennt die Chemical Bank in einer Anzeige die Dienstleistungen, die sie in Südafrika anbietet, und beschreibt die Unterstützung, die sie einem „amerikanischen Kapitalisten" gab, der „die Südafrikaner zum Bau von eigenen Hochöfen, mit denen sie Eisenerz zu Roheisen verarbeiten können", überreden wollte:

Wir haben ihm unsere 145-Länder umfassenden Internationale Abteilung zur Verfügung gestellt. Wir haben Kreditbriefe ausgestellt. Wir haben wesentliche Informationen über die Lokalpolitik zusammengestellt. Wir haben strategischen, wirtschaftlichen und logistischen Rat erteilt. Ganz zu schweigen von dem Geld, das zum Abschluß dieses Handeln nötig war. Heute ist der amerikanische Kapitalist ein internationaler Kapitalist. Er braucht eine Bank, deren Möglichkeiten sich auf die ganze Welt erstreckt. Seine Bank ist die Chemical Bank."

A.Q. Davies, der frühere Präsident der Standard Bank, beschrieb auf eine andere Weise die wichtige Rolle der Banken bei der Stimulierung des Kapitalflusses nach Südafrika:

"Mit Niederlassung in Übersee, Vertretern und Geschäftsfreunden in der ganzen Welt haben die Handelsbanken emsig die Rolle des Föderers und Finanziers des Welthandels gespielt. Die von ihnen geschaffenen, ihnen wohlgesonnenen Vereinigungen sind der Brückenkopf zur Außenwelt und haben einen wesentlichen Anteil an der Anziehungskraft für Überseekapital in allen nur erdenklichen Formen."
(Das Bankwesen – Eine aktive Kraft im Wirtschaftsleben Südafrikas, Sa Bankers' Journal, April 1962)

In den 25 Jahren zwischen 1946 und 1970 hat Südafrika nur 6 Mal eine positive Handelsbilanz gehabt. In 9 der restlichen 19 Jahren hat der Kapitalzustrom fast oder vollständig das Defizit ausgeglichen und sparte somit wertvolle Goldreserven ein. Die von Davies beschriebene „Anziehungskraft für Überseekapital" ist somit ein Wesenselement für die Aufrechterhalteung der wirtschaftlichen Stabilität und ein Beitrag zur politischen Stabilität im Lande.

So stellte die „Financial Mail" vom 1. Oktober 1971 fest:

„Das einzige, was das Land im Jahre 1971 vor dem Bankrott bewahrte, war der mit 385 Mio Rand unglaublich hohe Zustrom von Auslandskapital zur Unterstützung der gesamten ausländischen Reserve, die Ende Juni auf den Stand von 690 Mio Rand herabgesunken war (im Vergleich dazu: 1030 Mio Rand im Juni davor)."...



Geschäfte mit Südafrika?

Dann Zusammenarbeit mit einer Bank wie der Deutschen Bank, die die Import- und Export-Finanzierung sowie die Finanzierung von Investitionen zu ihren wichtigsten Aufgaben zählt.
Im Interesse unserer Kundschaft sind wir ständig bemüht, unser weltumspannendes Netz an Beteiligungen und Vertretungen im Ausland zu erweitern.

Aus diesem Grunde haben wir im April dieses Jahres zusammen mit der Amsterdam-Rotterdam Bank, der Midland Bank und der Société Générale de Banque eine gemeinsame Vertretung in Johannesburg unter dem Namen **EUROPEAN BANKS INTERNATIONAL** eröffnet. Wenn es also um Geschäfte mit Südafrika geht...

Unsere Beteiligungsbanken in den USA:
EUROPEAN-AMERICAN BANKING CORPORATION
EUROPEAN-AMERICAN BANK & TRUST COMPANY
New York

Vertretungen im Ausland:
ARGENTINIEN: Buenos Aires • BRASILIEN: São Paulo und Rio de Janeiro • CHILE: Santiago • INDONESIEN: Djakarta (demnächst) • JAPAN: Tokio • KOLUMBIEN: Bogotá • LIBANON: Beirut • MEXIKO: Mexiko 1, D.F. • REPUBLIK SÜDAFRIKA: Johannesburg • TÜRKEI: Istanbul-Beyoğlu • VENEZUELA: Caracas
VEREINIGTE ARABISCHE REPUBLIK: Kairo

Fragen Sie die **DEUTSCHE BANK**
AKTIENGESELLSCHAFT
DÜSSELDORF · FRANKFURT (MAIN)
Mehr als 950 Geschäftsstellen überall im Bundesgebiet und in Berlin (West)

BERLINER DISCONTO BANK
SAARLÄNDISCHE KREDITBANK

Die Skrupel des Kapitals .... (Anzeige der Dt. Bk.)

Export-Import-Bank

Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zu der steigenden Beteiligung der Export-Import-Bank in Südafrika machen. Ihre Einlagen sind in den letzten 5 Jahren sprunghaft gestiegen. 1971 sagte Don Bostwick (Vizepräsident der Export-Import-Bank) vor dem Senatsunterausschuß für Afrika: „Unsere Geschäftsbeziehungen mit der Republik Südafrika beschränken sich im allgemeinen auf kurz- und mittelfristige Garantien oder Versicherungen für die Außenstände der Exporteure. Unsere augenblickliche Beteiligung beläuft sich hier auf 21,6 mio Dollar. Wir haben keine ausstehenden direkten Kredite."

Am 25. Mai 1976 sage jedoch Stephan Minikes Forschung & Kommunikation, Export-Import-Bank) vor dem Senatsunterausschuß für den internationalen Finanzmarkt: „Am 31. März 1976 stieg die Beteiligung der Export-Import-Bank in Südafrika auf 265,8 Mio Dollar, wovon 77,1 Mio Dollar auf Versicherungen und 188,7 Dollar auf Garantien fallen". Herr Minikes erwähnte ebenso einen Betrag von 112,8 Mio Dollar, der in verbilligten Krediten an US-Handelsbanken gegen deren Finanzierung von Autoverkäufen nach Südafrika gegeben worden war. die Formulierung ist etwas undeutlich, so daß nicht ganz klar ist, ob der Betrag von 112,8 Mio Dollar in den 265,8 Mio Dollar schon enthalten ist oder nicht, um die Gesamtsumme der Beteiligung der Export-Import-Bank in Südafrika zu erfahren.

In jedem Fall sind die Zahlen Anlaß genug für Betroffenheit, denn sie beweisen einen mindestens zwölffachen Anstieg der Export-Import-Bank-Leistungen für US-Gesellschaften in Südafrika...

Neuer kirchlicher Vorstoß gegen Südafrika-Bankenkonsortium

London, 27. Januar 77 (epd). Eine kirchliche Aktionsgruppe in Großbritannien, die gegen die wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung der Republik Südafrika auftritt, will in der nächsten Woche auf der Hauptversammlung der Midland-Bank in London einen neuen Vorstoß unternehmen, um dieses bedeutende Geldinstitut zu veranlassen, aus dem internationalen Banken-Konsortium auszuscheiden, das Bürgschaften für die südafrikanische Regierung übernommen hat. Das von Anglikanern und Methodisten gebildete Komittee "Stoppt Finanzhilfe für Südafrika" (End Loans to South Africa, ELTSA) vertritt den Großteil des in kirchlichem Besitz befindlichen Aktienkapitals der Midland-Bank. Im vorigen Jahr hatte ELTSA zwar erreicht, daß das Thema Südafrika auf die Tagesordnung der Hauptverssammlung kam, bei der Abstimmung aber eine Niederlage erlitt. Diesmal bestehen größere Erfolgsaussichten, weil der Stadtrat von Groß-London (greater London Council), ebenfalls Großaktionär der Midland-Bank, am Dienstagabend, 25. Januar, die Unterstützung von ELTSA beschlossen hat.

Inzwischen ist die ELTSA-Kampagne auch auf Barclay's Bank ausgedehnt worden, das britische Geldinstitut mit den meisten Filialen in Südafrika, in denen Einzahlungen für die neue Rüstungsanleihe vorgenommen werden könne. Ein Sprecher des Britischen Kirchenrates räumte jedoch am Mittwoch, 26. Januar, gegenüber dem Evangelischen Pressedienst ein, daß Barclay's südafrikanische Geschäftsstellen durchweg rassisch integriert sind und keine getrennten Schalter für Farbige haben. Auch biete diese Bank den Afrikanern relativ günstige Arbeitsbedingungen und bemühe sich um ihre Ausbildung zu Fachkräften.

"Algemene Bank Nederland" soll Darlehen an Südafrika stoppen
Weltkirchenrat droht mit Schließung des Kontos

Genf, 18. Februar 77 (epd). Der Weltkirchenrat hat von der algemene Bank Nederland (Amsterdam) Zusicherungen gefordert, keine Darlehen mehr an die südafrikanische Regierung zu vergeben. Nach einer Mitteilung des Weltrates vom Dienstag, 15. Februar, hat dessen Exekutivausschuß auf seiner Frühjahrstagung in Genf die leitenden Amtsträger ermächtigt, das Konto des Rates bei dieser Bank zu löschen, falls bis zum 1. Mai dieses Jahres nicht entsprechende Zusagen eingegangen sind. Das Guthaben des Weltrates bei der Algemene Bank beläuft sich derzeit auf ca. 10.000 Gulden.

Bereits 1972 hatte der Weltkirchenrat beschlossen, keine Konten bei Banken zu unterhalten, die direkte geschäftliche Verbindungen zu Regierungsstellen in Südafrika pflegen. Die holländische Aktionsgruppe zur Unterstützung des Antirassismus-Programms des Weltrates, "Prepaid Reply", hatte im vergangenen Jahr aufgedeckt, daß die Algemene Bank Nederland entgegen - früheren Versicherungen Darlehen an Südafrika vergab. Der Exekutivausschuß hat in seiner Erklärung die unrichtigen Angaben der Bank scharf kritisiert.

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift
+berichtet über die Lage der 3. Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung" und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen
+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe", ihre Hintergründe und Auswirkungen
+ setzt sich mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander
+ berichtet über den Befreiungskampf der Völker in der 3. Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten
+ will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der 3. Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen
+ gibt dazu Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit



Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 – 60 Seiten: DM 28,– / öS 200,– / Sfr. 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,– / öS 140,– / Sfr 20,40)

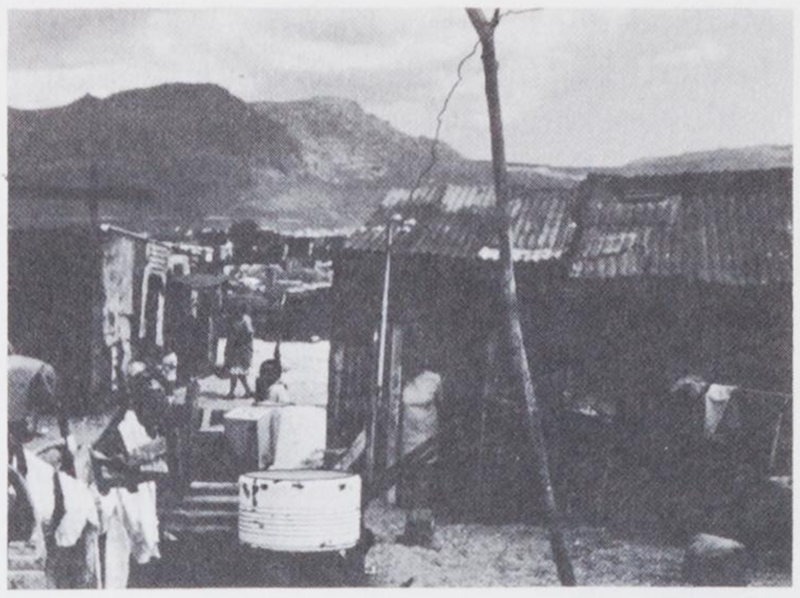
Informationszentrum Dritte Welt Postfach 5328 D-7800 Freiburg Telefon: 0761 / 7 40 03
Probeexemplar anfordern!

Südafrika

HOMELANDS

Flüchtlingselend in der Ciskei durch Massenflucht aus der Transkei

Am 7. Januar 1977 berichtete der englische Guardian aus Johannesburg, etwa 26.000 Xhosas seien kurz vor der „Unabhängigkeit" der Transkei aus den Distrikten Glen Grey und Herschal in die benachbarte Ciskei geflohen. Die genannten Gebiete waren von den südafrikanischen Bantubehörden zunächst der Ciskei zugeteilt, später aber der Transkei zugeschlagen worden. Der Bevölkerung wurde freigestellt, entweder in die Ciskei zu übersiedeln, oder Bürger der Transkei zu werden. Tausende haben die „Staatsbürgerschaft" im ersten nur scheinbar unabhängigen „Bantustan" Transkei abgelehnt. Am 14. Januar nennt die Neue Züricher Zeitung schon eine Zahl von 30.000 bis 35.000 Flüchtlingen in einem Lager in Thornhill/Ciskei. Die Situation sei verzweifelt. Der fast völlige Mangel an sanitären Anlagen, in dem hoffnungslos überfüllten Lager habe die akute Gefahr von Epidemien zur Folge. Im Durchschnitt sterben jeden Tag etwa 5 Kleinkinder an Mangelernährung und Infektionen. In den letzten 3 Monaten seien etwa 300 Kinder ums Leben gekommen. Die Leiterin eines medizinischen Teams des Gesundheitsdienstes der Ciskei, Frau Dr. Barbara Saidler berichtete einem reuter-Korrespondenten am 11. Januar, daß der Impfstoff gegen Masern (einer für unter- und mangelernährte Menschen tödliche Krankheit) nach 3 Tagen aufgebraucht war und kein neuer beschafft werden konnte. Der hoffnungslos überforderte Gesundheitsdienst der Ciskei habe keine Hilfe aus Pretoria erhalten.



Vom Regen in die Traufe:
Flucht aus Elendsquartieren

Um das Flüchtlingselend vor der Weltöffentlichkeit zu verbergen, ordnete der Gesundheits-„minister" der Ciskei, Siyo, an, daß keine Journalisten mehr in das Flüchtlingsgebiet reisen dürften.

Die Schreckensmeldungen aus den Flüchtlingslagern fielen zeitlich zusammen mit dem ersten „Staatsbesuch", den der südafrikanische Premierminister Vorster in der „unabhängigen" Transkei abstattete. Vorster beklagte, daß 3 Monate nach der Unabhängigkeitserklärung außer Südafrika kein anderer Staat die Transkei anerkannt habe.

Häuptling Kaiser Mantanzima griff die Vereinten Nationen an, weil sie sich weigerten, sein Land anzuerkennen. Er versicherte die friedliebenden Länder der Welt, daß die Transkei zu stolz sei, sich an „revolutionären" Resolutionen dieser Organisation zu beteiligen. Er appellierte an die friedliebenden Nationen der Welt, sich von dieser prinzipienlosen Organisation zu trennen und eine eigene internationale Plattform für friedliche Kooperation zu schaffen.

(reuter 11.1.1977)

Nach einer AFP-Meldung vom 13.1.1977, die sich auf einen Artikel in der regierungsnahen Zeitung „The Citizen" (Pretoria) bezieht, hat der Außenminister der Transkei Georges Mantanzima, Kontakte zu den Regierungen Malawis und Zaires aufgenommen.

Noch in diesem Jahr sei mit einer Anerkennung der Transkei durch diese beiden Staaten zu rechnen.

(FAZ, 14.1.1977)

ZAFRA
ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

- Antiimperialistische Politik in den Metropolen
- Zur Praxis internationaler Solidarität
- Strategien der nationalen Befreiung
- Aktuelle Berichte und Analysen
- Stellungnahmen von Solidaritätskomitees
- Dokumente des Befreiungskampfes

Hrsg.: Gruppe Rheinische Zeitung c/o Kritische Politik
Erscheinungsweise: 4x jährlich Kaiserstr. 46
Preis: Einzelexemplar: 2.- DM + Porto 53 Bonn
Abonnement: 8.- DM + Porto
Förderabonnement: 10.- DM und mehr

ZAFRA Nr. 1, Mai 76
- Die Entwicklung in Chile: Sozialistische Transformation oder Rückfall in die Barbarei
- Nationale Befreiung in Ost-Timor
- Der Sozialimperialismus, die Alterskrankheit des Maoismus
- Die Revolution in Guinea-Bissao

ZAFRA Nr. 2, Oktober 76
- Kritik der politischen Ökonomie Brasiliens
- Nationaler Befreiungskampf in der West-Sahara
- Portugal: Freiheit statt Sozialismus
- Dokument: Die Rede Fidel Catros vom 26. 7, 76

RHEINISCHE ZEITUNG BONN

Die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch eine Vielfalt theoretischer Zirkel und Gruppen auf der einen und einigen theorielos werkelnden Parteien auf der anderen Seite, die alle den ersten Zweck ihrer Tätigkeit darin sehen, sich an die Spitze des Kampfes der Arbeiterklasse zu setzen, statt die Grundlage dieses Kampfes, den wissenschaftlichen Sozialismus, für sich zu erarbeiten, in der Auseinandersetzung mit anderen zu vertiefen und in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Die Buntscheckigkeit der Diskussion, der Agitation und Propaganda ist eine entscheidende Schwäche der sozialistischen Bewegung. Sie gilt es zu beseitigen. Ein Mittel dazu ist die Zeitung.

Die RHEINISCHE ZEITUNG BONN verfolgt den Zweck, systematisch Wissen über die aktuellen Aufgaben von Sozialisten zu verbreiten, die Kritik der theoretischen und praktischen Arbeit der Sozialisten zu vertiefen und die sozialistische Bewegung dadurch voranzutreiben, daß Klarheit über die theoretischen Bestimmungen des wissenschaftlichen Sozialismus und die praktischen Aufgaben der Sozialisten hergestellt wird.

Die RHEINISCHE ZEITUNG BONN ist das Organ der GRUPPE RHEINISCHE ZEITUNG. Sie erscheint 10 x jährlich.

RZB 1	**Leitthema: Gewalt**
RZB 2	**Leitthema: Mitbestimmung**
RZB 3	**Leitthema: Westeuropäischer Kommunismus**
RZB 4/5	**Leitthema: Wirtschaftsentwicklung in der BRD**
RZB 6	**Leitthema: Wissenschaft und Gesellschaft**
RZB 7	**Leitthema: Sowjetmarxismus** (in Vorbereitung)

DOKUMENT

African National Congress of South Africa

Informationsbulletin über politische Gefangene und Verhaftete
Februar 1977

Politische Prozesse:

Zweifelsohne wird die Anzahl von politischen Prozessen in Südafrika in den kommenden Monaten ansteigen. Justizminister Kruger warnte damit, daß demnächst überall im Lande 52 Prozesse gegen ANC-Aktivisten beginnen würden. Schon jetzt stehen ungefähr 100 Personen aufgrund der Aufstände, die am 16. Juni in Soweto begannen, vor Gericht. Einige begannen am 1. Februar. Sie finden statt in Pretoria, Witbank, Springs und Randburg. Anklagen wurden erhoben unter dem Sabotagegesetz, das Mindeststrafen von 5 Jahren Gefängnis und im Höchstfall die Todesstrafe vorsieht. Andere Anklagen lauten auf Brandstiftung, vorsätzliche Beschädigung von Eigentum, Gewaltanwendung in der Öffentlichkeit und Überfälle.

Todesfälle während der Haftzeit

In den vergangenen 8 Monaten seit dem 16. Juni 1976 sind 16 Fälle bekannt geworden, in denen Verhaftete durch die Sicherheitspolizei zu Tode kamen. Geschickte Vertuschungsversuche dieser Morde sind fehlgeschlagen, obwohl die südafrikanischen Gerichte von ihrer Gewohnheit, Vertuschungsversuche zu unterstützen, abgewichen sind. Die neuerliche Welle von Mordfällen hat im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit bestätigt, was wir seit 1963 wissen: daß die Todesfälle während der Haftzeit Folge der brutalen Folter oder blanker Mord durch die Geheimpolizei sind.

Mapetla Mohapi, 29 Jahre alt, wurde am 15. Juli 1976 verhaftet. Zwei Wochen später, am 1. August, war er tot.

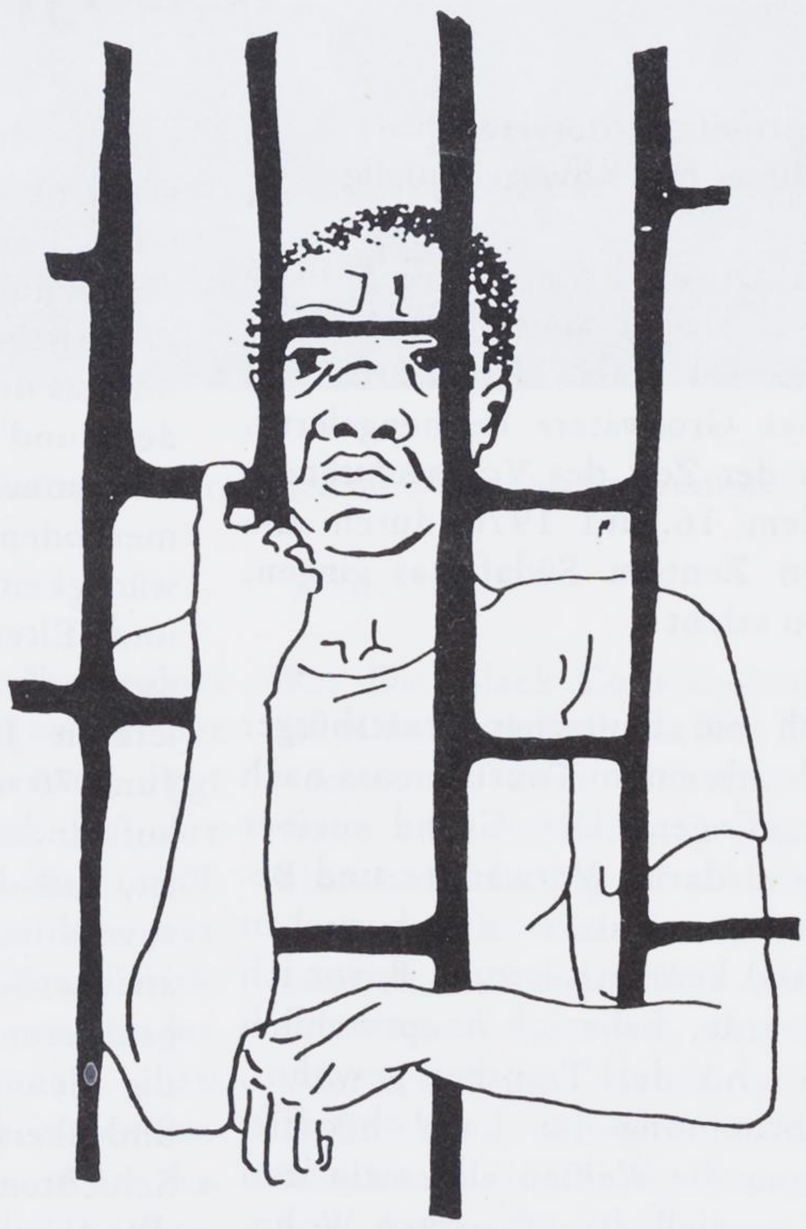
Er arbeitet im Auftrag des Zimele Trust, einer Organisation, die politischen Gefangenen und ihren Angehörigen beisteht. Die Polizei behauptete, Mohapi „habe sich mit einem Paar Jeans, die an den Zellgittern befestigt waren, erhängt". Dr. R.B. Hawkes untersuchte Mohapis Leichnam in der Kei Road Polizeistation und führte eine Autopsie durch. Bei dem Verhör wurde er von Dr. W. Cooper, der die Familie Mohapis vertrat, befragt. Dieser sagte aus, Mohapi sei durch Genickbruch gestorben. Es sei möglich, daß beim Erhängen nicht – wie die Polizei sagt – der Stoff seiner Jeans, sondern ein anderer Stoff benutzt worden sei.

Luke Mazwembe, 32 Jahre alt, starb 2 Stunden nach seiner Verhaftung am 6. September 1976

Bei den Nachforschungen zu seinem Tod sagte der Arzt, der die Autopsie durchführte, aus, er könne die Möglichkeit nicht ausschließen, daß Mazwembe getötet und dann aufgehängt worden sei, um Selbstmord vorzutäuschen.

Dr. Naoth Ntshuntsha starb am 8. Januar 1977 im Gefängnis.

Die Polizei behauptet, er habe sich erhängt. Jedoch ist sein Leichnam nach 16 Tagen immer noch nicht an die Witwe übergeben worden. Die „Rand Daily Mail" vom 27. Januar 1977 schreibt: „Auf Fragen von Helen Suzman im Parlament gab Polizeiminister Kruger zu, daß an dem Leichnam von Dr. Ntshuntsha Einschnitte gemacht worden seien, noch bevor die Autopsie durchgeführt werden konnte. Der Leichnam wies einen Schnitt von der Kehle bis zur Leiste und einen anderen von Ohr zu Ohr auf. Angeblich sollten diese von dem Leichenwärter ausgeführt worden sein. Dr. Jonathan Gluckman, der Arzt, den die Familie beauftragt hatte, die Autopsie durchzuführen, weigerte sich, dies zu tun, da seiner Ansicht nach die Einschnitte „das Erscheinungsbild der vorhandenen Einschnittzonen verändert hätten. Der obere Teil des Hauptschnittes war so gelegen, daß der für diese Autopsie notwendige Nackenschnitt nicht hätte durchgeführt werden können. ... Jegliche Aussagen hätte ich aufgrund von möglicherweise veränderten Symptomen machen müssen, und insofern wären sie nicht zuverlässig gewesen". Er ging so weit zu sagen, daß die Einschnitte im Widerspruch zu allen anerkannten Verhaltensweisen bei Leichenbehandlungen seien, und das erst recht im Falle eines unnatürlichen Todes. „In der gesamten Zeit der Ausübung meines Berufs habe ich nie von einer solchen Praxis gehört".



George Botha, 30 Jahre alt, wurde am 10. Dezember 1976 verhaftet und starb am 15. Dezember im Gefängnis.

In unserem letzten Bulletin berichteten wir schon darüber. Der Leiter der Sicherheitspolizei des östlichen Kap, Oberst Piet Goosen, sagte vor der Cillie-Kommission aus, Botha habe enge Verbindungen zum ANC gehabt. Er sagte, Botha sei gestorben, nachdem er sich auf dem Weg zu einem Lift von einem Polizisten befreit habe und eine 6-stöckige Treppe heruntergestürzt sei.

Elmon Malele, 50 Jahre alt, starb am 20. Januar in Polizeigewahrsam.

Elmon Malele, ein früheres ANC-Mitglied, starb nach einer Gehirnoperation, der er sich nach einem Schlag unterziehen mußte. Obwohl die Familie das Recht hatte, einen eigenen Pathologen der Autopsie beiwohnen zu haben, wurden sie erst später drüber informiert.

Am 4. Februar fiel ein junger schwarzer Häftling vom 4. Stock der Krugersdorp Polizeistation, bei einem angeblichen Fluchtversuch. Er brach sich dabei sein Rückgrat und liegt nun schwerkrank im Krankenhaus. Wir wissen noch nicht, ob dieser junge Mann überlebt hat oder ob der vorsätzliche Mordversuch erfolgreich war. Die 16 genannten Todesfälle schließen diesen nicht mit ein.

Lawrence Ndzanga, 52 Jahre alt, verhaftet im November 1976, starb am 10. Januar 1977 im Gefängnis.

Er war der nationale Sekretär der „Südafrikanischen Eisenbahn- und Hafenarbeiter", Mitglied des ANC und Vorstandsmitglied von SACTU (South African Congress of Trade Unions). Nach den Angaben der Polizei kollabierte und starb er an dem Tag, an dem er zusammen mit seiner Frau Rita Ndzanga vor Gericht erscheinen sollte. Diese erschien dort mit Khehla Cleopas Shubane, 20 Jahre alt. Sie werden beide unter dem Terrorismusgesetz angeklagt. 5.000 Menschen kamen zu dem Begräbnis von Lawrence Ndzanga in Soweto. Es wurden Freiheitslieder gesungen und eine Reihe von Ansprachen gehalten.

DIESEN MORDEN MUSS EIN ENDE GESETZT WERDEN !!!

Protestiert gegen die Mordverschwörungen und fordert, daß diese künftig aufhören! Schickt diese Forderungen an die folgenden Adressen:

- Justizminister Kruger, House of Assembly, Queen Victoria Street, Cape Town, South Africa
- Committee against Apartheid, United Nations, New York, USA
- an den Bundeskanzler oder die Regierung Deines Landes, damit diese bei der südafrikanischen Regierung protestieren.

(Schickt bitte Durchschläge Eurer Protestschreiben an unser Büro)

Daddy, it's power time!

Ausschnitt eines Interviews von G.Wellmer mit Khwezi Kadalie

G.: Khwezi, Du warst viereinhalb Monate in Südafrika. Davon anderthalb Monate in Freiheit. Du hast als Tourist das Land Deines Großvaters kennengelernt. Das war in der Zeit der Volksaufstände, die seit dem 16.Juni 1976 durch alle industriellen Zentren Südafrikas gingen. Was hast Du erlebt?

K.: Da ich ein deutscher Staatsbürger bin, bin ich mit einem Touristenvisa nach Südafrika geflogen. Der Grund meiner Reise bestand darin, Verwandte und Bekannte meines Vaters zu besuchen und das Land kennenzulernen. Bevor ich verhaftet wurde, habe ich hauptsächlich in Soweto und der Transkei gewohnt. Was die Stimmung im Land betrifft, so betrachten die Weißen allgemein und die Polizei speziell die schwarzen Wohngebiete inzwischen als "Feindland". So jedenfalls drückte sich ein weißer Polizeioffizier gegenüber einem Reporter aus. Auf der anderen Seite glauben die Schwarzen nicht mehr and die Unüberwindlichkeit des weißen Mannes. Aufgrund ihres politischen Bewußtseins wissen sie, daß sie einen Machtfaktor in der südafrikanischen Gesellschaft darstellen. Das zeigt sich daran, daß nach relativ kurzer Zeit der Widerstand und die politischen Forderungen seitens der Schwarzen den schulischen Rahmen sprengte. Charakteristisch für die neue Situation scheint mir das neue Verhältnis zwischne den Kindern und ihren Eltern zu sein. Nach den traditionellen afrikanischen Erziehungsmethoden besteht ein starkes Unterwürfigkeitsverhältnis zwischen Kindern und Eltern. Dieses Verhältnis hat sich durch die Politisierung des Volkes in den letzten Jahren und speziell jetzt seit Juni 76 durch die Unruhen und Volksaufstände geändert. Was ich damit meine, ist, daß die Schüler in den afrikanischen townships, in den Industriezentren Südafrikas, Schulboykotts organisieren, sie organisieren Streiks und Demonstrationen, die den schulischen Rahmen gesprengt und überschritten haben, und die andere Schichten des Volkes wie ihre Eltern, die Arbeiter sind, Lehrer, usw. miteinbeziehen. Die Schüler, organisiert in den verschiedenen Schülerräten, rufen zu Streiks auf, rufen die Bevölkerung zu Boykotts von weißen Lebensmittelläden und zu Konsumverzicht auf. Es kommt dann zu Situationen, wo die Schüler aus der Schule kommen und ihren Eltern sagen: 'It is POWER TIME! Nächste Woche gibt es keine Arbeit, nächste Woche sollen alle zu Hause bleiben'. Es ist so, daß heute von den Eltern akzeptiert wird, Verhaltensmaßregeln in der jetzigen Situation, im Widerstandskampf, zum Teil von ihren Kindern zu bekommen. Die Schüler drucken Flugblätter, in denen sie den Eltern genau sagen, wie sie sich verhalten sollen, ob sie zu Haus bleiben, oder ob sie auf die Straße gehe sollen, wann sie einkaufen können und wann nicht, welche Geschäfte sie boykottieren sollen – und für die Eltern, die zum überwiegenden Teil Arbeiter in den weißen Fabriken von Johannesburg sind, war das ein Lernprozess, durch den sie gehen mußten. Sie mußten bestimmte traditionelle Denkweisen über Bord werden und haben, wie es mir scheint, auch sehr viel von ihren eigenen Kindern gelernt.

Die Polizei hat die offizielle Aufgabe, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Sie soll gewährleisten, daß dieser Schulboykott, der jetzt schon ca. 8 Monate dauert, niedergeschlagen wird und daß die Schüler alle in die Schule gehen. Auf der anderen Seite sind sie sich auch bewußt, daß die Schule zu einer der Zentren des Widerstands geworden ist, wo die Schüler Informationen von den verschiedenen anderen Schulen erhalten, von politisch bewußten und aktiven Leuten dis-

kutiert wird. Über die Schüler erfahren die Eltern sehr schnell, was passiert, und was für eine Entwicklung vor sich geht. Deshalb versucht die Polizei auf der einen Seite zwar, die Schüler in die Schulen zurückzubekommen, auf der anderen Seite – wenn die Schüler in der Schule sind, passiert es andauernd, daß die Polizei kommt und, wenn die Schüler diskutieren, die Schule stürmt und die Kinder zusammenschlägt. Oft verbarikadieren sich die Kinder, wenn die Polizei angerückt kommt, aus Angst vor den Schäferhunden, die sie mitbringt, in den Klassen. Daraufhin fängt die Polizei dann an, Gasgranaten durch die Fenster zu schießen und die Kinder springen in der Panik aus dem Fenster, brechen sich Knochen, oder sie verlassen doch das Gebäude und werden an der Tür zusammengeknüppelt oder von Hunden angefallen, was dann immer wieder zu neuen Unruhen und zu einer Radikalisierung beiträgt.

G.: Dann ist also die Black Consciousness-Bewegung keine reine Jugendbewegung, keine Jugendrevolte, sondern hat alle Teile der Bevölkerung erfaßt?

K.: In der Black Consciousness-Bewegung sind sowohl Schülerorganisationen als auch Studenten und Jugendorganisationen. Auf der anderen Seite gibt es schwarze Lehrerorganisationen, Arbeiterorganisationen, Gewerkschaft, schwarze Organisationen für die Professoren an der Universität, für Autoren z.B., da sie nicht wirklich die Probleme in weißen Verlagen veröffentlichen können, die sie tagtäglich erleben. Es gibt inzwischen auch Schwarze, die sich zusammengetan haben als Theatergruppen, Musikgruppen usw. Man kann also sagen, daß die verschiedenen schwarzen sozialen Gruppen in Südafrika jeweils ihre eigene Organisation haben, die zusammenarbeiten und in ständigem Kontakt mit den anderen Gruppen stehen.

K.: Nachdem die Afrikaner jahrzehntelang von der weißen Regierung Schulen, mehr Krankenhäuser usw. gefordert haben, ihre Wünsche jedoch nie erfüllt wurden, haben sie sich dann entschlossen, aus eigener Kraft diese Projekte in Angriff zu nehmen und haben dadurch auch eine ganz neue Art zu denken entwikkelt. Sie haben aufgehört, nach dem weißen Mann zu sehen, wenn sie Schulen brauchen, wenn sie Krankenhäuser brauchen. Sie haben angefangen, jetzt diese Dinge selber aufzubauen. Sie haben nicht nur Schulen und Krankenhäuser gebaut, sondern auch kleine Fabriken, die mehr einen Heimarbeitcharakter haben, um Schuluniformen für ihre Kinder herzustellen. Auf dem Land sind auch Projekte in Angriff genommen worden, um für die Bevölkerung eine gesündere Ernährung zu entwickeln. Analphabetisierungskampagnen wurden organisiert.

G.: Was geschieht, wenn solch eine Klinik in irgendeinem Stadtteil oder auf dem Land gebaut wird? Können sich die Leute damit identifizieren?



Soweto-Schüler: nicht gegen die Weißen, sondern gegen die Weißen als Unterdrücker.

K.: In der Identifizierung mit den Projekten, die an den einzelnen Orten mit der Bevölkerung durchgeführt werden, liegt sogar der eigentliche Grund für ihre Bewußtseinsbildung. Indem die Bevölkerung aus eigener Kraft ohne den weißen Boss Gemeinschaftsprojekte verwirklicht, wird der ihr eingetrichterte Minderwertigkeitskomplex überwunden. Erst wenn die Schwarzen das sich in der Praxis (nicht nur theoretisch) bewiesen haben, können sie der Apartheid-Indoktrination bewußt und erfolgreich entgegentreten. Am Anfang solcher Projekte sieht die südafrikanische Regierung meistens passiv zu. Jedoch greift die Polizei meistens ein, wenn sich das Projekt weiterentwicklet und ein Erfolg zu werden scheint, indem sie die aktivsten Leute verhaftet. So werden Leute, die zuvor kaum ein politisches Bewußtsein hatten, die aber an den Projekten mitgearbeitet hatten, weil sie es eine gute Sache fanden, Schulen für ihre Kinder zu bauen oder Krankenhäuser, sich des Systems der politischen Unterdrückung bewußt. Sie entwickeln dementsprechend ihr Bewußtsein politisch weiter.

G.: Es gibt einige Leute, die der Black Consciousness Bewegung vorwerfen, sie würde eigentlich nur den Rassismus der weißen Minderheit als schwarzen Rassismus widerspiegeln.

K.: Die Black Consciousness Bewegung ist nicht rassistisch, da ihre Definition von "schwarz" kein Kriterium von Hautfarbe oder rassischer Gruppe ist, sondern eine Bezeichnung für alle die Gruppen in der südafrikanischen Gesellschaft, die rassisch, wirtschaftlich oder kulturell unterdrückt werden, per Gesetzgebung oder Tradition. Heute bezieht sich die Definition "schwarz" auf Afrikaner, Mischlinge und Inder. Das zeigt sich daran, daß auch die Gruppen, die nicht in schwarzen Organisationen organisiert sind, wie z.B. das Lumpenproletariat und große Teile der Arbeiterschaft, heute mit den Indern und Mischlingen zusammen auf der Straße kämpfen. Kurz: Für die Organisationen der Black Consciousness Bewegung ist "schwarz" nicht ein Merkmal der Hautfarbe, sondern der Unterdrückung.

Khwezi Kadalie

in Vorster's Gefängnis gefoltert

Ich bin am 12. August 1976 in die Südafrikanische Republik gefahren um Bekannte und Verwandte meines Vaters zu besuchen. Mein Vater hat die RSA in den 50er Jahren verlassen, ist Afrikaner und stammt aus dem ältesten Johannesburger Slum, Sofiatown; meine Mutter ist Deutsche. Ich habe mich die 6 Wochen bis zu meiner Verhaftung in verschiedenen schwarzen Gebieten (Soweto, Alexander, Transkei, Umlazi etc.) aufgehalten.

Verhaftung

Am 23. September, dem Tag meiner Verhaftung, waren morgens zwischen 8-9 Uhr friedliche Demonstrationen in Johannesburg City gewesen. Es war das erste Mal Arbeitern und Studenten aus Soweto gelungen, in die City zu fahren und dort zu demonstrieren. Die anrükkenden Polizeieinheiten, teilweise ausgerüstet mit Schnellfeuergewehren und Schlagstöcken, zerschlugen die Demonstration mit der ihnen üblichen Brutalität. Sie richteten allerdings kein Blutbad an, wie sie es dutzende Male seit dem Beginn der Unruhen im Juni gemacht haben, da diese Demonstration in der City stattfand und nicht in einem der schwarzen Vorstädte – man hätte ja aus Versehen einen Weißen treffen können. Außerdem wären zu viele Weiße Zeugen gewesen, so daß die übliche Behauptung der Polizei, sie schieße nur, wenn sie angegriffen werden, von weißen Zeugen hätte widerlegt werden können; Schwarze Aussagen bei weißen Gerichten sind so gut wie nichts wert.

Den ganzen Tag über fuhren paramilitärische Polizeieinheiten mit FN-Gewehren bewaffnet durch die Straßen der City, in Personenwagen getarnt, und verhafteten zumeist Jugendliche. An diesem 23. September wurden über 400 Personen verhaftet. Unter ihnen befand ich mich auch. Ich wurde mit einem Freund verhaftet, als wir uns unterhielten. Wir wurden zum berüchtigten "John Voster Square" gebracht. In einer Kellergarage hockten etwa 150 Kinder und Jugendliche, die Hände hinterm Kopf, aufgereiht vor einer Betonwand. Wir mußten uns dazuhocken, bis mein Bekannter und ich nach ca. 1 Stunde in den 9. Stock geführt wurden. Die ganze Zeit über wurden wir, die dort hockten, von ca. einem dutzend Polizisten mit entsicherten Schnellfeuergewehren bewacht. Das sah so aus, daß sie die Gewehre auf uns richteten, uns anschriehen, übel beschimpften und traten. Oben im 9. Stock angekommen, wurde ich einem Major vorgeführt. Er besah sich meine persönlichen Dinge, die mir schon auf der Straße abgenommen worden waren, darunter einige Briefe. Er ließ nach jemanden schikken, der die Briefe durchlesen sollte, ob sie politischen Inhalts sind. Dieser verneinte, als er sie gelesen hatte. Der Major fragte mich dann, als er meinen deutschen Paß durchblätterte, ob ich mit Clemens Kadalie (Clemens Kadalie, Großvater von dem Autor dieses Artikels, war Gründer und Führer der gesamtafrikanischen "Gewerkschaft für Industrie und Handel" (ICU). 1928 wurde die Mitgliederzahl der ICU auf ca. 250.000 Arbeiter geschätzt. Siehe: ISSA, Wissenschaftliche Reihe 5: Wilson, Wellmer, Weyl, Wolpe u.a., Wanderarbeit im Südlichen Afrika. Bonn 1976, S. 20 f.) verwandt sei; und als ich erklärte, daß ich der Enkel bin, tobte er, ging fort und kam mit seinem Vorgesetzten und einigen anderen Beamten wieder. Ich mußte das Zimmer verlassen. Als ich nach einigen Minuten wieder hereingeführt wurde, teilte man mir mit, daß ich unter dem "Anti-Terroristen" Gesetz auf unbestimmte Zeit inhaftiert werde. Als ich mich nach dem Grund erkundigte, schrien sie mich an, daß sie keinem irgendwelche Rechenschaft abzulegen brauchen, und mir schon gar nicht. Von dem Tag an blieb ich 90 Tage in Einzelhaft. Es wurde mir wiederholt unter Androhung von Folter verboten, mit den anderen Gefangenen Kontakt aufzunehmen oder sie auch nur zu grüßen. Da ich Mischling bin, wurde ich auf dem Trakt für Schwarze untergebracht.

Verhörmethoden

Grundsätzlich versucht die Polizei während der ganzen Haft den Gefangenen in eine psychologische Abhängigkeit zu dem jeweiligen Verhörbeamten zu bringen. Als erstes wird einem erklärt, daß man als Gefangener keinerlei Rechte hat und sogar für die Behandlung (gemeint sind Schläge und Tritte) dankbar sein muß. Weiter wird einem klargemacht, daß man außer zu atmen nichts ohne Genehmigung seines 'Bosses" machen darf. Um dies gleich zu demonstrieren, schickt der Verhörbeamte nach einer Tasse Tee für mich. Ich hatte seit 22 Stunden weder gegessen noch etwas zu trinken bekommen. Als die Tasse Tee kam, führte ich sie vorsichtig zum Mund, setzte sie jedoch schnell wieder ab, da der Tee heiß war. Der Beamte zwang mich dann, den heißen Tee auf einmal herunter zu trinken. Bei anderen Gelegenheiten wird man gezwungen, übergroße Portionen Essen herunterzuwürgen. Die Verhöre wurden in der Regel von ununterbrochenen Schikanen begleitet. Während der Verhöre muß man entweder bewegungslos an einer einem zugewiesenen Stelle stehen oder knien. Die Verhörzeiten, in denen man knien muß, dauern in der Regel 9 bis 24 Std. ohne Pause. Ich habe jedoch auch Gefangene gesehen, die 6 Tage knieen mußten, ohne Schlaf und ohne Essen!! Ein Gefangener mußte 24 Tage (!!) stehen, – alle 48 Stunden 6 Stunden Pause. Während dieser Verhöre wird man mit der Faust geschlagen und mit Fußtritten bearbeitet. Interessant war noch, daß alle Folterknechte in Karate ausgebildet sind und regelmäßig zu Weiterbildungskursen gehen. Sie bearbeiten vorwiegend die Kopfpartie, die mit Haaren bedeckt ist, da dies keine sichtbaren Merkmale hinterläßt, von den Gefangenen auch als "Gehirnbearbeiten" bezeichnet. Ich zum Beispiel leide jetzt noch, nach 7 Wochen, immer an Kopfschmerzen. Eine beliebte Art langzeit Schmerzen zu erzeugen, besteht darin, dem Gefangenen, wenn er kniet den Kopf festzuhalten und oben auf den Kopf mit der Faust zu schlagen. Man hat dann das Gefühl als ob Hals und Nacken gestaut würden. Die Wirkung: fürchterliche Kopfschmerzen treten nach ein paar Stunden auf. Einmal mußte ich knien, wobei ein Polizist von hinten an mich herantrat, mich an den Haaren (ich hatte einen Afro) etwas anhob, während der andere vor mir stand und mich brutal ohrfeigte. Sie ließen erst von mir ab, als ich aus Mund und Nase blutete. Das Verhör wurde noch ca. eine halbe Stunde fortgesetzt. Nachher, als ich den Boden abwischen mußte, (vor mir waren ca. 1 1/2 qm Boden mit Blut bedeckt) wurde mir lang und breit erklärt, was für ein Schwein ich sei, den Boden so vollzusauen. Natürlich wird einem auch öfters gedroht, daß sie einen auch ganz einfach verschwinden lassen können; man fällt die Treppe herunter und bricht sich den Hals. Um einem das auch glaubhaft zu machen, wird der schwarze Sicherheitsbeamte, der aus rein formalen Gründen bei den Verhören wortlos dabeisitzt, aus dem Zimmer geschickt.

Der weiße Sicherheitsbeamte grinst mir mit seinen gelben Zähnen höhnisch ins Gesicht und reißt plötzlich seinen Revol-

ver aus dem Halfter, setzt die Mündung zwischen meine Augen, entsichert den Revolver und setzt das Verhör fort, während er mit dem Abzug spielt. Die Spielregel, die er mir dabei erklärt, ist genauso primitiv wie seine ganze Rassenideologie vom weißen Übermenschen. Nach jeder Antwort, die ihm nicht gefällt, und es gefallen ihm alle nicht, solange man nicht das nachplappert, was er einem diktieren will, drückt er den Abzug weiter durch und läßt ihn schnacken. Erst dann begreift man, was es heißt Blut zu schwitzen!! Ein anderes mal wurde mir genüßlich erzählt, daß sie schon mehr als einen aus dem 10. Stock geworfen haben. (Mein Vorgänger wäre also Ahmed Timol gewesen, der am 27.10.1971 aus dem 10. Stock "gesprungen" worden ist) Ich wurde daraufhin in ein anderes Zimmer geführt. Der Beamte machte das Fenster auf. Ich mußte hinuntersehen, "ob es auch tief genug ist". Plötzlich griff er nach mir und tat so, als ob er mich aus dem Fenster schmeißen wollte. Er hörte erst mit dem grausigen "Spiel" auf, nachdem ich ihm mehrere Male versichert hatte, daß ich ein Feigling sei. Diese Aussage schien ihn sehr befriedigt zu haben. Zwischen den Verhören, die mehrere Stunden hintereinander dauern, gibt es etwas Pause, wobei der Gefangene weiter knieen muß. Diese Zeit benutzt der Beamte "mit" mir zu sprechen. Er erklärt mir genüßlich, warum ich ein minderwertiger Mensch sei – ihm gegenüber. Da ich ein politischer Häftling bin, habe ich eigentlich überhaupt kein Recht auf Leben mehr. Ich hatte ihm gesagt, daß ich gegen Apartheid bin. Das hieß für ihn: Mischling plus Anti-Apartheid = Kommunismus. Er erklärte mir, daß noch etwas Hoffnung für mich bestünde: Ich sei zwar degeneriert im Gegensatz zu meiner deutschen Mutter – aber verglichen mit meinem afrikanischen Vater wäre ich blutmäßig doch ganz klar im Vorteil !! (aufsteigende Tendenz u.s.w.) – Das müsse ich doch einsehen oder etwa nicht? Ein andermal wurde ich kurzerhand zum Affen erklärt, mußte unter einen niedrigen Tisch kriechen und Laute wie ein Affe machen, während ich von 3 Beamten mit Tritten bearbeitet wurde. Es gab allerdings eine Reihe Afrikaner, die schlimmer dran waren. Sie wurden mit Elektroschocks oder Drogen zum "Geständnis" gezwungen. Die Spezialjobs wurden von einem Portugiesen, einem ehemaligen PIDE-Folterknecht erledigt, der speziell für diese "Feinheiten" im John Voster Square angestellt ist. Überhaupt sind seit dem Zusammenbruch des Portugiesischen Kolonialreiches zahlreiche Spezialisten auf dem Gebiet "Verhör und Folter" aus Mosambik und Angola in den südafrikanischen Polizeiapparat integriert worden, samt ihren "neuartigen" Methoden.

Konsulat

Während meiner 3-Monatigen Haft erhielt ich 4 mal Besuch von einem Vertreter des deutschen Konsulates in Johannesburg. Ca. 2 Tage ehe der Vertreter des Consulates kam, wurden die Verhöre eingestellt – damit ich mich erholen konnte. Am Tag vor dem Besuch wurde ich zum Arzt gebracht. Dieser verordnet mir eine Reihe Medikamente, gegen Schmerzen, gegen Bandscheibenschaden, gegen Magenbeschwerden, Salbe für Miniskusschaden, Salbe für Prellungen, Augentropfen e.t.c. Am Morgen des Besuches kam ein Sicherheitsbeamter. Er ging mit mir alle Fragen, die der Vertreter des Konsulates stellen könnte, durch; ich bekomme die Antworten „eingetrichtert". Die Prozedur wird ein paar mal durchgespielt, bis er zufrieden ist.

z.B.:

Konsul: "Wie geht es Ihnen"

Kadalie: "Gut, sehr gut"

Consul: "Herr Kadalie brauchen Sie etwas"

Kadalie: "Nein ich bekomme alles was ich brauche von der Polizei"

Zum Schluß bekomme ich noch ein paar Instruktionen wie ich gehen und dem Consul gegenübersitzen soll. Guter Rat des Beamten: "Mach ja nicht den Eindruck, als ob es dir bei uns nicht gefällt!" Ich habe die Drohung verstanden.

Südafrika: Geistlicher wegen Zeugnisverweigerung verurteilt

Kapstadt, 18. Februar 77 (epd). Der in der schwarzen Siedlung Nyanga bei Kapstadt tätige anglikanische Geistliche David Russell ist am Donnerstag, 17. Februar, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte sich geweigert, die Namen dreier Zeugen zu nennen, die Brutalitäten der Polizei während der Weihnachtsunruhen beobachtet hatten. Russell, ein Weißer, berief sich vor Gericht auf seine seelsorgerliche Schweigepflicht. Die Zeugen fürchteten die Polizei aufgrund des Vorgehens, das sie beobachtet hatten. Er habe ihnen deshalb versprochen, ihre Namen nicht zu nennen. Dieses Argument wurde jedoch nicht vom Gericht anerkannt. Grundlage der Vorwürfe gegen Russell war eine Dokumentation der "Geistlichen Bruderschaft von Langa, Guguletu und Nyanga" über die Rolle der Polizei bei den Unruhen in Nyanga zu Weihnachten 1976. Da Russell Berufung gegen das Urteil einlegte, wurde er gegen Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt.

Südafrika: Häftlingstod löst Beunruhigung aus

Kapstadt, 18. Februar 77 (epd). Der angebliche Selbstmord des politischen Gefangenen Matthews Mabilane hat in der südafrikanischen Öffentlichkeit Beunruhigung ausgelöst. Mabilane war nach offiziellen Angaben am Dienstag, 15. Februar, in einer Vernehmungspause aus dem zehnten Stock des Polizeihauptquartiers in Johannesburg gesprungen. Die Zeitung "Argus" forderte eine Untersuchung des Todesfalles, da es sich hier "bestenfalls um eine grobe Nachlässigkeit der Polizei" handeln könne. Entsprechende Forderungen stellten auch Vertreter der weißen Opposition und der Führer der "farbigen" Labour Party, Sonny Leon. Seit 1964 haben sich in südafrikanischer Haft nach offiziellen Angaben 25 Gefangene das Leben genommen.

DOKUMENT

DIE ROLLE DER POLIZEIKOMMANDOS ZUR NIEDERSCHLAGUNG DER UNRUHEN BEI DEN BRANDSTIFTUNGEN UND MORDEN IN NYANGA, KAPSTADT, WEIHNACHTEN 1976

Veröffentlicht von der
Bruderschaft der Geistlichen von Langa, Guguletu und Nyanga

Liebe Freunde,

Gerade habe ich in meinem Büro das beiliegende Dokument bekommen, und ich messse ihm eine derartige Bedeutung bei, daß ich es sofort vervielfältigte und Ihnen zusandte. Nach den Aussagen meines Informanten ist es auch an alle Mitglieder des südafrikanischen Parlaments ausgeteilt worden.

Die Aussagen sind als solche schon erschütternd, aber es scheint wichtig, sie zuverlässig aufzuzeichnen, vor allem, daß die Gewalt in Kapstadt über die Weihnachtszeit von den Polizeikommandos herausgefordert worden ist und nicht durch Stammesfehden, wie sehr oft geglaubt wird und in gewissen Pressemedien berichtet worden ist.

Horst Kleinschmidt

„Ich sage euch, wenn diese schweigen, werden die Steine rufen" (Lk. 19.40)

Dieser Bericht wurde von Mitgliedern der Bruderschaft der Geistlichen von Langa, Guguletu und Nyanga erstellt. Wir glauben, daß wir unsere christliche Pflicht versäumen würden, wenn wir nicht mitteilen würden, was wir gesehen und gehört haben.

Wir haben wiederholte und zuverlässige Augenzeugenberichte über die Ereignisse erhalten, die während des Weihnachtswochenendes in Nyanga stattgefunden haben. Diese Berichte brachten die folgenden Tatsachen zutage:

1) Die Polizeikommandos waren es, die die abscheulichen Morde und Brandstiftungen des Weihnachtswochenendes in Nyanga ermöglichten; wenn sie es gewollt hätten, hätten sie jeden ernsthaften Zusammenstoß verhindern können.
2) Die Polizeikommandos oder bedeutende Teile von ihnen ermutigten und stachelten bestimmte Wanderarbeiter zum Angriff an.
3) Bestimmte Wanderarbeiter wurden falsch informiert: man redete ihnen ein, sie würden daran gehindert werden, zur Arbeit zu gehen.
4) Einigen wurde gesagt, sie sollten sich bewaffnen, um einen „Angriff" zu vermeiden, der überhaupt nicht beabsichtigt war.
5) Polizeikommandos halfen bei den Angriffen sogar mit, indem sie auf Bewohner schossen und sie daran hinderten, ihre Familien und Häuser zu schützen.
6) Einige Polizeikommandos ermutigten die Wanderarbeiter sogar, einige der Bewohner zu töten, indem sie auf am Boden liegende Verwundete zeigten.
7) Bei den Angriffen wurden Benzinbomben verwendet. Einige wurden von gewissen Beamten in der Herstellung und dem Gebrauch der Benzinbomben ausgebildet.

Wir sind uns dessen bewußt, daß die oben angeführten Behauptungen äußerst ernst sind. Wir sind indes völlig überzeugt, daß sie wahr sind. Diese Dinge sind in den Townships allgemein bekannt. Wir bringen im folgenden nur einige wenige der vielen Augenzeugenberichte, die uns erreicht haben:

Augenzeugenberichte

Frau E.X.: die Polizei schießt auf flüchtende Menschen

„Als wir hörten, daß unsere Häuser angegriffen wurden, entschlossen wir uns, in das Dickicht zwischen Nyanga und Crossroads zu gehen. Auf dem Weg dorthin wurden wir von der Polizei gesehen, die daraufhin auf uns zu schießen begann. Wir ließen uns auf den Bauch fallen, standen ein wenig später auf, und machten uns auf den Rückweg, diesmal zur Kirche.

Wir riefen: 'Herr, wo ist die Polizei, um uns zu beschützen? Aber wir sahen wie sie jenen halfen, die uns angriffen und unsere Häuser abbrannten."

Frau D.M.: Polizeikommandos stachelten Männergruppen zum Töten und zur Brandstiftung an

„Am Samstag nachmittag, dem 26. Dezember 1976, war ich in meinem Hinterhof, als fünf Mannschaftswagen der Polizeikommandos in die 5th Avenue, Nyanga kamen. Ich sah einen Polizisten, der vorne auf der Motorhaube saß. Er schoß auf Herrn M.. Herr M. ist ein älterer Mann, er trug keine Waffen, hatte nichts böses im Sinne. Ich hatte nur gerade zu ihm gesprochen, als er an meiner Haustür vorbeikam.

Nach dem Schuß fiel Herr M. auf den Boden; er blutete am Bauch. Ich sah den Polizisten mit dem Arm winken, und eine große Gruppe von Wanderarbeitern kam angerannt. Der Polizist wies sie auf Herrn M. hin, der am Boden lag und entfernte sich dann, als die Wanderarbeiter kamen und ihn mit ihren Waffen töteten.

Die Wanderarbeiter trugen Stöcke und Äxte. Einige hatten Benzinbomben; und ich sah sie, wie sie sie in Häuser hineinwarfen und diese anzündeten. Die Polizeikommandos machten nie irgendeinen Versuch, einzugreifen und die Gewalt zu beenden; stattdessen kamen sie mit Gewehren hinzu und bahnten den Wanderarbeitern den Weg, wobei sie eine Gruppe von ihnen anstachelten, uns anzugreifen."

Herr S.T.: Die Polizei schießt auf Leute, die versuchen, das Leben von Herrn D. aus Nyanga zu retten.

„Als der Schrei aufkam, daß wir angegriffen wurden, gingen wir die Straße zum Postamt und zu den Läden hinauf, um unser Gebiet zu verteidigen. Wir kamen gerade rechtzeitig, um zu sehen, wie Herr D. vor einer Gruppe von Wanderarbeitern zu fliehen versuchte.

Als wir kamen, um ihn zu retten, schoß das Polizeikommando auf uns, und wir wurden angehalten – sie hielten uns mit auf uns gerichteten Gewehren zurück. Herr D. wurde von dem Zaun gezerrt, den er zu überklettern versuchte, und es wurde auf seinen Kopf eingeschlagen.

Ich sprach schockiert und erstaunt zu dem Polizeikommando, fragte sie, warum sie den Mann auf diese Art töten ließen. Sie antworteten nie, stattdessen sagte einer: 'Laat hom vrek'(Laß ihn verrecken).

Herr D. wurde dann ins Krankenhaus gebracht. Wir hören, daß der Herr ihn tatsächlich vor dem Sterben gerettet hat.

Warum ließ das Polizeikommando die Wanderarbeiter auf diese Weise in unser Gebiet? Wir schützten unsere Heime und sie schossen auf uns. Uns wurde gesagt, zu unseren Häusern zurückzukehren, da die Wanderarbeiter sonst denken könnten, daß wir sie angreifen würden. Wir entsprachen dieser Bitte, und daraufhin ließ die Polizei die Wanderarbeiter kommen und uns angreifen und half ihnen sogar dabei, auf uns zu schießen. Die Polizei spornte zur Gewalt an! Herr D. wäre nie verletzt und beinahe getötet worden, wenn die Polizei nicht auf uns geschossen hätte."

Frau G. aus Zwelitsha, Nyanga: Die Polizei schoß auf eine Frau im Haus und ließ es von den Wanderarbeitern abbrennen.

„Am Sonntag, dem 26. Dezember um etwa zwei Uhr nachmittags, sagte die Polizei den Bewohnern in unserem Gebiet, daß wir nach Hause gehen sollten, da keine Gefahr bestünde.

Wir kehrten zu den Häusern zurück – ich selbst ging in das Haus von Freunden, Nr..., einige Türen weiter in demselben Block, in dem auch mein Haus ist.

Eine halbe Stunde später waren Schreie zu hören, daß die Polizei und die Wanderarbeiter uns angreifen würden. Wir verriegelten die Tür und ich ging ans Fenster, um die Vorhänge zuzuziehen. Ich sah Polizeikommandos und Wanderarbeiter im Vorhof. Ein Polizist schoß mir in die Brust und in den Arm.

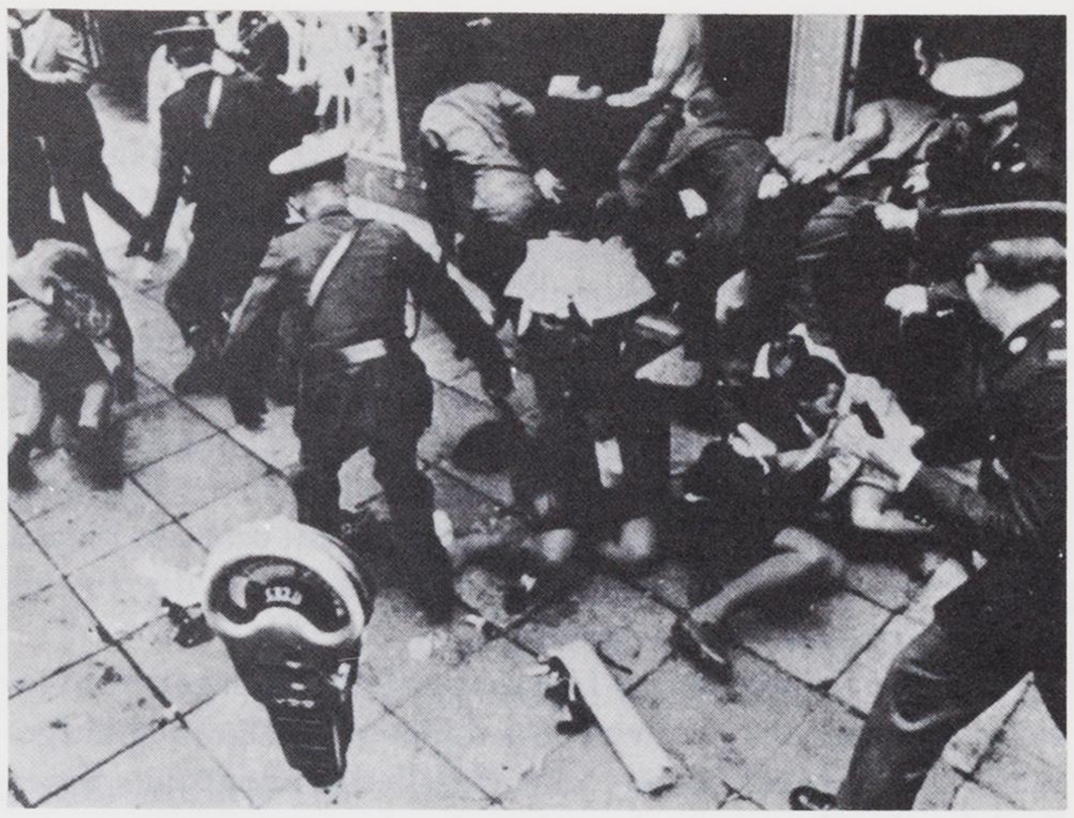
Die Wanderarbeiter begannen dann, die Tür zu zerschmettern. Meine zwei Töchter zerrten mich in eine Toilette auf der anderen Seite, wo wir uns versteckt hielten, bis wir dachten, daß die Polizei und die Wanderarbeiter vorbei wären. Unsere Häuser brannten, überall war Feuer.

Wir gingen auf die Straße, wo ich von einem Bewohner, der einen Lieferwagen fuhr, aufgegriffen und ins Tigerberg-Krankenhaus gebracht wurde. Später hörte ich, daß mein Mann in unserem eigenen Vorhof getötet worden ist, ein paar Türen weiter, Nr. ..."

Auf Herr G.B. wird von der Polizei bei dem Versuch, einen älteren Mann zu schützen, geschossen.

„Um etwa fünf Uhr 3o nachmittags, am Montag, dem 27. Dezember, kam eine Gruppe von Männern aus der Richtung des Busbahnhofes von Nyanga und begann, mein Haus anzugreifen. Eine Benzinbombe wurde geworfen, aber sie explodierte glücklicherweise nicht.

Als wir vor unseren Angreifern die Flucht ergriffen, stolperte ein älterer Mann, der mit uns war und fiel



RSA-Polizei: Hingabevolle Erledigung der "Dreckarbeit" für Vorster

hin. Ich ging zurück, um ihm zu helfen, da er geschlagen wurde. Seine Angreifer zogen sich zurück, aber dann erschienen einige Polizisten hinter unseren Angreifern, und einer von ihnen schoß auf mich – ich wurde in den Hals und in den Bauch getroffen."

Frau B.: Polizeikommandos ließen eine Gruppe in unser Haus und einen Mann töten.

„In der Nacht des 26. Dezember wusch ich das Geschirr in der Küche und mein Mann laß seine Zeitung im Wohnzimmer, als wir plötzlich ein Klopfen an der Tür hörten. Mein Mann öffnete die Tür und sah die Polizei, die nun einer Gruppe erlaubte hereinzukommen, die meinen Mann schlug, bis er halb tot war. Dann bemerkte ein Polizist, zu mir gewandt: ..Seien Sie froh, daß er nicht mausetot ist." Doch Minuten später starb mein Mann an den Kopfverletzungen."

„Ich werde daraus keinen großen Fall machen, ich werde es in die Hände Gottes legen", sagte Frau B.

Warum die Leute die Polizei nicht vor Gericht bringen

Wie, zum Beispiel, könnte von einer armen Frau, von einem Polizisten in die Brust geschossen und in der Verwirrung und Panik des Weihnachtswochenendes, erwartet werden, einen der zahllosen, anonymen weißen Männer in der Uniform der Polizeikommandos zu identifizieren? Obgleich wir zugestehen, daß diese Berichte niemals in einem Gericht geprüft wurden, sollte damit zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Behörden es praktisch unmöglich gemacht haben, jemanden zu identifizieren, so daß es nutzlos wird, den Versuch zu machen, die Sache vor Gericht zu bringen.

Ferner muß herausgestellt werden, daß die schwarze Gemeinschaft ein tiefes Mißtrauen vor den Polizeikommandos hat. Die Menschen sollten sich nicht durch gelegentliche Pressefotos betrügen lassen, in denen Polizisten beim Fußballspiel mit kleinen Jungen gezeigt werden. Dies bietet einen völlig oberflächlichen und irreführenden Eindruck der zugrundeliegenden Tatsachen. Schwarze haben aus bitterer Erfahrung gesehen, wie eigengesetzlich die Polizeikommandos handeln. Die Schwarzen glauben, daß ein Mensch kaltblütig auf der Straße erschossen werden kann; und am nächsten Tag kann die Presse

Schlagzeilen bringen, in denen es heißt, daß jemand getötet wurde, als er einen Polizeiwagen mit Steinen bewarf!

Mißtrauen vor den Polizeikommandos

Ob zu Recht oder zu Unrecht – die Leute mißtrauen den Polizeikommandos derart, daß sie befürchten, eine offene Anklage dieser Polizei würde ihre Familien und ihre Häuser zur Zielscheibe bei den nächsten Gewalttätigkeiten machen. Aus diesen Gründen ist es nicht klug, die Leute zu ermutigen, vor Gericht zu gehen, und aus diesen Gründen beabsichtigen wir, die Namen derer, die zu uns gesprochen haben, zu schützen.

Auf der Forderung zu beharren, diese Aussagen vor Gericht zu bringen, wird von uns daher als Weigerung aufgefaßt, der schrecklichen, tatsächlichen Bedeutung dieser Berichte ins Auge zu sehen.

überhaupt ermöglichte, war die von den Polizeikommandos gespielte Rolle, einige Leute zu Gewalt zu ermutigen und eine Situation der Anarchie und des Todes zu erlauben, die für ein paar furchtbare Tage herrschte.

Wir veröffentlichen diesen Bericht um der Wahrheit und des Friedens willen. Wir veröffentlichen diesen Bericht, da die Wahrheit bekannt sein sollte. Abgesehen von einigen Erklärungen in der Presse während und gleich nach dem Weihnachtswochenende, ist die Art und das Ausmaß der Rolle der Polizeikommandos bei der Ermutigung und Ermöglichung des Aufruhrs bis jetzt noch nicht enthüllt.

Wir appelieren an alle, die dies lesen, nicht den Fehler zu machen, das, was wir sagen, skeptisch als eine Menge wilder und unbegründeter Behauptungen aufzunehmen. Wir veröffentlichen diese Dinge nicht leichtsinnig.



Weder Wanderarbeiter noch Bewohner können letztlich beschuldigt werden

Von den Augenzeugenberichten her sollte klar sein, daß nicht die Wanderarbeiter (geschweige denn irgendeine Gruppe unter den Bewohnern) Urheber und Aufwiegler der Unruhen des Weihnachtswochenendes war. Die gesamte Schwarze Gemeinschaft – Wanderarbeiter und ebenso Bewohner – wurden von dem, was geschen ist, stark betroffen und schockiert.

Es ist nicht Zweck dieses Berichts, Einzelheiten hinter bestimmten Spannungen in der schwarzen Gemeinschaft zu untersuchen, wie etwa den illegalen Bierverkauf. Ebensowenig ist es unser Zweck, eine Erklärung dafür zu versuchen, wie eine Gruppe in einen solchen Geisteszustand gebracht wurde, den es der Polizei auszuschlachten gelang.

Wir glauben, daß es von der Hauptfrage ablenken würde, wenn wir uns hier über die tief wurzelnden sozialen Faktoren ausbreiten sollten, die es ermöglichen, daß einige Leute von anderen aufgestachelt werden. Wir wiederholen: der primäre Faktor, der die Weihnachtsunruhen

Wir Verkünder des Wortes Gottes betrachten uns selbst als Verantwortliche Mitglieder unserer Gemeinschaft; im Namen Christus' versuchen wir, alles in unserer Macht stehende zu tun, um in unserer Gemeinschaft Frieden zu stiften und einen gleichen Ausbruch schrecklicher Zerstörung und des Todes zu verhindern.

Es ist unsere ehrliche Überzeugung, daß die Veröffentlichung dieses Berichts helfen wird sicherzustellen, daß die Autoritäten positive Schritte unternehmen werden, um einen ähnlichen Vorfall zu verhindern.

Wir haben daher diesen Bericht für die Sache der Wahrheit und des Friedens herausgebracht.

Die Vereinigte Freie Kirche Südafrikas.
Die Augenzeugenberichte dieses Berichtes wurden von zahlreichen Mitgliedern der Bruderschaft gesammelt.
Kapstadt, Januar 1977

Hinweis: Die Brucherschaft der Geistlichen von Langa, Guguletu und Nyanga umfaßt die folgenden Konfessionen:
Amerikanische Episkopale Kirche,
Katholische Kirche,
Kirche der Provinz Südafrika (Anglikanische Kirche),
Methodistenkirche Südafrikas,
Brüder-Kirche,
Presbyterianerkirche Afrikas

"Ich weigere mich, in Vorsters Armee Wehrdienst zu leisten"

Nach neuerlichen Schätzungen hat Südafrika Militäreinheiten in einer Stärke von ca. 50.000 Mann in Namibia stationiert, deren Hauptaufgabe es ist, die Aktivitäten der Befreiungsbewegung SWAPO zu bekämpfen. Die Vereinten Nationen bestreiten die Rechtmäßigkeit der Anwesenheit Südafrikas in Namibia und bezeichnen diese als illegal.

Außerdem droht Unruhe in zunehmendem Maße an der Grenze von Rhodesien und innerhalb Südafrikas selbst. Für viele weiße Südafrikaner wird damit die Gewissensfrage akut, ob sie an einem Kampf zur Verteidigung der südafrikanischen Interessen gegen den wachsenden schwarzen Widerstand teilnehmen können und wollen.

Alle männlichen weißen Südafrikaner sind zur Zeit dazu verpflichtet, an mindestens zwölfmonatigen militärischen Übungen teilzunehmen und sich im Anschluß daran für Wiederholungsübungen und für einen eventuellen aktiven Dienst zur Verfügung zu halten. Die südafrikanische Gesetzgebung erkennt keine Wehrdienstverweigerung an. Trotzdem hat der Südafrikanische Rat der Kirchen bereits im Jahre 1974 einen Aufruf publiziert, in dem die Wehrdienstverweigerung empfohlen wird.

Als Antwort darauf verabschiedete die südafrikanische Regierung ein Gesetz, das bereits die Diskussion über Wehrdienstverweigerung für strafbar erklärte. Trotzdem gibt es noch weiße junge Männer, die sich mit dieser Situation nicht abfinden und lieber das Land verlassen als an militärischen Aktionen gegen die Befreiungsbewegungen teilzunehmen.

Mit einem von ihnen sprach David de Beer, der frühere Sekretär von Bischof Colin Winter, dem inzwischen exilierten anglikanischen Bischof von Namibia, anläßlich eines kürzlichen Besuches in Botswana: Richard Whiteing (28). Er gehört zu einer kleinen Gruppe von Südafrikanern, die sich weigerten, an den militärischen Operationen Südafrikas in Namibia teilzunehmen. Im Jahre 1967 unterzog er sich einer militärischen Grundausbildung von neun Monaten. Danach wurde er dem Regiment Stellenbosch Universität zugeteilt, das in der Hauptsache aus Studenten und Ehemaligen der weißen Universität von Stellenbosch (Kapprovinz) besteht.

Richard Whiteing ist kein durchschnittlicher weißer Südafrikaner. Er hatte die Möglichkeit zu einem dreijährigen Studium in Soziologie und Politikwissenschaft in England und hat einen klaren Blick für die südafrikanische Situation bekommen. Er sieht ganz deutlich, daß es innerhalb Südafrikas eine wachsende Tendenz zur Militarisierung der gesamten Gesellschaft gibt. Er erklärt dazu:

"Zweifellos ist die Anwesenheit der südafrikanischen Armee in Namibia widerrechtlich. Es ist eine Besatzungarmee, die das Ziel hat, die Bevölkerung zu unterdrücken. Wenn Menschen keine menschlichen und politischen Grundrechte haben, wie das in Namibia der Fall ist, dann haben sie wenige andere Möglichkeiten als diese mit Hilfe des bewaffneten Kampfes zu erringen zu versuchen. Die südafrikanische Regierung vertritt nicht die Mehrheit der Bevölkerung, und die Armee dient nicht den Interessen des Volkes als solchen, sondern nur den Interessen der augenblicklich Herrschenden. Darum sympatisiere ich mit den Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika und weigere mich, in Vorsters Armee Wehrdienst zu leisten."

Am 7. Dezember 1976 mußte dies Regiment sich zu einem zweimonatigen aktiven Dienst melden. Drei Tage lang mußten die Soldaten in der Militärbasis Wingfield bei Kapstadt zubringen, um ihre militärische Ausrüstung zu empfangen. Danach sollten sie nach Grootfontein im Norden Namibias geschickt werden, und zwar zunächst für zehntägige Gefechtsübungen, um anschließend im Grenzgebiet von Angola zum Einsatz zu kommen. Richard Whiteing konnte das mit seinem Gewissen nicht vereinbaren. In der ersten Dezemberwoche beschloß er, per Auto und versehen mit seinem Reisepaß sowie etwas Geld ins benachbarte Botswana auszuweichen und dort um politisches Asyl zu bitten.

In Gaberone, der Hauptstadt von Botswana legte er seine politischen Motive dar, die ihn dazu veranlaßt hatten, den Wehrdienst innerhalb der südafrikanischen Wehrmacht zu verweigern.

"Der sogenannte linke Flügel in der südafrikanischen Politik, die Progressive Reformpartei, unterstützte die Invasion Südafrikas in Angola, weil diese gegen die "Kommunisten" gerichtet war. Es wird ihnen allerdings schwerer fallen, einen "nationalen Krieg" unmittelbar vor der Haustür zu verteidigen. Die Mehrheit der jungen weißen Südafrikaner erfährt den Dienst in Namibia als angenehme Abwechslung vom Stadtleben, das sie gewohnt sind. Es ist nur eine sehr kleine Gruppe, die den Militärdienst unter den gegebenen Umständen zurückweist."

Die südafrikanische Armee hat übrigens mit wachsenden inneren Problemen zu kämpfen, um die Disziplin innerhalb der Truppe aufrecht zu erhalten. "Seit einiger Zeit veröffentlicht die Armee Anzeigen in der Zeitung, mit denen sie nach Soziologen sucht, die sie "Freizeitbeamte" nennt. Das größte Problem stellen der Drogenmißbrauch und die Homosexualität dar."

Weil es im Rahmen der südafrikanischen Gesetzgebung nicht möglich ist, den Wehrdienst zu verweigern, suchen viele junge Männer andere Auswege. Dazu gehören die Rückstellung bis zum Abschluß des Studiums und das Verlassen des Landes zum Weiterstudium im direkten Anschluß daran. Doch stellt dieser Weg nur eine zeitlich begrenzte Lösung dar; denn sobald sie ihr Auslandsstudium beendet haben (zumeist in England), stehen sie wieder vor der Frage, ob sie zurückgehen und dann als Offiziere Dienst tun sollen, oder ob sie versuchen sollen, im Ausland eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu erhalten, was allerdings oft sehr schwer, in bestimmten Ländern Westeuropas fast unmöglich ist. In den Niederlanden können südafrikanische Wehrdienstverweigerer allerdings Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis bekommen. Ende November 1976 bekam dort der erste Wehrdienstverweigerer die Aufenthaltsrechte, und es folgen weitere in wachsender Zahl. Müßte nicht auch die Bundesrepublik den weißen Südafrikanern diese Alternative zu einem Militärdienst anbieten, der ganz im Zeichen der Unterdrückung steht?

Richard Whiteing will vorläufig nicht nach Europa kommen. Er hat sich dazu entschieden, als Entwicklungshelfer in der Landwirtschaft von Botswana Dienst zu tun.

Namibia

DOKUMENT

NAMIBIA–KRIEGSCOMMUNIQUE

Die SWAPO (South West African People's Organisation) von Namibia möchte dem Volk von Namibia und der Welt folgende Mitteilung machen:

– Am 4. September haben Kämpfer der PLAN (People's Liberation Army of Namibia) das südafrikanische Militärlager bei Epinga im Norden Namibias angegriffen und vollständig zerstört. Über 50 Soldaten des rassistischen Südafrika wurden getötet und viele wurden verletzt;

– Am 24. Oktober haben PLAN-Kämpfer zwei südafrikanische Hubschrauber bei Omboloka, im Norden Namibias abgeschossen. Es gab keine Überlebenden in den zwei Hubschraubern;

– Am 26. Oktober haben PLAN-Kampfer zwei feindliche Lastwagen mit Landminen zerstört und über 30 feindliche Soldaten getötet oder verwundet;



Von SWAPO-Kämpfern ....

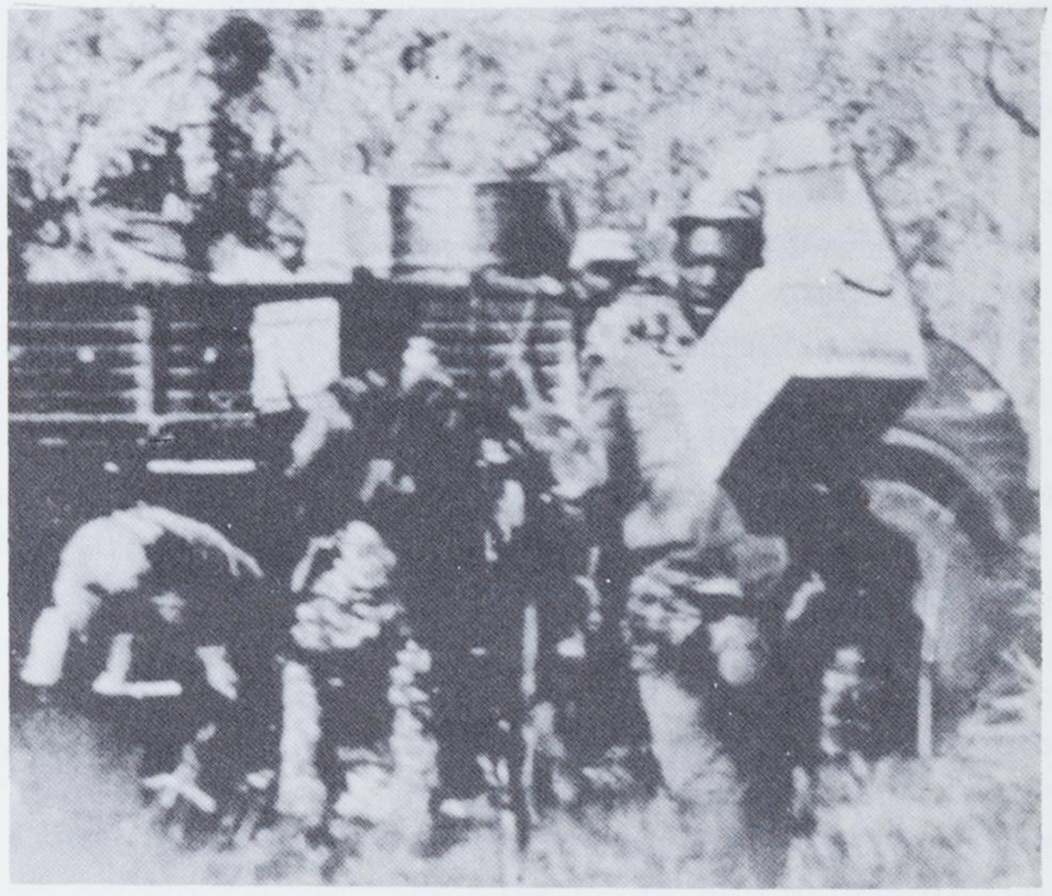
– Vom 1. bis zum 6. November haben PLAN-Kämpfer die feindliche Basis bei Onuno mit schweren Waffen angegriffen. Der Stützpunkt, der als Operationszentrum für Hubschraubereinsätze im Norden unserers Landes dient, wurde teilweise zerstört, und viele Hubschrauber wurden zerstört;

– Vom 8. - 9. November haben PLAN-Kämpfer 4 feindliche Militärlastwagen zwischen Ohangwena und Oshikango zerstört. Mehr als 10 südafrikanische Rassistensoldaten und 20 militärische Banditen, die der UNITA angehörten wurden getötet;

– Am 10. November zertörten PLAN-Kämpfer einen südafrikanischen Militärlastwagen zwischen Ohangwena und Omafo. Der Lastwagen, der die Militärbanditen der UNITA an die Grenze zwischen Namibia und Angola brachte, wurde von einem südafrikanischen Kommandanten namens Johannes van Zeil begleitet, der auch getötet wurde. Der Kommandant war am 24. Februar 1948 in Bloemfontein, Südafrika, geboren.

Die SWAPO von Namibia protestiert entschieden und verurteilt die neue Propagandakampagne Südafrikas, in der behauptet wird, daß PLAN-Kämpfer und die FAPLA im Süden Angolas Massenmorde unter der Zivilbevölkerung verübten. Diese barbarische Propaganda ist darauf ausgerichtet, die PLAN-Kämpfer in Verruf zu bringen, damit die südafrikanischen Rassisten ihre Greueltaten in Namibia und ihre ständige Aggression gegen die Schwesterrepublik Angola vertuschen können.

Ferner möchte die SWAPO dem Volk von Namibia und der Welt klar machen, daß die von Südafrika dramatisierten sogenannten Flüchtlinge aus Angola keine Flüchtlinge unter normalen Bedingungen sind, sondern vielmehr die Opfer, die aus dem südlichen Angola kürzlich entführt wurden, um den Frieden in einem freien und souveränen Angola zu zerstören. Die SWAPO von Namibia wird fortfahren, die Volksrepublik Angola beim Schutz ihrer Staatsgrenzen, ihrer Bürger und der Festigung ihrer Unabhängigkeit zu unterstützen.



... erbeuteter Unimog der Kolonialistenarmee

Presseerklärung der SWAPO vom 4. Februar 1977:

SWAPO stellt Südafrika wegen des Angola-Krieges zur Rede

SWAPO-Geheimdienstoffizier in südafrikanischem Hubschrauber

Die Berichterstattung Südafrikas übertüncht dessen verheerendes Abenteuer in Angola, um den wahren Grund des südafrikanischen Rückzuges zu verbergen.

Der Krieg war knapp davor, das gesamte südliche Afrika zu verschlingen, und die Südafrikaner wußten, daß sie in solch einem Falle unweigerlich einem Angriff von innen gegenüberstehen würden. Das schwarze Volk Südafrikas hat kein Interesse am Krieg des weißen Mannes und hatte keinen Anteil an Südafrikas rassistischer und imperialistischer Aggression in Angola. Es wartet seinen eigenen Zeitpunkt ab, wartet auf seine eigene Möglichkeit, sein Land zu befreien.

15.000 Soldaten Südafrikas "kauften sich hinein"

Die Südafrikaner behaupten, daß nur 2.000 Angehörige ihrer Truppen in Angola eindrangen. Das ist nicht richtig. 2.000 war die anfängliche Stärke ihrer Truppen, die entlang des einhundert km langen Streifens an der Grenze Angola/Namibia Stellung bezogen. Auf dem Höhepunkt der Angolakrise stieg die Truppenstärke steil auf 12.000 bis 15.000 an.

Sie kauften sich ihren Weg nach Angola hinein, indem sie UNITA-Kräfte durch Bestechung dazu bewegten, Auskunft über Anwesenheit und Aktivitäten der SWAPO in Angola zu geben. Sie teilten Geldsummen in braunen Umschlägen aus, Whisky- und Brandyflaschen - - - die gleiche Taktik, die sie heute in Namibia anwenden.

Augenzeugenbericht

Diese Aktivitäten wurden von SWAPO-Geheimdienstoffizieren bezeugt.

Einer dieser SWAPO-Geheimdienstoffiziere infiltrierte Streitkräfte Südafrikas und der UNITA im September 1975 und beobachtete sie von innen, indem er sich als UNITA-Soldat ausgab.

Einmal flog er in einem südafrikanischen Helikopter, wo er einen UNITA-Soldaten mitanhörte, der die Aufenthaltsorte von SWAPO-Einheiten am Cubango und Cunene verriet. Die Südafrikaner teilten hohe Geldsummen im Austausch für solche Informationen aus.

Südafrikanische Verluste

Die Arbeit von SWAPO-Geheimdienstoffizieren ermöglichte es uns, im voraus zu wissen, wann Überfälle auf unsere Stützpunkte geplant waren, und die südafrikanischen Streitkräfte gerieten in einen von SWAPO gelegten Hinterhalt.

Wir brachten dem Feind auf diese Art schwere Verluste bei. Zwischen September und Oktober 1975 verloren sie 31 Tote und 105 Verwundete in dem Gebiet um Rocadas und Pereira de Eca.

SWAPO
South West Africa
People's Organisation

Nicht mitgezählt sind dabei jene, die durch die MPLA- und kubanischen Streitkräfte starben.

Die Allianz zwischen Südafrika und UNITA dauert bis auf den heutigen Tag an, wobei die UNITA von den südafrikanischen Aggressionstruppen nun als Kanonenfutter in Namibia und Angola benutzt wird.

Weltkirchenrat setzt sich für zum Tode verurteilte Namibier ein

Revisionsentscheidung über Swakopmund-Prozeß erwartet

Genf, 17. Februar 77 (epd). Tiefe Besorgnis um das Leben zweier zum Tode verurteilter schwarzer Einwohner Namibias hat der Exekutivausschuß des Weltkirchenrats ausgedrückt. In einer am späten Montagabend, 14. Februar, veröffentlichten Erklärung fordert der Weltrat die Schonung des Lebens von Aron Muchimba und Hendrik Shikongo. Beide waren im Mai letzten Jahres in Swakopmund wegen angeblicher Beteiligung an der Ermordung des Chefministers von Ovamboland, Elifas, verurteilt worden. Mehrere internationale Beobachter hatten damals das Prozeßverfahren scharf angegriffen. Das Urteil muß noch vom Appellationsgerichtshof in Bloemfontein überprüft werden. Eine Entscheidung ist nach Informationen des Weltkirchenrats in diesen Tagen zu erwarten. "Das Exekutivkomitee des Weltkirchenrats", so heißt es in der Erklärung wörtlich, "teilt die weltweiten Bedenken und Proteste über die Unregelmäßigkeiten des Swakopmund-Prozesses vom Mai 1976". Nachdrücklich bekräftigt der Exekutivausschuß seine Auffassung von der illegalen Besetzung Namibias durch Südafrika.

Mosambik

GEZIELTE FALSCHMELDUNGEN ÜBER MOSAMBIK

Es ist schon immer ein Problem gewesen, obwohl es keinem so recht bewußt war. Da gibt es rund 150 Staaten auf der Erde, in denen ständig etwas Interessantes geschieht, worüber man gerne unterrichtet werden möchte. Doch Berichterstatter gibt es nur wenige. Es ist daher verständlich, daß eine Zeitung oder eine Rundfunkanstalt eine Auswahl für die Standorte ihrer Korrespondenten treffen muß. In Europa fällt diese Auswahl noch schwer. Da hat man in fast jedem Land mindestens einen Korrespondenten stationiert. In Afrika hat man es sich dagegen leichter gemacht. Dort setzt man voraus, daß ein journalistisches Genie von Nairobi/Kenia aus über rund 40 verschiedene Staaten berichten kann. Die Berichte sind häufig dementsprechend oberflächlich oder politisch eingefärbt, je nach Standort des Korrespondenten. Daher sollte sich der Zeitgenosse seinen Teil denken, wenn er in seiner Zeitung beispielsweise schlimme Nachrichten über das unabhängige Mosambik liest. Jener Korrespondent, der genau über die „marxistische Diktatur" in Mosambik im Bilde ist, hat seinen Sitz in Johannesburg. Das liegt in Südafrika. In der Hochburg des weißen Rassismus empört sich der Berichterstatter über die Kirchenverfolgung in Mosambik. Dabei bezieht er seine Informationen aus Rundfunk- und Zeitungsnachrichten des Apartheidstaates. Die politische Färbung liegt auf der Hand.

Beispiel 1

Im Mai 1976 berichtete die südafrikanische Zeitung Rand Daily Mail, daß der mosambikanische Innenminister Armando Guebuza bei einer Sitzung des Kabinetts den Regierungschef Mosambiks, S. Machel, kritisiert habe und daraufhin von der Leibwache Machels mit Messerstichen zum Schweigen gebracht worden sei. Der Leser denkt sich: ‚So ein Skandal! Das ist also die 'Freiheit' der Marxisten!' Aber: zu der von der RDM angegebenen Zeit und Ort gab es keine Kabinettsitzung. Darüberhinaus war Guebuza zu der Zeit gar nicht in Mosambik, sondern in Dar es Salaam in Tanzania. Der Korrespondent der BBC (England) nahm in Dar es Salaam an einer Pressekonferenz des Ministers Guebuza teil, und zwar an dem Tag, an dem die RDM ihre Nachricht brachte. Obwohl sich der BBC-Mann also der Unwahrheit der Geschichte durch eigenen Augenschein überzeugen konnte, brachte er die Nachricht im englischen Rundfunk ohne Richtigstellung. Auch das Nachrichtenmagazin STERN brachte die Falschmeldung – und verletzte damit die Regeln journalistischer Sorgfaltspflicht.

Beispiel 2

Unter Berufung auf die kirchliche Wochenzeitung „Target" in Nairobi veröffentlichte die katholische Nachrichtenagentur (KNA) Anfang des Jahres die Schreckensmeldung, die mosambikanische Frelimo-Regierung rufe zum Kirchenkampf auf. Laut KNA strebe die Frelimo die Ablösung des „religiösen Elements" durch den Marxismus an. Der zuständige Redakteur der zitierten kenianischen Kirchenzeitung wußte von der KNA-Meldung nichts. Darauf angesprochen, wie sie seiner Meinung nach zustandegekommen sei, erklärte er, dies sei ihm unverständlich. Man habe offensichtlich aus einem längeren Bericht des „Target" bewußt einseitige Zitate entnommen und derart zusammengefügt, daß in Deutschland der Eindruck einer Kirchen- oder Christenverfolgung in Mosambik entstehen mußte. Dieser Eindruck sei aber völlig falsch. Die Wahrheit sei, daß es jetzt mehr Freiheit für die Gesamtheit der religiösen Gruppen in Mosambik gebe als unter der portugiesischen Kolonialherrschaft. Allerdings müsse die katholische Kirche ihre in der Kolonialzeit erhaltenen Privilegien wieder abgeben. Und dies führe natürlich zu Reibereien. Wenn jedoch eine „Staatskirche" zu einer „Volkskirche" umgewandelt werde, könne man dies wohl kaum als Christenverfolgung bezeichnen.

Pater V. Berenguer, der während der portugiesischen Kolonialzeit den ersten Bericht über Massaker portugiesischer Kolonialtruppen in und um WIRIYAMU verfaßt hatte, schrieb zu Pressemeldungen über Kampagnen gegen die Kirche:

> „Es gibt keine Kampagnen gegen die Kirche. Wir können unseren Glauben frei praktizieren. Außerdem ist die Glaubens- und Religionsfreiheit in der Verfassung verankert. Wir feiern jeden Sonntag die Messe, und jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag gebe ich Katechumenen-Unterricht. Jetzt ist Fastenzeit, da haben wir jeden Freitag den „Kreuzweg".....
>
> (Brief vom 1.3.1976)

Ebenfalls berichtet der Schweizer Evangelische Pressedienst von 7.Juli 1976, S.2: „Unabhängig voneinander bestätigten bei ihren kürzlichen Schweizer Aufenthalten sowohl Weihbischof Sengulane als auch der derzeitige Generalsekretär des Christenrates von Mosambik, PFr.I.D. Mahlalela, daß in ihrem Land Religionsfreiheit herrsche und die Kirchen im Rahmen der ihnen durch die neuen Umstände zugestandenen Möglichkeiten ungehindert arbeiten könnten, d.h., sie halten ihre Gottesdienste, erteilen Sonntagsschule, führen Jugendgruppen und bilden durch Bibelstunden die Erwachsenen weiter..."

Beispiel 3

Am 5.März 1976 berichtet die Londoner Financial Times, daß man in Lissabon besorgt sei über „die kürzliche Ankündigung des Präsidenten Samora Machel, welche solche Maßnahmen miteingeschlossen hätten wie die Nationalisierung privater Autos und aller Kinder im Alter zwischen [illegible] und 18 Jahren." –
Wahr ist, daß Mosambik das Land verstaatlicht hat, sowie den Gesundheitsdienst, das Schulwesen und vermietete Häuser. Nicht wahr ist, was die Financial Times oben schreibt. Aufgrund einer Anti-Mosambik-Kampagne setzt man die völlig irrwitzige Meldung in die Zeitung, man habe Kinder verstaatlicht. Damit sollen sinnvolle sozialistische Maßnahmen der FRELIMO umgewandelt werden in das Gespenst des Kommunismus, wie es im Westen so liebevoll monsterhaft ausgemalt wird.

Beispiel 4

Die englische Sunday Times berichtet am 5. Dezember 1976, daß Freiheitskämpfer von Zimbabwe die Dörfer Mosambiks plünderten und über die Hälfte der Provinzen Manica, Tete und Gaza unter ihre Schreckensherrschaft gebracht hätten. Nach der Sunday Times seien die Gefechte zwischen der FRELIMO und der

ZIPA zahlreicher als die zwischen den Truppen Ian Smith's und der mosambikanischen Armee. Aber im Oktober 76 schrieb N. Ashford von der TIMES, der zu dieser Zeit durch Mosambik reiste; „Am beeindruckendsten über Maputo unter FRELIMO-Herrschaft ist, wie ruhig die Stadt erscheint. Berichte über die gewaltsame Errichtung einer Schrekkensherrschaft sind einfach nicht wahr. Es sind praktisch weder Polizei zu sehen, keine bewaffneten Soldaten in den Straßen, keine Straßenblockaden in der Nähe der Stadt." – Im November bereiste Rene Leford von der Le Monde und Tony Avirgan von AP, UPI und BBC die Gebiete, in denen nach der Sunday Times Gefechte zwischen ZIPA und FRELIMO stattfinden. Ihre Berichte bringen darüber überhaupt nichts. Offensichtlich gab es darüber nichts zu berichten, weil es nicht existierte. Die Sunday Times behauptet, ihr Korrespondent, Anthony Pearson, sei auch in Mosambik gewesen. Aber die mosambikanische Regierung weiß nichts von seiner Einreise.

Fazit: Von Mosambik gibt es zwei Arten von Berichterstattung: die eine von Journalisten, die tatsächlich in Mosambik waren und positiv berichten; die andere von Journalisten, die nicht da waren. Die gezielten Falschmeldungen über Mosambik kommen zum großen Teil aus der Feder von Leuten, die in Südafrika oder Rhodesien leben, und die durch ihre Falschmeldungen eine Destabilisierung Mosambiks erreichen wollen. Daran beteiligen sich auch solche Afrikaner, die mit den alten Kolonialregimes zusammengearbeitet haben und durch die Unabhängigkeitsbewegungen ihre alten Privilegien verloren haben. Diese Kollaborateure des Kolonialismus werden kräftig unterstützt von Südafrika, dem illegalen Siedlerregime in Rhodesien, das der FUMO eine Radiostation „Freies Afrika" zur Verfügung stellte, wie natürlich auch von der deutsch-südafrikanischen Freundschaftsgesellschaft. So schreiben die Freunde des rassistischen Minderheitsregimes in der „Afrika-Post" vom Januar 1977;

> „Wie die französische Presse meldet, haben sich schwarzafrikanische Oppositionsparteien zu einer neuen Organisation zusammengeschlossen, die in Paris, 9, Rue Fourcroy, ein Büro aufgemacht hat. Das zentrale Anliegen dieser Gruppe ist es, die afrikanischen Staaten und Völker von allen Formen der Diktatur zu befreien...
>
> ...man kann dieser Organisation, die sich für die wehrlosen, von schwarzen Minderheiten vergewaltigten afrikanischen Volksmassen einsetzt, nur Erfolg wünschen."

Die FRELIMO hat zur Pressekampagne gegen Mosambik im Dezember Stellung genommen. Siehe Informationsdienst Südliches Afrika Nr.1/2, 1977, S.48-49

III. FRELIMO-Kongreß

Vom 3. bis 7. Februar fand der schon länger angekündigte Kongreß der Befreiungsfront Mosambiks, FRELIMO, statt, als erster Kongreß nach der Loslösung des Landes von portugiesischer Kolonialherrschaft. Vor 200 Delegierten und Beobachtern freundlicher Staaten wurde die Entwicklung der VR Mosambik in Richtung einer sozialistischen Umgestaltung der sozio-ökonomischen und politischen Strukturen des Landes diskutiert. Prominente Beobachter und Sprecher auf dem Kongreß waren die Repräsentanten der Patriotischen Front von Zimbabwe, R.Mugabe und J.Nkomo, deren Hinweis auf die Notwendigkeit einer völligen Befreiung Zimbabwes von kolonialer wie auch neo-kolonialer Fremdherrschaft mit Ovationen begrüßt wurde. Erst in der nächsten Nummer des Info werden wir Dokumente des Kongresses vorlegen können. Hier soll nur auf einige zentrale Themen hingewiesen werden, die in Form von Thesen schon seit einigen Monaten vorher auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens diskutiert worden waren.

Aufbauend auf der geschichtlichen Entwicklung des Befreiungskampfes, der ideologischen Konflikte innerhalb der Bewegung und der Festlegung der FRELIMO auf eine sozial-revolutionäre Linie, gegen eine national- oder klein-bürgerliche Lösung, soll der Dritte Kongreß dazu dienen, eine Partei als "Vorhut des Bündnisses von Arbeitern und Bauern, geleitet von der wissenschaftlichen Ideologie des Proletariats" zu gründen. Es wird dabei wiederholt betont, daß eine solche Partei nicht eine bloße Umwandlung der Befreiungsfront in ein neues organisatorisches Gewandt bedeutet, sondern daß es hier um die Schaffung einer neuen Partei geht, deren Arbeit weiterhin durch die breite 'patriotische, anti-imperialistische Volksfront' begleitet und bestärkt werden soll. Während sich also die politische Führung der Arbeiter-Bauern Koalition in den Parteikomitees der FRELIMO organisiert, ist ein verstärkter Ausbau der demokratischen Basisorganisationen ('grupos dinamizadores') an Arbeits- Wohn- und Ausbildungsstätten, quasi als embryonale Parteigruppen vorgesehen. Diese Mobilisierung verlief zunächst relativ unstrukturiert und problemreich, teils bedingt durch die widersprüchliche Aufgabenstellung als Vertretung der gleichzeitigen Interessen von Management und Arbeiterschaft, teils durch unterschiedliche Motivation und Interessen der Gruppenmitglieder selbst. Seit dem Herbst 76 wird die Gründung von Produktionsräten in Industrieunternehmen und Dienstleistungsstätten vorangetrieben, von denen man sich eine Steigerung der Produktivität in diesem durch Krieg und Sabotage zerstörten Land erhofft.

Die Schaffung einer Arbeiter- und Bauern-Partei war seit 1970 diskutiert und seit 73 durch die Bildung einzelner Parteikomitees und die Gründung einer Parteischule zur Kaderausbildung Anfang 74 angebahnt worden. In der jetzigen als Volksdemokratie bestimmten Phase ist eine solche Straffung des organisatorischen und ideologischen Rahmens für den Aufbau sozialistischer Strukturen unerläßlich. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei der Beziehung Partei-Staat und dem Problem der Umfunktionierung kolonialer Staatsstrukturen zur Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung in Strukturen zum Dienste des Volkes geschenkt werden.

Dabei kommt in Mosambik der verschärften Bekämpfung durch Isolierung der lokalen Mittel- und Kleinbourgeoisie immer mehr Bedeutung zu, nachdem die koloniale Bourgeoisie zum großen Teil verdrängt werden konnte.

Für diese Stufe der Entwicklung sind folgende Aufgaben indentifiziert worden: die Macht der Arbeiterklasse zu stärken, die ideologische Einheit zu festigen, die Spuren der feudalen und kolonialkapitalistischen Gesellschaft, besonders die der Untedrückung der Frau und Jugend zu vernichten, definitiv mit der Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt zu brechen, die wirtschaftliche Entwicklung durch eine enge Verbindung von Landwirtschaft und Industrie voranzutreiben, und die Entwicklung von Wissenschaft und Kultur in den Dienst der breiten Bevölkerung zu stellen.

ZIMBABWE

Die Jugend im südlichen Afrika will Freiheit

von
Friedrich König

Gaborone (Botswana), 15. Februar 1977 (lwi) – Das Drama der 384 Schüler und Schülerinnen der lutherischen Oberschule von Manama (Zimbabwe), die am 30. Januar 1977 unter dem Schutz einer Gruppe bewaffneter Männer aus dem grenznahen Kampfgebiet zwischen Widerstandskommandos und rhodesischen Truppen zu Fuß die Grenze nach Botswana überquert und in Francistown erstes, vorübergehendes Asyl gefunden hatten, beschäftigte eingehend die Gesamtafrikanische Lutherische Regionalkonsultation, die vom 7. bis 16. Februar 1977 in Gaborone, der Hauptstadt Botswanas, tagt.

Die große Mehrheit dieser jugendlichen Oberschüler aus Manama will erst nach Zimbabwe zurückkehren, wenn dort politische Verhältnisse geschaffen sind, die den Schwarzen dieses Landes gleiche Rechte und ein Leben ohne Verfolgung garantieren. Die Schüler waren nicht ganz zwei Wochen im Auffanglager für Flüchtlinge in Francistown untergebracht, das zu der Zeit aber so überfüllt war, daß die jungen Leute dort nicht bleiben konnten. Ein längerer Aufenthalt in diesem Grenzlager war noch dazu aus Sicherheitsgründen nicht ratsam. Die meisten dieser Schüler haben inzwischen in Sambia eine sichere Bleibe gefunden.

Die lutherischen Oberschüler aus Manama, die aus freien Stücken das Exil wählten, haben die Öffentlichkeit erneut auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß in Botswana in wachsender Zahl Schüler und Studenten aus Zimbabwe, der Republik Südafrika und aus Namibia Freiheit von Diskriminierung und Zuflucht vor Schikanen und Verfolgungen der „Sicherheitsorgane" der in diesen Ländern herrschenden weißen Minderheitsregime suchen. Diese aus den Nachbarstaaten über Botswana ins Exil gehenden Jugendlichen stellen Botswana, das zu den ärmsten Ländern der Welt gehört, und das auf einem Territorium von der Größe Frankreichs – das bis zur Hälfte von der Wüste Kalahari bedeckt ist – nur 750.000 Einwohner hat, vor schwere Probleme.

Die Gesamtafrikanische Lutherische Konsultation hat angesichts dieser Sachlage die Kirchen dieses Kontinents und den Lutherischen Weltbund aufgefordert, sich verstärkt geistlich und materiell dieser Flüchtlinge und Exilierten in Afrika vor allem aber aus dem südlichen Afrika anzunehmen. Es soll unter anderem dafür gesorgt werden, daß geflohene Schüler und Studenten ihre Ausbildung im Exil fortsetzen können. Bei der Erfüllung dieses Auftrags werden der Abteilung Weltdienst des LWB wieder wichtige Aufgaben zufallen. Der lutherische Weltdienst leistet seit vielen Jahren erfolgreiche Betreuungsarbeit für Flüchtlinge und Exilierte vor allem in Afrika, aber auch im Nahen Osten, in Hongkong und in Südostasien.

Die Gesamtafrikanische Lutherische Regionalkonsultation hat der Regierung von Botswana für die Art und Weise gedankt, mit der sie die jungen Menschen aufnimmt, die aus den von Weißen beherrschten Nachbarstaaten nach Botswana kommen und hier Schutz vor Verfolgung suchen. Die in Gaborone versammelten schwarzen und weißen afrikanischen Kirchenvertreter erkannten zugleich die Verpflichtung, die den Kirchen mit diesen aus ihrer normalen Entwicklung durch die politische Zuspitzung im eigenen Land herausgerissenen Jugendlichen erwächst. Es ist damit zu rechnen, daß in der kommenden Zeit Hunderte, wahrscheinlich sogar Tausende von jungen Schwarzen im Exil des entschlossenen Beistandes auch der Kirchen aus aller Welt bedürfen, um die Existenz dieser Vertriebenen zu sichern, und um ihnen die Fortsetzung der unterbrochenen Ausbildung im Asylland zu ermöglichen. Daß dieser Ruf an das soziale Gewissen der Christen gehört wird, zeigt die spontane Reaktion der Gesamtafrikanischen Lutherischen Regionalkonsultation in Gaborone, die die Sache der Flüchtlinge und Exilierten in Afrika zu ihrer eigenen gemacht hat.

Eine Gruppe von Teilnehmern an dieser Tagung hat am 10. Februar 1977 in Francistown, das nur zehn Kilometer in Sichtweite von der Grenze Zimbabwes entfernt ist, Schüler aus Manama besucht, die am 30. Januar nach Botswana gekommen waren. Die Gruppe wurde geleitet von dem Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Rhodesien, Jonas C. Shiri (Bulawayo), dem die Oberschule in Manama untersteht. Der Entschluß des Bischofs, die Mitglieder seiner Schule in Francistown zu besuchen, hatte in erster Linie seelsorgerliche Gründe. Bischof Shiri weiß sich den jugendlichen Mitgliedern seiner Kirche verpflichtet, die er, wie er sagte, als ihr „geistlicher Vater" aufsuchte. Sein Entschluß zu diesem Besuch wurde auch mit dem Christenrat Rhodesiens erörtert.

Der Gruppe gehörten weiter an: Dekan Paul Robinson (Gaborone), von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Botswana; Dr. Paul Wee (New York), Generalsekretär des US-Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes; Brian W. Neldner (Genf), Programmreferent der Abteilung Weltdienst des Lutherischen Weltbundes; Friedrich König (Genf), Redakteur des Informationsbüros des Lutherischen Weltbundes.

Den Besuchern wurde von der Regierung Botswanas und den Behörden in Francistown jede erdenkliche Hilfe zur Erfüllung ihrer Aufgabe zuteil. Von den 384 Schülerinnen und Schülern, die nach Botswana gekommen waren, hatten am 4. Februar 1977 nur 51 bei einer von der rhodesischen Regierung mit acht Bussen und starkem Presseeinsatz veranstalteten demonstrativen Rückführungsaktion der Aufforderung ihrer Angehörigen Folge geleistet, nach Zimbabwe zurückzukommen. An dieser Aktion nahmen als passive Beobachter lutherische Pastoren teil, die Verwandte unter den ins Exil gegangenen Schulangehörigen haben.

Der Persönliche Referent im Büro des Präsidenten von Botswana, Charles Tiboni, erklärte in einem Rundfunkinterview, daß in über vierzig Fällen der Rückkehr von Jugendlichen aus Manama von Francistown nach Zimbabwe elterliche Drohungen den Ausschlag gegeben hätten. In einem Fall hätten Eltern sogar einem Kind angedroht, es mit einem bösen Zauber zu belegen, falls es nicht mit nach Hause käme. Tiboni kritisierte die äußerst aktive Rolle, die der weiße römisch-katholische Pater Sommerrise Edmar bei der rhodesischen Aktion gespielt habe. Der Sprecher des botswanischen Präsidenten bezeichnete das Verhalten von Pater

Edmar als „unklar", und er wies dessen Behauptung zurück, die Regierung von Botswana habe diejenigen Jugendlichen aus Manama, die sich zum Bleiben entschlossen hatten, eingeschüchtert. Weißen Journalisten, die bei der Aktion in Francistown dabei waren, wirft die in Gaborone erscheinende offiziöse Zeitung „Daily News" vor, sie hätten versucht, durch einseitige Recherchen die Theorie der rhodesischen Regierung zu erhärten, daß die Oberschüler aus Manama entführt worden seien.

Die lutherische Gruppe sah am 10. Februar neununddreißig der noch in Francistown verbliebenen restlichen Schüler und Schülerinnen, von denen zwei – ein Mädchen und ein Junge – während der Begegnung aus freien Stücken den Wunsch äußerten, zu ihren Familien nach Zimbabwe zurückzukehren. Ihrer Bitte wurde seitens der botswanischen Behörden unverzüglich wie in den vorhergegangenen Fällen entsprochen.

Die Besuchergruppe erfuhr während ihres Aufenthaltes in Francistwon von den botswanischen örtlichen Behörden, daß am 9. Februar drei der Jugendlichen aus Manama sich entschlossen hatten, nach Zimbabwe zurückzukehren. Sie wurden mit der Bahn zur nächsten Grenzstation gebracht und dort auf normalem Wege den rhodesischen Grenzbeamten zur Weiterleitung zu ihren Familien übergeben.

Bischof Shiri gab bei der Begegnung mit den jungen Mitgliedern seiner Kirche, die auf dem Wege ins Exil waren, der bleibenden Verbundenheit seiner Kirche auch mit diesen ihren Mitgliedern Ausdruck. Nachdem er sich davon überzeugt hatte, daß die Jugendlichen sich ohne Zwang entschlossen haben, im Ausland zu bleiben, sagte er, die Kirche respektiere ihre Haltung. Der lutherische Bischof sang mit der Schülergruppe in einer kurzen Andacht ein afrikanisches Kirchenlied, verlas den 121. Psalm (Der treue Hüter Israels) – „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen, von denen mir Hilfe kommt", und er sprach für die scheidenden jungen Menschen ein Fürbittegebet, in dem er sie dem Schutz Gottes anbefahl.

In der Begegnung mit den ärmlich gekleideten, aber wohlversorgt und sauber wirkenden Schülern und Schülerinnen aus Manama und den botswanischen Regierungsbeamten in Francistown wurde deutlich, daß die jungen Leute jetzt auf keinen Fall nach Zimbabwe zurück wollen. Sie gaben aber auch zu verstehen, daß sie ihre Ausbildung fortsetzen wollen und zeigten sich erfreut über das lebhafte Interesse, das ihr Entschluß und ihr Protest gegen das Smith-Regime gerade bei jungen Menschen in aller Welt gefunden hat. Man konnte zugleich erkennen, daß nicht Abenteuerlust oder Leichtsinn diese Jugendlichen dazu getrieben haben, ihre Heimat und den schützenden Bereich der Familie zu verlassen, sondern die Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Stellvertretend für die anderen mag hier einer der vierzehnjährigen Jungen sprechen, den seine Mutter während der rhodesischen Rückführungsaktion mit Tränen in den Augen anflehte, nach Hause zu kommen. Er stellte dieser um das Wohl ihres Sohnes besorgten Frau nur eine Frage: „Mutter, wo ist unser Vater?" Diese antwortete zunächst verwundert: „Aber das weißt Du doch, er ist politischer Gefangener." Worauf ihr der Sohn erwiderte: „Ich folge seinem Beispiel nach, aber ich werde einen anderen Weg gehen."

Die Besuchergruppe überzeugte sich zugleich davon, daß denjenigen Jugendlichen aus Manama, die schließlich, aus welchen Gründen auch immer, doch lieber zu ihren Familien zurückkehren wollten, die ungehinderte Möglichkeit dazu von den botswanischen Behörden gegeben wurde. Man muß hoffen, daß die Rückkehrer nicht von der rhodesischen Sicherheitspolizei deren berüchtigten Verhören verschärften Grades unterworfen werden, um sie gefügig und etwa bereit zu falschen Aussagen in dieser Sache zu machen, die, von welcher Seite auch immer man sie betrachten mag, ein grelles Licht auf die trübe Wirklichkeit des rhodesischen Smith-Regimes wirft, dessen Tage ohne Zweifel gezählt sind, daß sich aber, wie alle untergehenden Unrechtssysteme nicht scheut, unschuldige Opfer in den tödlichen Sog seiner Selbstzerstörung zu ziehen. Wer immer sich aus dieser „Götterdämmerung" der Apartheid retten kann, der verdient die ganze Hilfe der Christen in aller Welt, denn die Zukunft Zimbabwes und der anderen Staaten des südlichen Afrikas unter weißer Herrschaft wird von den jungen Menschen bestimmt werden, die heute im Exil sich auf den Tag der Befreiung ihres Landes vorbereiten.

Aus: LWB-Pressedienst 10/77 (15.2.1977), S.3

Mord an unschuldigen Missionaren in Zimbabwe

Wieder einmal hat der Tod von europäischen Missionaren in Rhodesien verdeutlicht, daß die Auseinandersetzung um die zukünftige völkerrechtliche Situation des Landes immer schärfere Formen angenommen hat. Seit der Intensivierung des Guerilla-Kampfes durch die afrikanische Nationalisten-Organisation ZANU im Jahre 1972 wird das rhodesische Informationsministerium nicht müde, der Weltöffentlichkeit bekannt zu machen, daß die ZANU-Guerillas in ihrem Kampf um die Macht in der britischen Kolonie auch nicht vor der Ermordung von Zivilisten zurückschrecken. 1973 veröffentlichte Salisbury eine umfangreich bebil-



Rhodesisches Massaker: Stets den Freiheitskämpfern in die Schuhe geschoben.

derte Dokumentation mit dem ansprechenden Titel 'Anatomy of Terror', in dem das Smith-Regime den Nachweis von zahllosen Greueltaten der 'Terroristen' zu führen versuchte. Die katholische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der rhodesischen Bischöfe untersuchte, beunruhigt durch Meldungen aus der Bevölkerung, wonach Regierungseinheiten und nicht Guerilla-Einheiten Zivilisten ermordeten, eine Vielzahl der Fälle und kam in zwei Dokumentationen (1) zu dem Ergebnis, daß rhodesische Sicherheitstruppen – verkleidet als Freischärler – Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung verübt hatten. Die Antwort der rhodesischen Regierung auf diese Herausforderung ließ nicht auf sich warten: der katholische Bischof Lamont wurde im Oktober 1976 verurteilt, weil

er angeblich Informationen über 'terroristische Aktivitäten' nicht weitergegeben hatte. Seither ist die Arbeit der katholischen Kommission erheblich beeinträchtigt. Außerdem sind seit Ende Oktober 1976 auch Missionare und Geistliche im Alter zwischen 18 und 48 Jahren wehrpflichtig.

Als Anfang Dezember 1976 drei deutsche Missionsangehörige erschossen wurden, gestaltete sich die Untersuchung des Falles sehr schwierig: Salisbury wußte zu berichten, ZANU-Guerillas seien verantwortlich, während die in Genf verhandelnden Nationalisten-Führer der Patriotischen Front aus ZANU und ZAPU (Mugabe und Nkomo) erklärten, der Mord sei das Werk von rhodesischen Sicherheitstruppen, die versuchten, verkleidet als Guerillas, die Bevölkerung einzuschüchtern, gegen die Befreiungsbewegung aufzubringen und insbesondere die katholische Kirche auf Regierungsseite zu ziehen. Die angesehene Londoner Zeitung Times bezeichnete diese Tat als nicht typisch für die Guerillas. Die katholische Kommission bezichtigte in dieser Angelegenheit die Befreiungsorganisationen, jetzt auch gegen ihr eigenes Personal vorzugehen, konnte dafür aber keine Belege beibringen. Ungeklärt bei dieser Aktion blieb die Rolle einer direkt dem rhodesischen Premier Smith unterstellten Spezialtruppe, den mindestens 1.200 Mann starken aus Weißen und Schwarzen bestehenden Selous Scouts, einer für die Guerilla-Bekämpfung ausgebildeten Kommandotruppe aus Freiwilligen, die zum Teil zu Pferde in unwegsamem Gelände operieren und alle Vollmachten und Mittel haben, die sie für nötig befinden, um die Guerillas zu verfolgen. Diese Truppe dürfte zumindest an verschiedenen Aktionen gegen die Bevölkerung nicht unbeteiligt sein, wobei sie sich durch indirekte Operationen auszeichnet. Daß die Kirchen in Rhodesien im Schußfeld zu stehen scheinen, wurde ebenfalls deutlich, als Mitte Dezember 1976 rhodesische Sicherheitstruppen einen Pfarrer der vereinigten Methodisten-Kirche erschossen.

Daß die Untersuchung der Wahrheit im Falle der Ermordung ausländischer Missionare schwierig ist, zeigt sich daran, daß Polizei und Informationsministerium mit greulichen Details sehr schnell für die Nachrichtenagenturen bei der Hand sind, während die Arbeit der katholischen Kommission Gerechtigkeit und Frieden stark behindert wird. Auf alle Fälle bestimmt Salisbury, wer in welchem Umfang Untersuchungen über solche Ereignisse anstellen darf, die der politischen Linie des Smith-Regimes sehr entsprechen, zumal mit ihnen belegt werden soll, daß die afrikanischen Befreiungskämpfer blutrünstige, verantwortungslose Mörder sind.

zu (1)
Zitat: „Die Regierungspropaganda veröffentlicht Greueltaten, die angeblich von Terroristen begangen wurden, als Faktum, ignoriert aber die Grausamkeit, mit der offenbar die Sicherheitsstreitkräfte vorgehen. Die rhodesischen Medien sind der Zensur unterworfen, Nachrichten werden verzerrt und einseitig dargestellt. Das Rechtssystem, das gegenwärtig in Rhodesien in Kraft ist, gewährt unschuldigen Afrikanern, die Opfer von Mißhandlungen durch die Sicherheitskräfte werden, praktisch weder Gehör noch Entschädigung."
Zitat aus einer der beiden Publikationen: 'Man in the Middle' (Oktober 1975) und 'Civil War in Rhodesia' (Oktober 1976)

EKD — Südafrika

Die Überlegungen des Vizepräsidenten der Kirchenkanzlei der EKD, Erwin Wilkens, zum Fürbittegebet für das südliche Afrika.

(Auszug)

1. Der Ruf zur Fürbitte kommt einer verantwortlichen Beurteilung der Szene in Südafrika zugute. Allem voran ist zu sagen, daß die Zeit drängt und die Entwicklung unkontrollierbar zu werden droht. Es ist kein Zweifel, daß die Weißen in Südafrika und die westlichen Industrieländer für die jetzige Situation die Hauptverantwortung tragen. Sie haben viel zu lange an einer unhaltbaren Situation festgehalten. Im besten Falle schwankte man außerhalb Afrikas zwischen Sympathie mit den Schwarzen (auch mit den Radikalen) und Indifferentismus. So wurden manche Chancen für eine Politik des Ausgleichs vertan.
2. Dennoch bleibt es ein Armutszeugnis für die Christenheit, daß vielen heute nichts Besseres einfällt, als daß Gewaltanwendung unausweichlich ist und daß die militanten Befreiungsorganisationen direkt oder indirekt unterstützt werden müssen, um die Sympathie der Schwarzen nicht zu verlieren. Wer für Verständigung, Versöhnung und gewaltlose Veränderung Fürbitte übt, darf diese Linie auch nicht in seinem politischen Handeln und in seinen politischen Ratschlägen verlassen.
3. Die Erfahrung der letzten Jahre darf nicht verdrängt werden, daß das Ergebnis der Befreiung durch Gewalt oft nur einen Herrschaftswechsel darstellt, der altes Unrecht durch neues ersetzt. Die Lehre vom gerechten Krieg und die Erkenntnisse zur Frage der Revolutionen haben wenigstens daran festgehalten bzw. dieses neu verdeutlicht, daß die Frage nach der Rechtmäßigkeit von Gewaltanwendung von der Zielsetzung und von der Erreichbarkeit der Ziele nicht gelöst werden kann, von der Mittel-Zweck-Relation gar nicht zu reden. Dieses mißachtet zu haben, gehört zu den elementaren Versäumnissen der Propagandisten einer Unterstützung von Befreiungsorganisationen. „Ein Machtwechsel rechtfertigt sich auch in Afrika nur durch das, was er bewirkt" (Ortlieb). Die Beispiele Angola und Mozambique sind auch für die Christenheit ein teures Lehrgeld.
4. Eine kirchliche Mitwirkung an der Weiterentwicklung im südlichen Afrika macht eine genaue und nach allen Seiten hin offene Analyse erforderlich. Hierzu seien folgende Faktoren genannt:

   a) Die „Befreiung" durch Gewalt hat sich durch ihre Ergebnisse diskreditiert. Es gibt nur politische Alternativen, wenn (jedenfalls im südlichen Afrika) jahrelange blutige Auseinandersetzungen vermieden werden sollen.
   b) Noch so eindrucksvolle rigorose ethische Postulate können die Suche nach dem politisch Gebote-

nen und Möglichen nicht ersetzen. Ethischer Rigorismus wird selten oder nie einer komplizierten Problemlage gerecht.

c) Die gegenwärtigen Probleme im südlichen Afrika haben die Grenzen bloß regionaler Bedeutung längst überschritten, die Weltpolitik hat sich ihrer bemächtigt. Die Sowjetunion sieht in den südafrikanischen Vorgängen nationale Befreiungskriege, die nach den Grundsätzen der „friedlichen Koexistenz" als Stufen zur Weltrevolution unterstützt werden müssen.

d) Zwischen den Entwicklungen in Rhodesien und Namibia einerseits und in der Republik Südafrika andererseits muß unterschieden werden. In Rhodesien und Namibia hat das Konzept eines gemischtrassigen Staatswesens, in dem auch eine weiße Minderheit einen Platz findet, noch einige Aussicht auf Erfolg, zumal auch nur auf diese Weise die Wirtschaft vor unermeßlichen Schäden (s. Angola und Mozambique) bewahrt werden kann. Dieser Erfolg kann aber nur im Wege von Kompromissen erreicht werden. In der Republik Südafrika ist der Weg zu einem gemischtrassigen Staatswesen offenbar verbaut. Die volle Verwirklichung der individuellen, sozialen und politischen Menschenrechte für die Schwarzen und Farbigen bei gleichzeitiger Rücksichtnahme auf die Lebensinteressen der Weißen ist aller Voraussicht nach ohne die Verwirklichung eines der weitgehenden Teilungspläne nicht möglich. Dies erfordert aber einen langen Prozeß über viele Stufen, für den große Geduld erforderlich ist. Um diese Geduld den Schwarzen und Farbigen zumuten zu können, bedarf es seitens der Weißen einer langen Kette spürbarer Akte des guten Willens, von der Erarbeitung eines realistischen Teilungskonzeptes ganz abgesehen.

e) Die Dinge im südlichen Afrika sind in Fluß geraten. Daher ist jetzt nicht die Stunde des Rigorismus und der weiteren Anheizung einer Konfrontation. Diese Phase erfordert Besonnenheit, Geduld und Bereitschaft zum Ausgleich.

5. Im südlichen Afrika geht es um elementare menschliche Lebensbedingungen und zugleich um große Politik im Weltformat. Die Kirche muß sich fragen, wieviel sie sich an Mitwirkung an der großen Politik zutraut. Die Erfahrung lehrt, daß hier die Erwartungen meist zu hoch geschraubt werden. Daher sollte sich die Kirche auf einige wenige ihr gemäße Tätigkeitsfelder für die Förderung der afrikanischen Entwicklung beschränken. Die Haltung der Fürbitte läßt folgende Wege als besonders angemessen scheinen:
   a) Mitarbeit an gerechten Informationen;
   b) Aufmerksame Beobachtung der Behandlung von Menschen und entsprechende Reaktionen;
   c) Mitarbeit an einem Klima der Verständigung;
   d) Verstärkte Kommunikation und Kooperation mit den Kirchen, besonders in Namibia und in der Republik Südafrika."

Zur Südafrika-Politik der EKD

Kritische Anmerkungen

Wolfgang Schweitzer

Dr. E. Wilkens schreibt „zunächst, daß eine Fürbitte auf keinen Fall zu einer „Parteinahme" oder gar zu einer „politischen Aktion" werden dürfe. Anschließend geht E. Wilkens auf die aktuelle Lage im südlichen Afrika ein und kommt dabei zu Urteilen, die bis in Einzelformulierungen hinein einem Beitrag von J. Blenck und K. von der Ropp in der Zeitschrift „Außenpolitik" (3/76) entsprechen; auch dieser Beitrag wurde von der Kirchenkanzlei den Gliedkirchen der EKD zugestellt, aber wohl meist nicht weitergeleitet. Die Verfasser werfen den „weißafrikanischen Regierungen" vor, sie hätten „allzu lange an unhaltbaren Positionen festgehalten" (was immer das heißen mag; „Position" klang wohl schon zu parteiisch, als seien diese Positionen ungerecht!). In beiden Texten heißt es, in Angola sei nur „altes Unrecht durch neues ersetzt". Und vor allem folgt Wilkens – ohne über andere Stimmen aus Afrika zu referieren – dem Vorschlag, „weitgehende Teilungspläne" für Südafrika in Aussicht zu nehmen. In der Zeitschrift „Außenpolitik" ist dabei der Hauptgesichtspunkt, daß nur auf diese Weise die Interessen der Weißen und der „westlichen Welt" dauerhaft gesichert werden können.....

Die Frage nach der Schuld der Weißen wird übergangen

Die „rassischen Gegensätze" und „Schranken" erscheinen wie vom Himmel gefallene Naturereignisse, die man nun irgendwie friedlich „überwinden" soll. Zwar heißt es in den „Überlegungen", daß „die Weißen in Südafrika und die westlichen Industrieländer für die jetzige Situation die Hauptverantwortung tragen". Aber diese „Hauptverantwortung" soll ihnen offensichtlich auch nicht genommen werden.....

Kann die Fürbitte glaubhaft sein, wenn nirgends, auch nicht in den begleitenden „Überlegungen", von der unzweifelbaren eigenen Mitschuld unseres Volkes insbesondere an der Lage in Namibia, aber auch an der in der Republik Südafrika die Rede ist?

Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit – und die ungerechte Gewalt der Weißen

... Wie müssen ... christliche „Überlegungen" über das südliche Afrika erscheinen, in denen der Blick konsequent abgelenkt wird von der ungerechten Ausbeutung der Arbeitskraft der Schwarzen, der damit verbundenen Zerreißung ihrer Familien (die jeder christlichen Familien-Ethik Hohn spricht), dem brutalen Gesetz gegen den Terrorismus, auf Grund dessen Verdächtige 180 Tage ohne Kontakt mit der Außenwelt und ohne Richterspruch festgehalten werden können? Während uns Listen von verhafteten Christen erreichen, ist die einzige Stelle, in der in den „Überlegungen" von den Menschenrechten die Rede ist, der folgende unglaubliche Satz: „Die volle Verwirklichung der individuellen, sozialen und politischen Menschenrechte für die Schwarzen und Farbigen bei gleichzeitiger Rücksichtnahme auf die Lebensinteressen der Weißen ist aller Voraussicht nach ohne die Verwirklichung eines der weitgehenden Teilungspläne nicht möglich." Steht wirklich nur noch die „volle" Verwirklichung der „Menschenrechte" aus? Daß andererseits die Weißen in ihren Menschenrechten bedroht seien,

wagt vorläufig noch niemand zu behaupten. Um in dieser Perspektive „Objektivität" und damit Gleichgewicht der Argumente zu erreichen, genügt es anscheinend, auf die „Lebensinteressen" der Weißen hinzuweisen!...

Zunächst geht es buchstäblich um das Überleben der Schwarzen und Farbigen. Da das in den „Überlegungen" der Kirchenkanzlei nicht ausgesprochen wurde, ist es auch kein Wunder, daß in den Gebetstexten das Wort „Gerechtigkeit" genauso fehlt wie das Wort „Freiheit".

Bereits im ersten Teil der „Überlegungen" hat Wilkens postuliert, daß das Fürbittegebet nur ein Gebet um Frieden sein kann. Zweifellos muß Frieden das letzte Ziel sein, und es ist das Vorrecht der Christen, immer wieder daran erinnern und zur Versöhnung rufen zu dürfen. Aber nun läßt Wilkens den zweiten Teil (die Analyse der Lage in Südafrika) mit dem wunderlichen Satz beginnen: „Der Ruf zur Fürbitte kommt einer verantwortlichen Beurteilung der Szene in Südafrika zugute". Das heißt doch wohl: alle anderen Fragestellungen werden der Frage nach dem Frieden untergeordnet, weil sie angeblich die einzige ist, die in der Fürbitte aktiviert werden kann. Nun kann man nach nichts anderm mehr fragen als nach Frieden – und wenn es der Frieden von Vorster wäre! Das ist eine sehr folgenschwere, rigorose Eingrenzung der Fragestellungen.

Nun kann nämlich die schon seit sechs Jahren im Ökumenischen Rat der Kirchen (oder auch: im Gegensatz zu ihm) geführte Diskussion über das Anti-Rassismus-Programm des Rates mit wenigen Worten beiseite geschoben werden – so als müßte man sie nicht weiter ernst nehmen. Nach Wilkens „bleibt es ein Armutszeugnis für die Christenheit, daß vielen heute nichts Besseres einfällt, als daß Gewaltanwendung unausweichlich ist und daß die militanten Befreiungsorganisationen direkt oder indirekt unterstützt werden müssen, um die Sympathie der Schwarzen nicht zu verlieren" (Sympathie, nicht Gerechtigkeit ist das Problem!) „Wer für Verständigung, Versöhnung und gewaltlose Veränderung Fürbitte übt, darf diese Linie auch nicht in seinem politischen Handeln und in seinen politischen Ratschlägen verlassen." Wie einfach ist doch alles auf einmal geworden – und wie töricht waren die, die sich hier etwas mehr Gedanken machten!

Nicht nur derartige Fürbitte-Theologie, nach der für Freiheit und Gerechtigkeit nicht mehr ausdrücklich gebetet werden kann, wird ins Feld geführt. Auch die geschichtlichen Erfahrungen sollen diese „Überlegungen" unterstützen. Denn es hat sich ja gezeigt, „daß das Ergebnis der Befreiung durch Gewalt oft nur einen Herrschaftswechsel darstellt, der altes Unrecht durch neues ersetzt" (s. oben). ..Die Beispiele Angola und Mosambik sind auch für die Christenheit ein teures Lehrgeld" gewesen. Im Sinne des in der Dritten Welt hoffnungslos veralteten Ost-West-Klischees soll damit suggeriert werden, daß es für die Schwarzen in Angola und Mosambik im Grunde doch wohl schlechter und nicht besser wurde, seit die Portugiesen dort die Macht verloren...

Aber was folgt daraus für uns, wenn wir uns um die „Lehren" aus Angola und Mosambik bemühen? Hat unsere Regierung sich in dieser Frage richtig verhalten? Wie steht es mit der jahrelangen Unterstützung des damaligen Portugal – bis hin zur Abgabe von Militärflugzeugen, die dann in Afrika eingesetzt wurden? Was hat die Evangelische Kirche in Deutschland damals dazu gesagt – oder eben leider nicht gesagt?...

E. Wilkens sagt richtig: Ethischer Rigorismus wird selten oder nie einer komplizierten Problemlage gerecht." Aber dieser Satz muß gegen ihn gewandt werden. Mit einer Verabsolutierung des Friedensgedankens ist er einem ethischen Rigorismus verfallen. Eine solche Verabsolutierung führt solange nicht zu einer vernünftigen Politik, wie nicht zugleich nach Gerechtigkeit und Freiheit gefragt wird...

Die in den „Überlegungen" praktizierte Verabsolutierung des Friedenspostulats hat zur Folge, daß nur der Gewaltgebrauch der Befreiungsbewegungen denunziert wird, während die Gewaltherrschaft der Regierung in Pretoria (und vorläufig auch noch der in Salisbury) mit Schweigen übergangen wird. Sicher ist das Gewaltproblem besonders komplex; gerade deshalb muß man aber Verkürzungen der Art vermeiden, wie sie hier angestellt wurden. In klarem Zusammenhang mit der Diskussion um das Anti-Rassismus-Programm des Ökumenischen Rates hat die Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung in ihrem Memorandum: „Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft" (Gütersloh 1973) keineswegs nur das Gewaltmonopol des Staates verteidigt, sondern auch festgestellt: Zwar hat das „christliche Zeugnis des Leidens" theologisch den Vorrang. „Aber es kann sich auch nicht der Stellungsnahme in Situationen entziehen, in denen faktisch Gewaltanwendung geschieht, da Schweigen als Billigung von Gewaltanwendung gedeutet und die einseitige Empfehlung an die Unterdrückten zum Gewaltverzicht geradezu als Zustimmung zur Unterdrükkung aufgefaßt werden kann und überdies einer Gewöhnung an Gewalttätigkeit den Weg bereitet, der sich der Christ unter allen Umständen zu widersetzen hat." (S.30) Genau dieser Vorwurf muß diesen Texten gegenüber angemeldet werden....

Ein Ja zur Apartheids-Politik?

Das Schlimmste an den „Überlegungen" von E. Wilkens ist die bereits zitierte Aussage über die voraussichtliche „Verwirklichung eines der weitgehenden Teilungspläne" für Südafrika.....

Bleibt nur noch zu berichten, daß die Hauptversammlung der Vereinigten Evangelischen Mission in Wuppertal am 10. November 1976 mit 80 Stimmen bei 3 Enthaltungen gegen die hier besprochenen beiden Verlautbarungen der EKD protestiert hat. Da die VEM sehr enge Beziehungen zu den Kirchen in Namibia hat, wäre sie bereits durch schweigende Hinnahme dieser EKD-Texte in Zwielicht geraten. Der Bielefelder Arbeitskreis „Kirche und Gesellschaft" schloß sich am 24. November 1976 dem Protest der VEM mit einer „Stellungnahme" an, der im wesentlichen die hier vorgetragenen Erwägungen zugrunde lagen."

Quelle: Junge Kirche, Januar 1977, S. 11-23

"Mitverantwortung der Kirchen für das zukünftige Namibia"

Unter dieser Überschrift führte wieder einmal eine Evangelische Akademie, in diesem Fall die im Rheinland, und zwar in Verbindung mit dem landeskirchlichen Ausschuß für den Kirchlichen Entwicklungsdienst, eine Tagung durch: 3.-5. Februar 1977. Von den rund 80 Teilnehmern her gesehen, durchbrach sie in keiner Weise die Schallmauer der ohnehin mit dem südlichen Afrika Beschäftigten, von der erklärten Zielsetzung her sollte sie auch im innerkirchlichen Gedankenaustausch verharren. So als bestünde das gegenwärtige und das zukünftige Namibia in der Hauptsache nur aus (evangelisch-lutherischen) Christen, wenn auch verschiedener Hautfarbe und Rasse, ließen die Pla-

ner der Tagung nicht weniger als 7 Kirchenvertreter in Referaten und einer ausgedehnten Podiumsdiskussion zu Wort kommen: einen ehemaligen Missionsdirektor, zwei schwarze Pfarrer, einen schwarzen Schuldirektor im Kirchendienst, einen (seit 16 Monaten "aufgrund privater Berufung" mit nachträglicher Legitimierung durch das Kirchliche Außenamt der EKD in Windhoek tätigen) weißen Pfarrer, und erst ganz zum Schluß den Leiter des Ökumenischen Studienzentrums für das Südliche Afrika in Rotterdam, Dr.K.H.Dejung, und schließlich noch den Vorsitzenden der Kammer der EKD für das Südliche Afrika, Bischof (i.R.) Kurt Scharf, dessen ziemlich ausführlich geratener ad-hoc-Beitrag in einer Auflistung dessen bestand, was die EKD alles "getan" hat. Kein Wunder, daß es beim Vorsatz, die Tagung möge konkrete Ergebnisse erbringen, bleiben mußte. Konkret konnten die zwei Tage ("insgesamt 18 U.-Std.") schon darum nicht werden, weil die relevanten politischen Kräfte Namibias, die bei der künftigen politschen Gestaltung des Landes die entscheidende Rolle spielen werden, durch Abwesenheit glänzten. Um nicht, wie der Ausschußvorsitzende gefordert hatte, Vertreter der "Turnhalle" einladen zu müssen, hatte man auch auf die Anwesenheit der SWAPO verzichtet, damit bereits jedweden Realitätsbezug und jede Bereitschaft zur Übernahme von Mitverantwortung kirchlicherseits aufgebend. Eine so strukturierte Tagung verurteilt sich selbst zur Irrelevanz, bleibt im kirchlichen Ghetto. Daran konnte dann das, im übrigen scharf analysierende und deutliche Handlungsanweisungen für eine "mitverantwortliche" Kirche bietende Referat von K.H.Dejung, schon wegen seiner Stellung am Schluß der Tagung, nichts ändern. Geradezu unverantwortlich allerdings war und ist nach wie vor die Art und Weise, wie die deutsche Siedler-"kirche" (DELK) immer wieder – nicht nur bei solchen Tagungen, sondern durch das gesamte Handeln der EKD – aufgewertet und als eigenständdige Größe respektiert wird, immer noch, nach dem sie durch Jahre hin ihre Weigerung, an der Verantwortung für ein neues, nichtrassistisches Namibia teilzunehmen, bewiesen hat. Die EKD und ihre Gremien sowie die Veranstalter dieser Art kirchlicher Tagungen verhindern geradezu durch die Respektierung und Aufrechterhaltung rassisch separierter Kirchenstrukturen die Wahrnehmung echter Mitverantwortung der Kirche.

Auszüge aus der Rede eines SWANU-Vertreters auf der Tagung der Ev.Akademie in Mühlheim (3.-5.2.77)

Während die OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) und die UNO die SWAPO als die einzige legitime Sprecherin des Volkes von Namibia anerkennt, lassen Kirchenkreise in Deutschland und Namibia Sprecher zu Worte kommen, die diese diplomatischen Erfolge der SWAPO in Frage stellen, und die gleichzeitig ihre Bereitschaft ankündigen, mit den Vertretern der Turnhalle zu reden. Das politische Ziel solcher Veranstaltungen – auf denen Vertreter der SWAPO nicht auftreten können – ist wohl eindeutig die Schwächung der einzigen relevanten Befreiungsbewegung Namibias: der SWAPO, und die gleichzeitige Stärkung "pro-westlicher", kompromißbereiter Gruppen, die teils von der südafrikanischen Regierung, teils von der amerikanischen Regierung, teils von bundesdeutschen Interessengruppen gefeatured werden.

Es folgen Zitate aus der Rede des SWANU-Vertreters J.Tjozonogoro.

"Die Erfahrungen in unserem Land haben vielen von uns deutlich gemacht, darauf zu achten, daß keine einzelne Bewegung Erfolg haben wird, um völlig allein die illegale, rassistische und militärische Besatzungsmacht unseres Landes zu überwinden ... Wir sind zu der Folgerung gelangt, daß wir jeglicher Aktion von welcher Seite auch immer, die uns eine Regierung aufzwingen will ... mit großer Vorsicht begegnen werden ..."

"Für alle friedliebenden Gemeinschaften in der Welt ... gibt es keine andere Alternative, die Möglichkeit eines Blutbades im südlichen Afrika im allgemeinen und in Namibia im besonderen abzuwehren als folgende:

Die Durchführung einer internationalen Verfassungskonferenz, gewählt in Namibia, unter Teilnahme aller einflußreichen oppositionellen Befreiungsbewegungen; der pro-südafrikanischen Turnhallen-Konferenz; der UNO und Südafrika als de facto Regierung ..."

Der Kontext solcher Äußerungen wird deutlicher, wenn der Leser den Informationsdienst südliches Afrika Nr.1/2 1977, S.22-28 heranzieht: SWAPO nimmt Stellung zu Südafrikas Verfassungsentwurf. Counterinsurgency Pläne der USA.

Prof. Grohs: Mißerfolg der Industrie-Gespräche offen darlegen

EKD-Synodaler zur weiteren Verschiebung der Südafrika-Konsultation

Frankfurt a.M., 22. Februar 77 (epd). Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sollte nach Meinung von Prof. Dr. Gerhard Grohs (Mainz) offen darlegen, daß seine Südafrika-Gespräche mit der Industrie ohne Erfolg geblieben seien, und die Gründe für das Scheitern nennen. Grohs nahm damit in seiner Eigenschaft als Mitglied der EKD-Synode zu der Mitteilung des Außenamtes der EKD Stellung, daß die als Auswertungstagung der Firmengespräche geplante Konsultation zum Thema „Sozialethische Aspekte der wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika" erst im Herbst dieses Jahres stattfinden könne, da die Studie des Südafrikanischen Kirchenrates über Investitionen und ihre Auswirkungen in Südafrika nicht vor August 1977 fertig werde. Die Synode der EKD im November 1976 hatte beschlossen, daß die Konsultation möglichst bis zum 1. April durchgeführt werden solle. Den Antrag, die Ergebnisse der Firmengespräche vorzulegen, hatte damals Prof. Grohs eingebracht.

In seiner Stellungnahme verweist der Synodale darauf, daß auch der Britische Kirchenrat urprünglich geglaubt hatte, mit Hilfe reformwilliger Investoren bessere Arbeitsbedingungen und Löhne für schwarze Arbeiter in Südafrika durchsetzen zu können. In einem im Januar in der „Times" veröffentlichten Brief habe der Generalsekretär des Kirchenrates, Haay O. Morton, jedoch erklärt, wenn die Regierung in Südafrika ihren gegenwärtigen Kurs, der sich beispielsweise in der Verhaftung und Bannung von Personen ausdrücke, die schwarze Gewerkschaften aufbauen wollten, nicht ändere, müsse der Britische Kirchenrat den Aufruf, nicht mehr in Südafrika zu investieren, wieder in Erwägung ziehen. Damit habe der Generalsekretär des „sicher nicht unbesonnenen" Britischen Kirchenrates klar gesagt, was die EKD-Synode seit Jahren vergeblich vom Rat der EKD erwarte. Prof. Grohs ist Mitglied des Zentralausschusses des Weltkirchenrats und auch Vorsitzender der EKD-Kammer für Entwicklungsdienst.

Evangelikale Kritik an Apartheidsgegnern

von Hans-Ludwig Althaus

Die Polarisierung in der Beurteilung der südafrikanischen Scene hat sich längst, wie man weiß, auch auf die kirchlichen Lager in der Bundesrepublik verteilt. Grob kann man sagen, daß sich die theologisch und kirchlich rechts festgelegten konservativen Kreise in der Kritik am Unrechtssystem des Apartheidsregimes außerordentlich zurückhalten, vielmehr die patriarchalischen Verdienste der Weißen gegenüber den Schwarzen hervorheben – vergleichbar den Nachkriegsbewertungen der Nazis, die sich doch um Autobahnbau, Ruhe und Zucht verdient gemacht hätten, womit ihre historische positive Rolle, wie man meinte, als Gegengewicht gegen Greuelpropagaganda auszuwiegen sei. "Das Chaos kann ja so schlimm nicht sein", entgegnete mir kürzlich ein Diskutant, indem er auf den Zustrom von Wanderarbeitern nach Transvaal hinwies. Man täusche sich nicht, die Zahl der gegenüber Südafrika sich neutral verhaltenden oder das Unrecht nicht erkennenden Zeitgenossen ist nicht gering. Dies hat bekanntlich viele Gründe, u.a. jene Solidarität mit den Gleichfarbigen, den Weißen, die einer tiefverwurzelten Herrenmentalität und einem Kulturbewußtsein entstammt, das den Westler blind macht für Werte anderswo. – Wer sich über die Argumentationsweisen der Konservativen informieren will, müßte "Erneuerung und Abwehr" lesen, ein Blatt der Notgemeinschaft Evgl. Deutscher. Oder idea, den Informationsdienst der Evgl. Allianz. Oder Publikationen aus den Händen der Bewegung "Kein anderes Evangelium" und verwandter Gruppierungen, wie etwa das anti-ökumenische Buch "Reich Gottes oder Weltgemeinschaft?", herausgeb. von W.Künneth und P.Beyerhaus, Bad Liebenzell 1975, das klar heraustellt, wie unnachgiebig und verhärtet die praktischen, humanitären Aktionen der Ökumene, d.h. der Weltrat der Kirchen selbst bekämpft werden. Das Antirassismus-Progamm dient als willkommener Anlaß, die Befreiung Südafrikas von weißer Vorherrschaft durch Befreiungsbewegungn (Terroristen genannt) entweder überhaupt nicht zu erwähnen oder infragezustellen. Der Weltrat wird einer unerlaubten Potisierung bezichtigt; die Kirche solle sich nicht einmischen, fordern diese evangelikalen Kreise, die sich gerade durch solche geforderte politische Abstinenz ihres eminent politischen Handelns nicht bewußt sind oder nicht bewußt werden wollen. Ganz ähnlich Joh. Oberholzer, Pretoria, Präsident der Niederdeutschen Reformierten Kirche von Afrika: "An die Stelle des geistlichen Auftrags der Kirche ist eine politische Ideologie getreten. Es ist uns bereits 1960 klar geworden, daß das tatsächliche Ziel des Weltkirchenrates nicht der Zusammenhalt der Gläubigen ist, sondern daß er ganz auf diesseitig säkulare Dinge ausgerichtet ist" (idea 2/77, 10. Jan. 77, IV).

Von der Deutsch-Rhodesischen Gesellschaft, Sitz Reutlingen, war in einem Aufruf des Referenten für Öffentlichkeitsarbeit – einem Diakon – zu lesen, daß die "sogen. 'Befreiungsbewegungen' nichts als nackten Terror verbreiten". Die Nachrichten von Überfällen auf Unschuldige nähren Ängste, rufen Befürchtungen hervor, daß eine Unfreiheit und Grausamkeit durch eine neue, andere ersetzt werden könnte. Man warnt daher vor der Machtübernahme nur einer einzigen Grupppe und nennt das Konzept "Ein Man – eine Stimme" zynisch "Latrinenparole", sich bewußt in der Nähe der rhodesichens Regierungspolitik einschätzend. Konservative Kräfte sind im Grunde radikal. Ihre Sprache verrät sie, z.B. das "nichts als": "Nichts als nackten Terror", oder " 'Theologie der Revolution' und 'Schwarze Theologie' sind teilweise "nichts als" politische Programme, verhüllt in theologische Sprache" (Künneth/Beyerhaus, S. 25). Wenn wir ehrlich sind, müssen wir wohl eingestehen, daß uns die afrikanische Neuordnung seit einigen Jahrzehnten daran gewöhnt hat, kaum mehr Formen parlamentarischer Demokratie nach dem Tage x, nach der Befreiung in Erwägung zu ziehen, die unterschiedlichen politischen Parteien verantwortliche Tätigkeiten ermöglichen. Auch wir – sind wir dem "nichts - als", dem Entweder - Oder, dem "Nur - diese - eine - Partei" schon verfallen?

Zu den Themen konservativer Südafrika-Beurteilung gehört auch seit langem die Forderung anch "evolutionärer Politik und Entwicklung", wie Heinr. von Delft schreibt, Präses der kleinen deutschsprachigen lutherischen Kapkirche (idea 1/77, 3. Jan. 77, III). Auch Willy Brandt hat diese Formel früher gerne gebraucht. Das Thema der Evolution paßt jedoch nicht mehr in die Wirklichkeit des heutigen südlichen Afrika hinein, weil die Rechnung den schwarzen Afrikanern nicht führte Staaten uns tagtäglich vorführen. mehr aufgeht. Vertröstungen hat man lange genug gehört, die Knechtung wird zu deutlich empfunden, die Geduld der schwarzen Mehrheit ist erschöpft. Der Weiße regt sich über die Beurteilungen der Lage von außen auf, er gesteht dem ausländischen Diagnostiker letztlich keine Berechtigung der Aussage zu: (Die evolutionäre Entwicklung) "wird durch äußere und innere Verhältnisse nun bedrängt, aber kann doch von heute auf morgen nicht auf Raketentempo beschleunigt werden, auch wenn alle Welt, einschließlich kirchliche Organisationen und Moralprediger, auf uns herumhacken. Dies ist für mich die größte Enttäuschung und immer neue Anfechtung, daß kirchliche Presse und Organisationen sich zum Rufer im Streit machen und in das Geheul einer Weltmeute einstimmen gegen ein kleines Land, das in der schweren Kunst sich übt, für grundverschiedene, ja gegensätzliche Völker in seinem Bereich einen modus vivendi zu finden und sie im friedlichen Miteinander und Füreinander leben zu lassen" (v.Delft, a.a.O.). Dieser unverbesserliche Kirchenführer deutscher Christen kann denn auch die Hauptfrage des südlichen Afrika, den Rassismus, ironisieren: "Nicht einmal die Entschuldigungen, die man östlich totalitären Regimen zubilligt, läßt man für Südafrika gelten, weil es angeblich dem 'Rassismsu', dieser schlimmsten Sünde des 20. Jahrhunderts, verfallen ist" (a.a.O.).

Ein anderer Kirchenführer Südafrikas, der oben schon zitierte Kirchenpräsident Prof. Dr. Joh. Oberholzer, stellt sich mit seiner Burenkirche hinter das System der 'Getrennten Entwicklung' seiner Regierung, weil sie seiner Auffassung nach "Entwicklung der Völker in Unabhängigkeit" bedeutet. "Für ihre Identitätsfindung ist dies wesentlich und förderlich. Dieses Fortschreiten in Freiheit wird von unserer Kirche als gerechteste Lösung unserer eigenen Probleme in Südafrika angesehen" (idea 2/77, 10. Jan. 77, IV). Seine Kirche fordere von der Regierung die Beseitigung jeglicher diskriminierenden Maßnahmen und Degradierung. Die eigentliche Gefahr für Südafrika sei die "Nähe des internationalen Kommunismus" – mit dieser Sündenbocktheorie lenkt der Kirchenmann vom Eigentlichen, von der Verantwortlichkeit des weißen Mannes für die südafrikanische Situation, ab. In Künneth/Beyerhaus finden sich seitenlang ähnliche Befürchtungen. Die Ursachen für derlei Ängste mögen in dem Anschauungsunterricht für Unfreiheit liegen, den kommunistisch ge-

führte Staaten uns tagtäglich vorführen. Den stürmischen Entwicklungen im südlichen Afrika werden sie jedoch in keiner Weise gerecht. So diente die Sprachenfrage in der Beurteilung dieses Mannes auch nur als durchschaubarer Vorwand für die Unruhen in Soweto. Störmanöver, von außen, vorgeplant, organisiert, nicht spontan, seien die Ursachen dafür, daß der Schwarze aufwacht. So leicht macht man sich's.

Pfarrer C.F.Kutscher von der "Deutschen Evangelischen Lutherischen Kirche in Südwestafrika" berichtet in einem Schreiben an den Präsidenten des Kirchlichen Außenamtes der Ev.Kirche Deutschlands, daß die weiße DELK-Kirche beschlossen habe, 6.000 DM für "Flüchtlinge" aus Angola nach Namibia zu spenden. Ihre Spende für das Lager Omungwelume gab die DELK an "die zuständige Verwaltungsstelle der Ovambo-Regierung". Nicht genug damit, daß die DELK hier direkt mit einer Institution der Apartheidspolitik zusammenarbeitet, um die Opfer eben dieser Apartheidpolitik karitativ zu betreuen (Opfer des Aggressionskrieges der südafrikanischen Armee nach Angola), plant die DELK, ein Diakonisches Werk der drei protestantischen Kirchen in Namibia zu errichten. Man fragt sich, ob das dann wohl auch im Sinne der antiangolanischen Propaganda der illegalen südafrikanischen Verwaltung Namibias arbeiten soll.

Die politische Stoßrichtung hinter dieser Art der "diakonischen Hilfe" ist ziemlich deutlich: diese konservativen kirchlichen Kreise betrachten den Sonderfonds des Weltrats der Kirchen zur Bekämpfung des Rassismus als 'Unterstützung von Terroristen und Kommunisten'. Als Gegenmaßnahme sammeln sie Gelder zur Unterstützung der illegalen Regierungen in Namibia und Zimbabwe. So hat etwa die "Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland" in diesem Jahr 5.000 DM nach Rhodesien überwiesen. Angeblich dient dies zur Unterstützung der Opfer von Guerilla-Angriffen. Politisch aber ist dies eine politische Demonstration gegen die afrikanischen Befreiungsbewegungen und für die illegalen Regime in Namibia und Zimbabwe.

Gemeindedienst für Weltmission
Region Niederrhein

Der Regionalbeauftragte

Krefeld, den 3. Febr. 1977

MEMORANDUM

betr.afrikanische Flüchtlinge aus dem südlichen Afrika

1. Jedes Jahr flüchten hunderte junger Menschen aus den von weißen Minderheiten beherrschten Ländern des südlichen Afrika: Republik Südafrika, Namibia und Zimbabwe (Rhodesien) in die unabhängigen Anrainerstaaten. Sie begeben sich, zusammen mit vielen älteren Menschen und ganz jungen Kindern, auf die Flucht, ohne zu wissen, was sie im Ausland erwartet, nur weil ihnen die Situation in den vom Rassismus beherrschten Ländern unerträglich ist und sie wegen ihrer Opposition gegen die Unterdrückung von der Polizei verfolgt werden. Der Flüchtlingsstrom verstärkt sich in den letzten Jahren. Während es z.B. bis Mitte 1974 einige hundert Flüchtlinge aus Namibia im Ausland gab, kam es Juni/Juli 1975 zu einem Massen-Exodus von mehreren Tausend. Die meisten von ihnen befinden sich in Sambia, viele aber auch in Angola und Botswana. Soweit sie Schüler oder Studenten sind, benötigen sie Ausbildung und Weiterbildung im Hinblick auf den Zeitpunkt der Unabhängigkeit ihres Landes.

   Nach dem 16. Juni 1976 (SOWETO) haben sich tausende junger Afrikaner aus der Republik Südafrika vor den Verfolgungen durch die Polizei nach Botswana gerettet. Die dortige Regierung ist aus mehr als einem Grunde durch diesen Massenzustrom Asyl und Schutz suchender Afrikaner überfordert: einmal weil sie damit plötzlich vor ungeheure Versorgungsprobleme gestellt war, zum andern weil der südafrikanische Geheimdienst seine Arme bis tief in die Nachbarstaaten der Republik Südafrika ausstreckt, und es für Botswana und die andern Länder ungeheure Schwierigkeiten mit sich bringt, den ersehnten Schutz vor Verfolgungen zu gewähren. Oft sieht die Regierung Botswanas – wie im Falle der 16 geflohenen Schüler des Martin-Luther-Gymnasiums Okombahe/Namibia – keine andere Möglichkeit als die der Internierung im Gefängnis, um die Leute vor dem Zugriff der südafrikanischen Agenten zu bewahren. Auch aus Zimbabwe (Rhodesien) sind Tausende Jugendlicher geflüchtet, weil die weiße Minderheitsregierung im Laufe der letzten Jahre einen großen Teil des an Mosambik und Sambia grenzenden Gebietes zum Kriegsgebiet erklärt und Hunderttausende von Afrikanern in sog. Wehrdörfer, eine Art Konzentrationslager, umgesiedelt hat. Für die Jugendlichen im Schulalter bedeutete das, daß der Schulunterricht aufhörte, und daß sie wie die Erwachsenen den ständigen Schikanen der Behörden und der Polizei ausgesetzt wurden. Das gab die Veranlassung zur Flucht und dazu, daß diese jungen Leute sich in die Camps der Befreiungsorganisation ZANU zur Ausbildung begaben. Die vorausblickende Strategie der ZANU aber geht dahin, nicht alle jungen Leute im unmittelbaren Befreiungskampf einzusetzen, sondern zivile Fachausbildung zu vermitteln. Nur einer begrenzten Zahl steht diese Möglichkeit offen.

2. Seit 1973 kümmert sich die evangelische Kirche durch ihre Missionsorgane, die Vereinigte Evangelische Mission in Wuppertal-Barmen, den Lutherischen Weltbund als internationalem Zusammenschluß aller lutherischen Kirchen in der Welt, mit Sitz in Genf, und die Lutherische Mission in Finnland, mit Sitz in Helsinki, um die geistliche und materielle Betreuung besonders der Namibia-Flüchtlinge in Sambia. Die Kirche von England hat durch den aus Namibia ausgewiesenen anglikanischen Bischof C. Winter in der Nähe von Oxford ein Friedenszentrum für politische Flüchtlinge aus dem südlichen Afrika eröffnet, das ca. einem Dutzend Afrikanern Aus- und Weiterbildung an staatlichen Bildungsstätten ermöglicht. Die Regierung Finnlands hat in Zusammenarbeit mit der Lutherischen Mission in Helsinki 22 Stipendiaten aus Namibia aufgenommen. Die Vereinigte Evangelische Mission in Wuppertal-Barmen (VEM) bemüht sich seit langem, Namibia-Flüchtlinge zu Ausbildungszwecken in der Bundesrepublik unterzubringen. Ihre Bemühungen in dieser Richtung begründen sich vor allem aus der Tatsache, daß diese deutsche Missionsorganisation seit 140 Jahren in dem Lande tätig ist, das als Südwestafrika bis 1915 deutsche Kolonie gewesen ist. Durch vielfältige historische,

soziale, kulturelle, wirtschaftliche und kirchliche Beziehungen liegt auf Deutschland eine besondere Verpflichtung diesem Lande gegenüber. Doch gelingt es der VEM offensichtlich nicht, dieser Verpflichtung im Hinblick auf das heutige Flüchtlingsproblem in angemessener Weise nachzukommen. Die Gründe dazu sind verschiedenartig.

3. Ein Hinderungsgrund liegt offensichtlich in der mangelnden Bereitschaft staatlicher und kommunaler Stellen in der Bundesrepublik, sich dem Problem durch administrative Maßnahmen praktisch zu öffnen. Ein Beispiel dafür ist die Behandlung des Falles Daniel und Magdalene Shivangulula aus Namibia. Dieses Afrikaner-Ehepaar ist Anfang Dezember 1976 auf dringende Bitte in Begleitung des Missionars-Ehepaars Albers über Botswana in die Bundesrepublik eingereist. Obgleich sich die VEM seit November letzten Jahres bei verschiedenen Ministerien in Bonn, bei Instanzen des Landes Nordrhein-Westfalen und bei der örtlichen Ausländerbehörde in Wuppertal um die Erteilung der Aufenthaltungsgenehmigung bemühte, konnte diese bis jetzt nicht erwirkt werden, vielmehr wurden dem Ehepaar Shivangulula nach seiner Ankunft in der Bundesrepublik die Reisedokumente abgenommen und eine auf den 31. Januar 1977 befristete vorübergehende Aufenthaltsbescheinigung ausgehändigt. In seinem Bericht über die in diesem Zusammenhang geführten Verhandlungen stellt der Afrika-Referent der VEM fest:

> „Hervorgehoben werden muß das Bemühen der Herren in den verschiedenen Büros in Bonn, in dieser Angelegenheit zu helfen. Es zeigte sich aber, daß dies an der Haltung des Innenministeriums von Nordrhein-Westfalen scheiterte. Ein Aspekt war der Hinweis auf den befürchteten Exodus der Deutschen aus Namibia. Ein anderer Gesichtspunkt war die Befürchtung, es könnten zahlreiche weitere schwarze Flüchtlinge aus Namibia (oder dem südlichen Afrika überhaupt) folgen."

Es wurde die Vermutung ausgesprochen, die Innenminister der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland hätten unter sich eine Absprache getroffen, nach der Flüchtlingswelle aus Chile keine nicht-deutschen Flüchtlinge zuzulassen. Das würde allerdings in krassem Widerspruch stehen zu Versicherungen, wie sie der SPD-Vorsitzende Willy Brandt lt. SPD-Pressedienst am 10. Dezember 1976 zum „Tag der Menschenrechte" abgab:

> „Wir wollen bedrängten Menschen, besonders solchen, die aus politischen Gründen gefangen gehalten werden, möglichst wirksam helfen ... Am Beispiel Südafrika ist es gut vorstellbar, daß Gewerkschaften, Kirchen, humanitäre Organisationen wie etwa Amnesty International und eine Partei wie die SPD gemeinsam oder aufeinander abgestimmt handeln ... Unsere Aufmerksamkeit müssen wir auch den Fragen schenken, die mit dem Asyl für Verfolgte in der Bundesrepublik zu tun haben. Hier sollte das Ausmaß der Bedrängnis nicht geringer wiegen als der Maßstab, der sich aus der Beschreibung unserer unmittelbaren Interessen ergibt."

Ebenso wäre an die Erklärung des Parteivorstandes zur „Politik der SPD für das südliche Afrika" vom 23. November 1976 zu erinnern:

> „Die SPD steht an der Seite derer, die um die Erringung der Menschen- und Bürgerrechte kämpfen; sie wird auch künftig den Verfolgten, Verbannten und Ausgewiesenen helfen. Sie fordert die Freilassung der politischen Gefangenen. Sie wirkt dabei auch mit Befreiungsbewegungen und anderen Kräften zusammen, die für die Mehrheitsherrschaft eintreten."

Direkt wurde das in diesem Memorandum behandelte Problem angesprochen durch den Schatzmeister der SPD, Wilhelm Dröscher, ebenfalls zum Tag der Menschenrechte. Im Schlußparagraphen seiner Rede im Erich-Ollenhauer-Haus heißt es:

> „Ich rufe alle Sozialdemokraten zur Unterstützung eines Solidaritätsfonds Südafrika auf. Er soll dem Unterhalt und der Ausbildungsförderung von Schülern und Studenten zugute kommen, die sich als Flüchtlinge in den Anrainerstaaten Südafrikas aufhalten."

Auf Einladung der Bundesregierung war im September 1976 eine kirchliche Delegation von Afrikanern aus Namibia u.a. auch bei den Bundesministern Genscher und Wischnewski, die beide übereinstimmend zum Ausdruck brachten, daß die Bundesregierung eine besondere Verantwortung und „moralische Verpflichtung" gerade Namibia gegenüber trage. Muß angenommen werden, daß dabei vornehmlich an das Schicksal der deutschstämmigen Minderheit in Namibia gedacht war?
Der Afrika-Referent der VEM stellt die Frage:

> „Wie wird es der Bundesrepublik Deutschland möglich sein, ihre Glaubwürdigkeit gegenüber den Namibianern insbesondere den Verfolgten und Flüchtlingen, unter Beweis zu stellen, wenn in diesem ersten Fall ein solches Verhalten zu registrieren ist?"

Inzwischen ist dem o.g. Flüchtlings-Ehepaar Shivangulula schriftlich mitgeteilt worden, daß es die Bundesrepublik bis zum 12. März 1977 verlassen haben muß, wenn es einer Verhaftung durch die Polizei entgehen will, da es nach Abwägung aller unterschiedlichen Aspekte gegen die Interessen der Bundesrepublik verstoße, wenn diese beiden Afrikaner aus Namibia in Deutschland blieben. Ein Widerspruch gegen diese Abschiebungsverordnung sei möglich, habe aber keinerlei aufschiebende Wirkung.

3. Der Fall Shivangulula ist kein Einzelfall, aber ein Testfall. Weitere Fälle sind die Sozialarbeiterinnen Bongiwe Mdlalose und Kenti Montwedi, beide aus Südafrika. Der drohenden Verhaftung, von der in der Zeit nach dem 16. Juni 1976 Tausende von Schwarzen betroffen waren, entgingen sie durch die Flucht nach Botswana, wo sie zwar vorübergehend Asyl erhalten haben, aber im übrigen zu fast völliger Untätigkeit und zu äußerster Armut verurteilt sind. Beide möchten ihre Tätigkeit als Sozialarbeiterinnen in der Bundesrepublik fortsetzen, solange bis sich die Verhältnisse in ihrem Heimatland verändert haben. Sie wurden von zwei evangelischen Kirchengemeinden im Rheinland eingeladen, die auch die erbetenen Arbeitsstellen sowie die Gehälter bereitstellten und sich seit

Oktober 1976 darum bemühten, die behördliche Einreise-Erlaubnis für die beiden Frauen zu erhalten. Alle Bemühungen scheiterten bisher an der ablehnenden Haltung der deutschen Behörden auf Landesebene.

Inzwischen ist die Zahl der Afrikaner aus Südafrika, die in Botswana vor den Verfolgungen der weißen Polizei Zuflucht suchen, auf über 3000 gestiegen. Der selber exilierte schwarze Gewerkschaftsführer Drake Koda bittet dringend um Aufnahme von 50 afrikanischen Flüchtlingen, die über die Grenzen Südafrikas hinaus von der südafrikanischen Polizei verfolgt werden. Bei diesen Flüchtlingen handelt es sich durchweg um Menschen, die in ihrem eigenen Lande nichts anderes anstreben als die Anerkennung ihrer normalen menschlichen Würde und derjenigen Rechte, die bei uns im Grundgesetz verankert und jedem Bürger garantiert sind. Sie werden ihnen in Südafrika verweigert. Verdient ihre Notlage aus diesem Grunde schon unsere menschliche Aufmerksamkeit und Hilfe, so besteht aus Gründen westdeutscher Mitbeteiligung an der strukturellen Gewaltausübung der südafrikanischen Apartheidsherrschaft durch wirtschaftliche und politische Interessenwahrnehmung unsererseits eine besondere, noch weitergehende Verpflichtung. Diese Menschen leiden, werden heimatlos und verfolgt durch unsere Mitschuld. Alle rechtdenkenden Menschen, vor allem die, die sich Christen nennen, sollten erkennen, daß die Hilfe für dieses Opfer der Apartheid ein kleines Stück Wiedergutmachung sein kann, zu der uns unser Gewissen verpflichten muß.

5. Inzwischen hat die Vereinigte Evangelische Mission durch ihren Ausschuß für Flüchtlingsfragen ein Stipendienprogramm für 30 Schüler des Martin-Luther-Gymnasiums Okombahe vorgeschlagen, nachdem ihr die dringende Bitte des Sekretärs der Stipendienkommission der Evangel.-Luth. Kirche in Namibia, Lehrer Gaomab, zugeleitet wurde, sich dafür einzusetzen, daß die Schüler des Martin-Luther-Gymnasiums Auslandsstipendien erhalten. 21 von ihnen befinden sich z.Zt. in Botswana in Schutzhaft vor den Nachstellungen der südafrikanischen Polizei. Sie möchten ihre Ausbildung vollenden, und zwar frei von den Einschränkungen des sog. Bantu-Erziehungssystems, das darauf zielt, den Schwarzen für immer zum Untertanen und Diener des Weißen zu machen und ihm von klein an einprägt, daß er niemals eine Position einnehmen kann, die ihn an die Seite des Weißen stellt. Im Vergleich zu den Zahlen, die andere, vor allem auch afrikanische Länder aufgenommen haben, ist diese Zahl gering. Nigeria hat mehr als 100 Schüler aus Namibia aufgenommen, Gambia 50, Tansania, Sambia und Botswana versuchen ihr Äußerstes zu tun, um den geflüchteten Schülern Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Aber das alles sind Entwicklungsländer, die selber vor den größten Problemen stehen.

Die V.E.M. bittet die Kirchenkreise und Gemeinden der mit ihr verbundenen Landeskirchen, sich an dem auf vorläufig DM 900.000.- geschätzten Stipendienprogramm für 30 evangelische Schüler aus Namibia zu beteiligen und ihr zu dem Zwecke finanzielle Zusagen zu machen. Ein neues, vom Joch südafrikanischer Gewaltherrschaft befreites Namibia hat nichts so nötig wie gut ausgebildete Afrikaner in den verschiedensten Berufssparten. Unsere Forderung nach einem möglichst gewaltlosen Übergang der Macht auf die schwarze Bevölkerungsmehrheit erhält nur Glaubwürdigkeit, wenn wir alles tun, was in unserer Macht steht, dieses zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Hilfe für eine Ausbildung befähigter Afrikaner, die frei von rassistischer Ideologie ist.

neue Bücher -- kurz angezeigt

Gabriele Brönner, Jürgen Ostrowsky
Die Angolanische Revolution
Marxistische Taschenbücher 99, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt(M), 1976, 240 Seiten, DM 10,50

Eine einführende Darstellung des portugiesischen Kolonialismus und des Kampfes der MPLA um Unabhängigkeit und für sozialen Fortschritt mit einem Ausblick auf die Probleme, die sich für die angolanische Revolution – nationaler Wiederaufbau und grundlegende gesellschaftliche Veränderungen – in Zukunft stellen. Der reichhaltige Anhang enthält alle wesentlichen Erklärungen (incl. des Programms) der MPLA und der angolanischen Gewerkschaftsbewegung UNTA z.T. erstmals in deutscher Sprache. Eine Arbeitshilfe, die durch den Schwall der imperialistischen (und auch 'maoistischen') Propaganda gegen die MPLA hindurch ansetzt an den Zielen und Problemen der MPLA als der führenden Kraft der angolanischen Revolution.

Nash, Margaret. Home? An Introduction to the Housing Crisis in Cape Town
Board of Social Responsibility (Anglican Diocese of Cape Town) and The Cape Flats Committee for Interim Accomodation
Cape Town, 1976, 80 Seiten, DM 3,00 (bei issa vorrätig)

Eine materialreiche Darstellung eines wichtigen Aspektes des Apartheid-Staates (vgl. Aufsatz über 'Squatter-Bill' in 'informationsdienst südliches afrika' 5/76), die an konkreten Beispielen den Anspruch der südafrikanischen Regierung, im Interesse aller Südafrikaner Politik zu betreiben, als zynische Augenwischerei entlarvt und für das Problem unzureichender Wohnungen für 'Coloureds' und Afrikaner – freilich systemimmanente – Alternativen aufzuzeigen versucht.

SWAPO: The Namibian People in Arms
No. 11-12 (Dezember 1976) LSM News Liberation Support Movement, Oakland, California, USA
80 Seiten, 75 cents. (erhältlich bei Buchhandlung Drei Kontinente, Bredowstraße 48, 1 Berlin 21)

Eine wertvolle Ergänzung von Informationsmaterialien, die in der BRD über Namibia (z.B. durch die 'Namibia Woche' 76) zur Verfügung stehen. Ein längeres Interview mit Sam Nujoma, SWAPO-Präsident, zur aktuellen Lage, aber auch über seinen eigenen politischen Weg. Dergleichen ein Interview mit einem Kommandeur des bewaffneten Arms der SWAPO, PLAN, über Probleme und Verfahrensweisen des militärischen Aspektes des Befreiungskampfes. Dazu die Lebensgeschichte eines einfachen SWAPO-Genossen, die verdeutlicht, wie das System der südafrikanischen Okkupation die Namibianer dazu treibt, sich mit Waffengewalt zur Wehr zu setzen. Dazu die Beschlüsse der Erweiterten Zentralkomitee-Sitzung der SWAPO vom Sommer 1976 (Politisches Programm, Verfassung der SWAPO, Allgemeine Erklärung).

Rassismus in der BRD

Diskussionsveranstaltung im Düsseldorfer Hilton mit Dr. Christian Graf Dönhoff und Prof. Dr. Ansprenger zum Thema Südafrika

Düsseldorf, 17. Februar. „Mein überwiegender Eindruck ist der der Furcht ... vor einer Drehung der politischen Schraube in Richtung auf eine Eskalation zu mehr Gewalt, zum Bürgerkrieg hin, zu einem Blutvergießen, von dem wir uns vermutlich kein Bild machen können ...“ – Solch düstere Prophezeiungen ließ Prof. Dr. Ansprenger, Leiter des Fachbereiches „Politische Wissenschaften–Arbeitsstelle–Südafrika“ der FU-Berlin, verlauten, als er sich mit Dr. Christian Graf Dönhoff, dem Präsidenten der DSAG und Herausgeber der „AFRIKA-Post“, in Düsseldorf einem Publikum, das wohl seine Informationen hauptsächlich aus dem Dunstkreis derartiger Publikationen bezog, zur Diskussion stellte.

Ansprenger, der in extrem konservativ-katholischen Kreisen sogar den Ruf eines 'progressiven-Afrikaspezialisten' besitzt, hinlänglich bekannt durch verschiedene Reisen in die Republik Südafrika (unter anderem auch auf Einladung der 'South African Foundation'), wurden denn auch von Anfang an weniger Sympathien entgegengebracht. Dönhoff hingegen, der durch seine markige Ausdrucksweise und sein leutseliges Wesen – „... Ich habe mehr schwarze Freunde gehabt als Weiße!“ – überzeugend den Schwarzen als gutmütig-naiven 'Onkel Tom' darzustellen wußte, wurde des Öfteren mit Applaus bedacht, was ihn zum Fabulieren und Anekdoten erzählen anspornte. – Mit geradezu aufreizendem Optimismus sieht er die Stützen der sog. 'getrennten Entwicklung' keineswegs im Zusammenbruch begriffen. Einerseits scheint er autonome politische Kräfte, die sich gegen das herrschende Regime in der RSA wenden könnten, nicht wahrzunehmen, andererseits versucht er nach altbewährter Manier des pragmatischen Anti-Kommunisten, die Politik Angolas und Mosambiks als „prosowjetisch“ abzuqualifizieren. In grellsten Farben wird wieder einmal das Bild von der Republik Südafrika als dem vertrauensvollen Verbündeten des Westens in der Abwehr des Weltkommunismus gemalt.

Eine derartig einseitige Propaganda manifestiert sich schon in dem Gebrauch des Begriffes 'Südwest' für die ehemalige deutsche Kolonie Namibia, ein Reizwort aus der Schublade eines Apologeten spätkolonialistischer Anschauung. Die UN-Vollversammlung erklärte schon vor mehr als zehn Jahren die Mandatsherrschaft Südafrikas in Namibia für beendet, trotzdem befindet sich Namibia faktisch immer noch unter der Kontrolle Südafrikas und ist vollständig der ihr aufdiktierten Homeland-Politik unterworfen. Der SWAPO, die eine Teilnahme an der Turnhallenkonferenz ablehnt, da die vorgeschlagene 'Lösung' durch eine Kleinstaatenpolitik nichts weiter als die konsequente Fortführung der Spaltungsversuche Südafrikas bedeutet, wird von Dönhoff jegliche Solidaritätsbasis im namibianischen Volk abgesprochen. Als Begründung führt Dönhoff die Tatsache an, daß ein Großteil der SWAPO-Mitglieder im Exil leben würde und somit keine wirkliche Kompetenz mehr besäße, und daß die SWAPO als politische Organisation in den Augen der Bevölkerung zu weit ins „sowjetische Fahrwasser“ abgeglitten sei. Durch welche Umstände SWAPO-Kämpfer zu Flüchtlingen wurden, das mag für ihn dahingestellt sein.

Ansprenger, der sich anscheinend wesentlich intensiver auch mit der Argumentation einer Politik, die Begriffe wie den der 'multinationalen Entwicklung' als euphemistisch entlarvt, beschäftigt hat, taktierte um einiges geschickter. Seinen Ausführungen zufolge liegt die Hauptsache der Gespräche in Windhuk in einem Umschwenken der Politik Vorsters auf ein global nationaleres Unabhängigkeitskonzept Namibia gegenüber. Vorster hätte seine Homeland-Politik zugunsten einer gemeinsamen Konferenz über die Zukunft ganz Namibias unter dem Druck der UNO aufgeben müssen. Bezeichnenderweise argumentierte auch Ansprenger ohne wirtschaftliche Faktoren in Betracht zu ziehen, durch die sich Vorsters angeblich neues Konzept nämlich nicht als ehrlicher Annäherungsversuch an eine Entspannungspolitik sondern als Möglichkeit, unter der stillen Duldung der UNO weiterhin Namibia unter Kontrolle zu behalten, entlarven würde. In diesem Zusammenhang gewinnen die Counterinsurgency Pläne der USA für Namibia (siehe auch ISSA-Info Jan./Febr. 77) an Bedeutung. Demzufolge bedeutet die Institutionalisierung einer Interimsregierung nämlich nicht einen Rückzug fremder Investoren aus Namibia, sondern gibt denselben erst für ihr Handeln die notwendige Legitimation.



Offensichtlich begeistert "besichtigt" Ansprenger (2.v.r) eines der seltenen 'Schaustücke' der südafrikanischen Rassisten.

Grundsätzlich sah Ansprenger sich als Kritiker der traditionell praktizierten Homeland-Politik Südafrikas, differenzierte aber in der eingehenderen Diskussion zwischen für ihn im weitesten Sinn unter „einem demokratisch-internen System“ lebenden Stämmen (dafür führte er die Reboboths an) und Stämmen, deren Gesellschaftsleben von traditionell hierarchischen Gesichtspunkten bestimmt wird, die ihrer 'Mentalität' entsprechend in einem 'Unabhängigkeitskonzept' beachtet werden müßten. Hier bröckelte die Fassade zusehends ab und der Wille, jegliche nationale Befreiungsbestrebung der Schwarzen zu entstellen, wurde deutlich.

Bezeichnend ist noch, daß Dönhoff, der ja schon Präsident der DSAG ist, als Vorstandsmitglied der South African Foundation eine interessante Doppelfunktion ausübt, einerseits die Öffentlichkeitsarbeit insbesondere durch das DSAG-Sprachrohr AFRIKA-Post und andererseits die Organisierung von Südafrikabesuchen führender Geschäftsleute, Politiker und Wissenschaftler. Dieses propagandistische Werbeblättchen wurde denn auch eifrig vor dem Veranstaltungsbeginn verteilt. Obwohl die DSAG eine Organisation ist, die die Politik des Apartheidssystems mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt, versucht sie diese Tatsache dadurch zu vertuschen, daß sie 'liberale' Persönlichkeiten nach Südafrika einlädt, die in der Regel nach ihren Besuchen unkritische Artikel publizieren. Wie schon gesagt, unternahm auch Ansprenger auf Einladung der SAF hin Südafrikareisen, was ein bezeichnendes Licht auf sein Engagement wirft.

Aktionen

Eine Schule für CHANGARA

BERICHT ÜBER EINE SCHULPARTNERSCHAFT DER HAUPTSCHULE LENNESTADT – MEGGEN IN VERBINDUNG MIT DEM INFORMATIONSZENTRUM DRITTE WELT DORTMUND

Changara ist eine kleine Ortschaft in der Tete-Provinz im Nordwesten von Mosambik. Hier arbeitet Pater Vicente Berenguer, ein Mitglied des spanischen Burgos-Ordens. Er ist Autor des ersten Berichtes über Massaker portugiesischer Kolonialtruppen in und um Wiriyamu, der weltweites Aufsehen erregte. Wegen dieser Berichterstattung wurde er im April 1973 von den portugiesischen Kolonialherren aus Mosambik ausgewiesen. Er kam im Juli und August des gleichen Jahres in die Bundesrepublik, um auf Pressekonferenzen die inzwischen von einer UN-Untersuchungskommision bestätigten Massaker der Portugiesen zu bezeugen. 1975 kehrte Vicente Berenguer nach Changara zurück, in das unabhängig gewordene Mosambik.

Die für uns unvorstellbare Not, die er in dem vom Krieg verwüsteten Land vorfand, veranlaßte ihn, einen alarmierenden Hilferuf an seine Freunde in Deutschland zu schicken:

"Der Krieg hat seine Spuren hinterlassen: Tote, Hunger, unbestellte Felder. Die Arbeit ist unüberschaubar. Ich fand so viel Elend vor, daß ich keine Ruhe finde. Können Sie nicht von Deutschland aus ein bißchen helfen? ... Verzeihen Sie meine Dreistigkeit, aber wenn man dieses Land kennt und mit den Menschen lebt, schämt man sich nicht zu betteln ..."

Er bat um Lebensmittel, Medikamente und Kleidung, um die äußerste Not ein wenig zu lindern. Gleichzeitig aber bat er um finanzielle Hilfe für ein langfristig angelegtes Entwicklungshilfeprojekt: Pater Vicente möchte in Zusammenarbeit mit der mosambikanischen Regierung in Changara eine Schule aufbauen. Bei einer Analphabetenquote von ca. 95 % scheint ihm das die vordringlichste Aufgabe zu sein. Mit 60 Kindern im Alter von 10 bis 15 Jahren soll begonnen werden. Die Kinder wollen außerhalb ihres normalen Schulunterrichtes gemeinsam mit ihren Lehrern auf dem Feld arbeiten, um sich ihre Nahrung, Kleidung und das notwendige Lehrmaterial zu verdienen. Für die dort produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse – Mais, Bohnen, Baumwolle, Tomaten und Zwiebeln – sind Absatzmöglichkeiten vorhanden. Nicht vorhanden ist allerdings das notwendige Schulgebäude, das als Internat gedacht ist, da die Kinder aus den weit entfernten Buschdörfern nur am Wochenende nach Hause gehen können.

Nach dem Kostenvoranschlag soll das Gebäude mit vier Schlafsälen, einem Speisesaal und zwei Klassenräumen ca. 65.000,-- DM, das benötigte Mobiliar weitere 35.000,-- DM kosten. Ganz dringend wünscht man sich auch eine Bewässerungsmaschine (5.900,– DM) und einen Traktor (19.500,--- DM), um mit der landwirtschaftlichen Arbeit beginnen zu können – alles in allem also ein konkretes Entwicklungsprojekt von 123.000,-- DM.

Pater Vicentes unablässige Bemühungen um dieses Projekt haben inzwischen zum Erfolg geführt: die Regierung hat den Bau der Schule im Sommer 1976 genehmigt und im Oktober ihn und seine Mitarbeiter aufgefordert, mit den Bauarbeiten zu beginnen. Er schreibt hierzu unter dem Datum vom 23.10.1976: "Auf dieses Schreiben haben wir gewartet. Wir sind sehr froh, daß es nun soweit ist. Natürlich vertrauen wir auf Ihre Hilfe in Deutschland, denn es ist etwas prekär, mit den Arbeiten zu beginnen, ohne das gesamte erforderliche Geld in Händen zu haben .... Wir wissen, daß Sie uns auch weiterhin helfen werden und daß wir nur zusammen mit Ihren Bemühungen um weitere Hilfe fertig werden. Ich selbst würde mich unglaublich freuen, wenn diese Schule von Anfang bis Ende durch Ihre finanzielle Hilfe (in Deutschland) fertiggestellt werden könnte."

Seit Ende 1975 trägt auch die Hauptschule Lennestadt-Meggen zur Verwirklichung der Schule in Changara bei. Schüler, Lehrer und freiwillige Helfer haben durch verschiedene Aktionen insgesamt zwischen ca. 6.000,– DM erwirtschaftet und an Pater Vicente überwiesen. Daraus ist die Idee einer Schulpartnerschaft entstanden. Es soll auf diese Weise an einem konkreten Entwicklungsprojekt auf lange Sicht mitgeholfen werden. Pater Vicente hat auf die Idee der Schulpartnerschaft begeistert reagiert: "Ich finde die Initiative der Schule in Lennestadt großartig. Das Geld geht dahin, wo es am dringendsten gebraucht wird. Das Wichtigste ist, diesen Gedanken der internationalen Solidarität zu schaffen. Ich bin begeistert darüber, daß die Schüler in Lennestadt zum Teil Kinder von Bergleuten sind; denn die verstehen vieles .... Wenn man so viel Egoismus und Individualismus in der Welt erlebt, hilft es sehr wenn man die Hilfsbereitschaft der Schüler aus Meggen spürt. Man muß die Freundschaft aller Menschen, die ehrlich für eine neue Gesellschaft im Sinne einer neuen Menschlichkeit arbeiten wollen, festigen." (Brief vom 1.7.1976)

Natürlich sind die Möglichkeiten der Schule, gemessen an den erforderlichen Geldmitteln, gering, obwohl die Schüler mit viel Phantasie und großem Einsatz in ihrer freien Zeit die bisherigen Hilfsaktionen vorbereitet und durchgeführt haben. Deshalb ist jede Hilfe von allen, die sich von diesem Projekt angesprochen fühlen, willkommen.

Auch der Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ) in Dortmund hat 1976 eine große Sammelaktion zugunsten des Schulprojektes in Changara durchgeführt.

Spendenkonten:

1. Hauptschule Lennestadt-Meggen,
   Kt.-Nr. Sparkasse
   Lennestadt 2257 3562
   Stichwort:"Sonderkonto Changara"

2. Wenn Spendenquittung erwünscht:
   Stadtkasse Lennestadt
   für Sonderkonto Changara
   (HS Meggen)
   Kt.-Nr. Sparkasse Lennestadt
   20001384

3. Informationszentrum Dritte Welt,
   Dortmund
   Postscheckamt Dortmund,
   Kt.-Nr. 166960 - 496
   Stichwort: "Hilfe für Mosambik"

– Positiv zu bemerken ist, daß diese Veranstaltung im repräsentativen Hilton praktisch ausschließlich von Mitgliedern oder zumindest Sympathisanten der DSAG besucht wurde, und eine breitere Öffentlichkeit somit nicht durch die beschönigenden Darstellungen südafrikanischer Apartheidspolitik ein falsches Bild von der Wirklichkeit in diesem Land bekommen konnte.

dokumentations-dienst südliches afrika

Aktuelle programmatische Erklärungen afrikanischer Staaten, Organisationen und Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika.

Nr. 1 SWAPO/Namibia:
Politisches Programm, August 1976

Nr. 2 ZIPA/Zimbabwe:
"Befreiung Zimbabwes nur durch den bewaffneten Kampf." September 1976

Nr. 4 BPC/Südafrika:
Resolutionen der Jahrestagung 1975

Nr. 6 Samora Machel: "Der Kampf der Arbeiterklasse hat zum Ziel, die Bourgeoisie zu stürzen"

Erscheint in unregelmäßiger Folge
Einzelnummer DM 1,--, ab 10 Ex. DM 0,50

issa archiv aktuell

Hintergrundmaterial zur Interpretation der aktuellen Lage im südlichen Afrika. Themen der ersten Nummern:

1. Nyrere,
Aspekte der Befreiung, April 76
2. Machel,
Aufbau einer neuen Gesellschaft, Juni 76
3. Südafrika,
Schwarze Arbeiter organisieren sich, August76

Unregelmäßige Erscheinungsfolge
Preis für Einzelnummer DM 1,--, ab 10 Ex. DM 0,50
Beide Publikationsreihen im Jahresabonnement zusammen DM 15,-

issa

informationsstelle südliches afrika e.V.
Buschstraße 20 5300 Bonn 1 Tel. 02221/213288

+termine+termine+termine+termine+termine+ter

18.-20. März 77: Delegiertenkonferenz aller Afrika-Komitees, vorbereitet vom Organisationskomitee zur Unterstützung der Befreiungskämpfe im südlichen Afrika. Anmeldung bitte bei Josef Senft, Tel. 02221/234021
Ort der Tagung: Hannoversch-Münden

22.-24. April 77: Mitgliedervollversammlung der Anti-Apartheidbewegung in Oberhausen. Anmeldung bitte bei Ingeborg Wick, Tel. 02221/464363

15.-17. April 77: ESG-Hannover veranstaltet eine Konferenz mit Dritte-Welt-Gruppen und Afrika-Komitees zum Thema:
'Antiimperialistische Solidarität in der BRD'.
Das Treffen dient unter anderem der Vorbereitung des 17. Europa-Afrika-Treffens in Agape/Italien

21.-22. Mai 77: Mitgliedervollversammlung der Informationsstelle Südliches Afrika, in Bonn. Anmeldung bitte unter Tel. Nr. 213288

Werben Sie Abonnenten, abonnieren Sie **issa**!

issa bietet für jeden Neuabonnenten des Informationsdienstes oder des issa-archiv aktuell und dokumentationsdienstes folgendes Paket als Buchprämie

1. Sietse Borgra – Cabora Bassa, 83 Seiten
2. Wiriyamu – Eine Dokumentation zum Krieg in Mozambique, 235 Seiten
3. Freimut Duve – Der Rassenkrieg findet nicht statt, 224 Seiten
4. AKAFRIK – 1/2/3-73 Guinea Bissau, 102 Seiten
5. Peter Randall – Südafrikas Zukunft, 96 Seiten
6. Augustini-Weyl – Schwarzes Selbstbewußtsein durch Widerstand, 22 Seiten

☐ Informationsdienst
☐ Archiv/Dok.dienst

Ich möchte ISSA abonnieren und bitte um Zusendung der Prämie an:

Name, _____

Strasse, _____

Ort (PLZ) _____

Zusendung des Abonnements an:

Name _____

Strasse _____

Ort (PLZ) _____